

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Chronik
der
Deutschen
Demokratischen Republik
von 1949 bis 1961**

Sonderheft Nr. 26



**Chronik
der
Deutschen
Demokratischen Republik
von 1949 bis 1961**

Sonderheft Nr. 26

DDR von 1949 bis 1961

Inhaltsverzeichnis	Seite
Politische Vereinbarungen, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik von 1949-1961	2-91
Schlußbemerkungen	91-95
Hinweise für den Leser	96-97
Quellen- und Literaturnachweis	

Politische Vereinbarungen, internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik von 1949-1961

Die DDR soll ein neues Symbol in ihrer Staatsflagge bekommen: Eine Ziege und einen Stuhl. Wer meckert, muß sitzen.

Flüsterwitz in der DDR

07.10.1949

Der "Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", der im Auftrag der SED handelt, gründet am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Volkskongreß (x009/466-467): >>"Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", eine Art Vorparlament, das im Auftrage der SED erstmalig während der Londoner Außenministerkonferenz für den 6./7.12.1947 nach Berlin einberufen wurde.

Maßte sich das Recht an, im Namen Gesamtdeutschlands Forderungen vor die Außenministerkonferenz zu bringen, ohne jedoch hierzu Gelegenheit zu erhalten.

Aus der sog. "Volkskongreßbewegung" gingen hervor 1. die Nationale Front und 2. der am 30.5.1949 vom 3. Volkskongreß gewählte Volksrat, der in gleicher Zusammensetzung als "Provisorische Volkskammer der DDR" die Verfassung annahm und vom Volkskongreß bestätigen ließ.

Somit diente der Volkskongreß, dem auch mit den Kommunisten sympathisierende Westdeutsche angehörten, zur scheindemokratischen Legitimierung des Sowjetregimes.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nationale Front" (x009/302): >>Gegründet am 7. Oktober 1949, hervorgegangen aus dem Volkskongreß.

Die Nationale Front soll als "breiteste Massenbewegung" auch die Teile der Bevölkerung politisch beeinflussen und aktivieren, die sich allen anderen Organisationen entziehen konnten. Ohne individuelle Mitgliedschaft baut sie ihre Organisation auf den Haus- und Hofgemeinschaften auf und verfügt auf allen Ebenen des Systems über sog. Ausschüsse und Aktive. ...

Der weitaus wichtigere Apparat der Nationalen Front besteht überwiegend aus SED-Funktionären ...

Das Programm der Nationalen Front ist die allgemeinste Formulierung der SED-Politik und ist - als "genereller Volkswille" verstanden - für alle anderen Parteien und die Massenorganisationen bindend. Zu seiner Verbreiterung veranstaltet die Nationale Front regelmäßige "Aufklärungseinsätze" und unterhält eine Anzahl von Aufklärungslokalen (Agitation). Die Nationale Front nimmt zunehmend die früheren Aufgaben des "Demokratischen Blocks" (Blockpolitik) wahr; in ihrem Namen werden z.B. die Einheitslisten zu den jeweiligen Wahlen aufgestellt und die Kandidaten für die Richter- und Schöffenwahlen benannt. ...

Die ursprüngliche gesamtdeutsche Zielsetzung der Nationalen Front, "Sammlung aller aufrechten Deutschen zum Kampf um die Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages", ist zugunsten innenpolitischer Aufgaben seit 1955 mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Seit 1958 ist die Nationale Front allerdings wieder verstärkt in die Infiltrationstätigkeit nach und in Westdeutschland und West-Berlin eingespannt. Sie arbeitet dabei streng nach den Weisungen des Politbüros und des ZK der SED. ... Für "Verdienste um den Kampf für ein einheitliches, friedliebendes Deutschland" wird vom Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front die "Ernst-Moritz-Arndt-Medaille" verliehen.<<

Die Ausrufung der "DDR" erfolgt aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).

Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR geht die DWK in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK werden Minister und Staatssekretäre.



Abb. 79 (x315/152): Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik durch den Deutschen Volksrat am 7. Oktober 1949.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kontakte" zur Bundesrepublik (x009/226): >>Mit Kontakte werden alle menschlichen und amtlichen Beziehungen über die Demarkationslinie hinweg bezeichnet, also sowohl die spontanen, "natürlichen" (z.B. auch sportlichen) zwischenmenschlichen Beziehungen wie die gesteuerten Verbindungen, die (etwa im Sinne des Kampfplanes 1958 der Nationalen Front) der kommunistischen Agitation und Infiltration in der Bundesrepublik dienen, wie schließlich auch der Amts- und Rechtshilfeverkehr zwischen amtlichen Stellen der Bundesrepublik und des Sowjetzonenregimes, der (häufig auch als "technische Kontakte" bezeichnet) auf vielen Gebieten fortbesteht, aber durch Handhabung im Geiste der bolschewistischen Parteilichkeit immer mehr behindert und in manchen Beziehungen (z.B. Lastenausgleich, Wiedergutmachung sowie in allen Angelegenheiten der Flüchtlinge gänzlich lahmgelegt wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Außenpolitik" der SBZ (x009/50): >>Von einer Außenpolitik der SBZ kann erst seit Errichtung der DDR (7. Oktober 1949) gesprochen werden. ...

Die Außenpolitik ist jedoch völlig nach der sowjetischen Außenpolitik ausgerichtet. Die SBZ unterhält diplomatische Beziehungen nur zu den Staaten des Ostblocks, ihre Botschafter und Gesandte haben im wesentlichen nur repräsentative Pflichten. ...

Die enge außenpolitische Bindung an den Ostblock hat zu Verträgen mit der Sowjetunion und anderen Staaten dieses Blockes geführt.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ... Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 – ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt – zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.

... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.

Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig schreibt später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember 1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.

Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<

11.10.1949

Wilhelm Pieck wird am 11. Oktober 1949 erster Präsident der Deutschen Demokratischen

Republik.

Wilhelm Pieck betont am 11. Oktober 1949 vor der Volkskammer (x009/405): >>Von den westlichen Besatzungsmächten ... wurde Deutschland gespalten", doch niemals wird die Spaltung Deutschlands ... von der DDR anerkannt werden ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Wilhelm Pieck (x051/444): >>Pieck, Wilhelm, geboren in Guben 3.1.1876, gestorben in Berlin 7.9.1960, deutscher Politiker.

Vor dem Ersten Weltkrieg war Pieck hauptamtlicher Sekretär der SPD, gehörte dann dem Spartakusbund an und 1919 zu den Mitbegründern der KPD. Als einer der wichtigsten kommunistischen Politiker der Weimarer Republik (1928-33 MdR, Leiter der "Roten Hilfe", Mitglied im ZK der KPD) mußte Pieck 1933 ins Exil fliehen und übernahm nach der Verhaftung Thälmanns die Exilführung der KPD.

1935 konnte Pieck zusammen mit Ulbricht einen politischen Kurswechsel durchsetzen, nachdem er selbstkritisch festgestellt hatte, daß die KPD ihren "Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit" richtete, in der sie diesen "gegen die faschistische Bewegung hätte richten müssen". Während des Krieges in Moskau gehörte Pieck 1943 zu den Mitbegründern des Nationalkomitees "Freies Deutschland".

1946 kehrte er mit der Gruppe Ulbricht nach Deutschland zurück, übernahm 1946 gemeinsam mit Otto Grotewohl den Vorsitz der SED und war von 1949-60 erster Staatspräsident der DDR.<<

12.10.1949

Nach der Gründung der DDR werden die Aufgaben der DWK durch das "Gesetz zur Überleitung der Verwaltung" vom 12. Oktober 1949 an die Ministerien, der "Provisorischen Regierung der DDR" übertragen.

Ministerpräsident Otto Grotewohl (seit dem 7.10.1949 Ministerpräsident und Vorsitzender des Staatsrates der DDR) sagt während seiner Regierungserklärung am 12. Oktober 1949 (x058/400-401): >>Die Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und der Versklavung seiner westlichen Teile abzufinden, sondern daß sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen. ...

Unmittelbar nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges gingen die führenden englisch-amerikanischen Kreise mit der Aufstellung der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes dazu über, eine dem Potsdamer Abkommen feindliche Politik durchzuführen. Sie verweigerten hartnäckig dem deutschen Volke den versprochenen Friedensvertrag, sie verhinderten die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsorgane und zerrissen durch eine Kette von Vertragsbrüchen die im Potsdamer Abkommen gewährleistete Einheit Deutschlands.

Bereits im Dezember 1946 wurden von den Regierungen der USA und Großbritanniens ein Abkommen über die Bildung der Bizone getroffen, daß den ersten praktischen Schritt auf dem Wege zur Zerreißung Deutschlands bedeutete. Mit der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates wurde ein separates Verwaltungsorgan in Westdeutschland gebildet. Es war klar, daß mit diesen Maßnahmen die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Viermächteverwaltung Deutschlands erschüttert wurde. ...

Von vornherein war man sich darüber klar, daß die Besetzung Deutschlands nur vorübergehend sein sollte. Besetzung und Viermächteverwaltung Deutschlands sollten die Grundlagen

des deutschen Imperialismus beseitigen, den deutschen Militarismus ausrotten und das deutsche Volk im demokratischen Sinne umerziehen und auf den Weg des Friedens bringen.

Deshalb sieht das Potsdamer Abkommen ausdrücklich vor, daß eine einheitliche Verwaltung in ganz Deutschland herbeizuführen ist, daß die Viermächteverwaltung nach Erfüllung ihres Hauptzweckes, nämlich der Beseitigung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus, durch eine eigene demokratische Regierung des deutschen Volkes abgelöst ist.

Die Potsdamer Beschlüsse enthalten als eine Rechtsgrundlage für die Lebensforderungen des deutschen Volkes die Vereinigung aller Teile Deutschlands in einer einheitlichen demokratischen Republik. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß kein Deutscher auf diese Rechtsgrundlagen verzichten kann. ...

Unsere politischen Ziele gehen also mit den Zielen konform, die die Alliierten als für Deutschland verbindlich in Potsdam festlegten. ...

Wir wissen, daß wir in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands, der ein Bestandteil des Kampfes um den Frieden ist, nicht allein stehen. Wir haben das Glück, uns in diesem Kampf auf das große Lager des Friedens in der Welt stützen zu können, dessen ständig zunehmende Stärke die imperialistischen Kriegsinteressen Schritt um Schritt zurückdrängt. Diese Kräfte des Friedens in der ganzen Welt werden geführt von der Sowjetunion, die eine andere Politik als die Politik des Friedens weder kennt noch kennen kann. ...

Die Oder-Neiße-Grenze ist für uns eine Friedensgrenze, die ein freundschaftliches Verhältnis mit dem polnischen Volk ermöglicht. Es ist verbrecherisch, auch nur den Gedanken zu erwägen, das ausgeblutete deutsche Volk noch einmal in Krieg und Katastrophe zu stürzen.

Wer übrigens dem Besatzungsstatut zugestimmt und damit seine Bereitschaft bewiesen hat, ganz Deutschland als Kolonie an die imperialistischen Mächte auszuliefern, hat jedes Recht verloren, über Grenzfragen im Osten zu zetern. ...<<

15.10.1949

Die Sowjetunion erkennt am 15. Oktober 1949 die DDR an und nimmt diplomatische Beziehungen auf.

02.11.1949

Pieck und Grotewohl bezeichnen die Oder-Neiße-Linie am 2. November 1949 als Friedensgrenze.

11.11.1949

Die SMAD wird am 11. November 1949 durch die SKK (Sowjetische Kontrollkommission) ersetzt.

Ein Gesetz der Provisorischen Volkskammer der DDR vom 11. November 1949 soll ehemalige Nazis für die SED, NDP und die Nationale Front gewinnen.

Dieses Gesetz erstattet den verurteilten Nazis zwar keinerlei Vermögen, aber alle ehemaligen Nazis erhalten das aktive und passive Wahlrecht. Sie dürfen außerdem ihre Berufe wieder ausüben (außer Tätigkeiten in der inneren Verwaltung und der Justiz). Hiervon sind jedoch alle NS-Täter ausgenommen, die "sich der Strafvollstreckung entzogen haben" oder mehr als ein Jahr Haft absitzen müssen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>>Neben den Enteignungen war die gesonderte Währungsreform das wichtigste Hilfsmittel der Besatzungspolitik zur Umgestaltung.

Nach Bildung der "DDR" wurde die SMAD am 11.11.1949 aufgelöst, ihre Aufgaben wurden formell den deutschen Verwaltungsorganen übertragen.

An Stelle der SMAD wurde die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit Sitz in Berlin-Karlshorst gebildet. Ihre Aufgabe bestand in der "Kontrolle der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse und der anderen von den 4 Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland". Die SKK behielt sich ferner den diplomatischen Verkehr mit den anderen Be-

satzungsmächten vor, auch behielt sie alle anderen wesentlichen Kontrollen. ...<<

08.12.1949

Der Oberste Gerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft werden am 8. Dezember 1949 gegründet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Rechtswesen" in der SBZ (x009/353): >>Das Recht gehört nach der Lehre des Marxismus-Leninismus zum sog. Überbau.

Es habe Klassencharakter, sei seiner Natur nach parteilich, weshalb auch die Rechtsanwendung nur parteilich sein könne. "Das sozialistische Recht ist der zum Gesetz erhobene Wille der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen werktätigen Schichten der Bevölkerung die Macht ausübt.

Die Grundlage des sozialistischen Rechts ist die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. ... Der Hauptzweck des sozialistischen Rechts ist die Sicherung der Arbeiter- und Bauernmacht und der sozialistischen Errungenschaften" ...

Die politische Aufgabe der Rechtsprechung kommt auch im Gesetz über die Gerichtsverfassung zum Ausdruck: "Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Sieg des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden ...

Die Gerichte erziehen alle Bürger in ihrem beruflichen und persönlichen Leben zu einem verantwortungsbewußten Verhalten und zur gewissenhaften Befolgung der Gesetze. ...

Eng verbunden damit ist die Forderung nach einer echten Parteilichkeit der Rechtsprechung: "Einhaltung der Gesetzlichkeit bedeutet Wahrung der Parteilichkeit. Als höchste Gerichtsstanz besteht seit Dezember 1949 das Oberste Gericht der DDR. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsanwaltschaft" in der SBZ (x009/416): >>Nach Errichtung der DDR wurde durch Gesetz vom 8.12.1949 außer dem Obersten Gericht auch eine Oberste Staatsanwaltschaft geschaffen, deren durch die Volkskammer zu wählender Leiter als Generalstaatsanwalt der DDR Weisungsbefugnis gegenüber den Staatsanwälten der Länder erhielt. ...<<

15.12.1949

Die Provisorische Regierung klärt am 15. Dezember 1949 das Unterstellungsverhältnis der verstaatlichten "Volkseigenen Betriebe" (VEB) und die "Volkseigenen Güter" (VEG).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Volkseigenen Güter" (VEG) in der SBZ (x009/464): >>1949 wurden die bei der Bodenreform "verstaatlichten" landwirtschaftlichen Großbetriebe, die sich in Länder-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung befanden, in der Vereinigung volkseigener Güter, Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammengeschlossen. ...

Die Volkseigenen Güter sollten zu Mustergütern entwickelt werden, die den übrigen Betrieben der Umgebung als Vorbild und Anregung dienen; sie sind mit den typischen Sonderaufgaben des Großbetriebes (Tierzucht, Pflanzenzucht und Saatgutvermehrung) betraut und sollen gleichzeitig "kulturelle Stützpunkte auf dem Lande" sein.

Tatsächlich ist ihre Wirtschaftsweise, die ihrer alljährlich wiederkehrenden Defizite wegen hohe Staatszuschüsse erfordert, selbst in der SED-Presse Gegenstand häufiger Kritik. ...<<

Dezember 1949

Die 20jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Ende 1949 bekamen wir die Möglichkeit, eine Karte mit 12 Zeilen nach Hause zu schicken.

Die Antworten von zu Hause brachten in den meisten Fällen weder Freude noch Erleichterung, denn in den vergangenen Jahren des Schweigens waren im Leben draußen so viel tragische Umwälzungen erfolgt – Todesfälle, Scheidungen und so weiter -, daß viele Mithäftlinge jetzt erst seelisch zusammenbrachen. ...<<

1949

Im Jahre 1949 fliehen 125.245 Sowjetzonenflüchtlinge in den Westen.

17.01.1950

Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, Vorsitzender der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR) teilt dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Ulbricht am 17. Januar 1950 die Schließung der letzten sowjetischen Internierungslager mit (x126/195): >>Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß laut Beschluß der Regierung der UdSSR alle Internierungslager, die unter Kontrolle der sowjetischen Behörden in Deutschland standen - Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen - liquidiert werden. ...

Aus den Lagern werden 15.038 Personen entlassen, einschließlich der 5.504 Personen, die früher von Militärtribunalen zu verschiedenen Strafen verurteilt wurden. Dem Ministerium des Innern (der DDR) werden 3.432 Internierte übergeben zur Untersuchung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Aburteilung durch Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik. Ebenso werden dem Innenministerium der Deutschen Demokratischen Republik 10.513 Verhaftete zur Verbüßung ihrer Strafen übergeben, die für von ihnen begangene Verbrechen von Militärtribunalen ausgesprochen worden sind.

In den Händen der sowjetischen Behörden bleiben 649 Verbrecher, die besonders große, gegen die Sowjetunion begangene Verbrechen begangen haben.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1950 wurden einige Konzentrationslager (Bautzen, Torgau) aufgelöst und gingen als Strafanstalten an die Strafvollzugsbehörden über.

Gegen 3.500 an Zonenbehörden übergebene KZ-Häftlinge wurden in Waldheim Kriegsverbrecherprozesse durchgeführt. ...<<

Der 28jährige Helmut K. berichtet über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/167): >>... Ich habe im Bad und in der Entlausungsstation gearbeitet und mußte jeden Tag 2 Stunden Holz hacken, um die Desinfektionsöfen zu beheizen.

Im Lager tat man buchstäblich alles, um am Leben zu bleiben. Wer arbeiten durfte, empfand das als große Gnade. Es gelang mir sogar, ein wenig Tabak zu pflanzen und damit Handel zu treiben. Solcher Art Tauscherei gehörte in Sachsenhausen zum Alltag.

Überleben war wirklich Glückssache, denn der Hunger wuchs oft bedrohlich an. Ich erinnere mich vor allem an das immer wieder verabreichte Sauerkraut. Wer magenkrank war ist entweder gestorben oder wieder gesund geworden. Daß ich diese Torturen überlebt habe, ist vielen Zufällen zu verdanken.

Wer aus dem Lager entlassen werden sollte, ging zuvor meist in eine abgesonderte Baracke. Dort wurden neue Kleider verteilt, und die Häftlinge erhielten Sonderrationen, damit sie dann in einigermaßen passablem Zustand entlassen werden konnten. Für mich kam dieser Tag am 17. Januar 1950.

Nach 4 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus, Gefängnis und Lager winkte endlich die Freiheit. Man gab mir 20 Mark und einen Entlassungsschein.

Warum ich so lange hinter Gittern und Stacheldraht verbringen mußte, hat mir bis heute niemand gesagt.

Meine Partei (LDP) stellte mich sofort wieder ein. ...<<

20.01.1950

Die DDR-Zeitschrift "Für Dich" berichtet am 20. Januar 1950 über die angeblich guten Haftverhältnisse im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/194): >>Ein Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen. Außer dem Freiheitsentzug gab es für die Häftlinge keine besonderen Härten. ...

(Die Lagerinsassen hätten sich unter Tränen von ihrem sowjetischen Wachpersonal) "in vielen Fällen Freunde" (verabschiedet).<<

24.01.1950

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>Als dann im Januar 1950 die ersten Meldungen von der Auflösung der Lager Sachsenhausen und Buchenwald durch unsere Lautsprecher kamen, wollte kein Mensch so richtig daran glauben, aber dann ging es tatsächlich los. ...

Am 24. Januar mittags um 2 Uhr erklang auch mein Name. Doch wußte keiner von uns, geht es jetzt heim oder zur deutschen Justiz, denn wir hatten ja erfahren, daß viele von uns den DDR-Behörden zur "Strafverbüßung" übergeben werden sollten.

Ich war noch am selben Abend im Zellenbau und erhielt dort meine Laufkarte. Erst jetzt wurde uns klar, daß es nach Hause ging. Im Zellenbau war die Stimmung ganz groß. Die darauffolgende Nacht konnte keiner von uns schlafen. ...<<

25.01.1950

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>... Am nächsten Tag gab es jedoch einen Zwischenfall. Alle, die sich schon ausgerechnet hatten, wann sie zu Hause wären, wurden enttäuscht, denn am 25. Januar erschien kein Offizier.

Erst am Mittag erfuhren wir, daß 1.000 Kameraden mit LKW von der Volkspolizei abgeholt und nach Bautzen ins Gefängnis geschafft wurden. Unsere Entlassung zögerte sich um einen Tag hinaus. Nun, wir hatten 4 Jahre ausgehalten, so hielten wir auch diesen Tag noch aus.<<

26.01.1950

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>Der 26. Januar 1950 war dann aber tatsächlich der Tag unserer Entlassung ...

Vormittags um 10 Uhr ging es dann, nachdem wir nochmals gefilzt worden waren, durch den großen Uhrturm, den eigentlichen Haupteingang.

Am 7. November 1946, abends 6 Uhr, hatte ich ihn das erste Mal passiert, am 26. Januar 1950, vormittags 10 Uhr, durchschritt ich ihn das zweite Mal und verließ damit das Todeslager Sachsenhausen für immer.<<

02.02.1950

Die SED-Zeitschrift "Neue Berliner Illustrierte" berichtet am 2. Februar 1950 über die Entlassung von Häftlingen aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/194): >>Ausreichend ernährt und gekleidet sind alle Insassen des Lagers. ... Die Rationen entsprechen der an die arbeitende Bevölkerung bis Dezember 1949 ausgegebenen (Lebensmittel-Karte 2) ...<<

08.02.1950

Am 8. Februar 1950 beschließt das ZK der SED ein "Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung", um die Verstaatlichung des Sports zu beschleunigen (x009/412).

Am 8. Februar 1950 wird das Ministerium für Staatssicherheit gegründet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatssicherheitsdienst" (SSD bzw. STASI) in der SBZ (x009/420-421): >>Politische Geheimpolizei der SBZ. Schon Ende 1945 begann der Aufbau eines geheimen Polizeiapparates zur Verfolgung politischer Gegner des SED-Regimes, indem bei den Landes- und Kreisbehörden der Volkspolizei Kommissariate 5", kurz "K 5" genannt, gebildet wurden.

Ende 1946 wurde bei der Deutschen Verwaltung des Innern auch auf zentraler Ebene ein Referat "K 5" innerhalb der Kriminalpolizei errichtet, das politische Delikte als "Auftragsangele-

genheiten der Besatzungsmacht" bearbeitete.

Parallel dazu entstand durch Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission vom 12.5.1948 ein "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums", dem die "administrative Kontrolle des gesamten Volkseigentums" übertragen wurde.

Beide Stellen wurden nach Gründung der "DDR" am 7.10.1949 zunächst zu der "Hauptverwaltung Schutz der Volkswirtschaft" im Ministerium der Innern (MdI) zusammengefaßt, danach durch Gesetz vom 8.2.1950 zu einem Ministerium für Staatssicherheit zusammengefaßt (MfS) verselbständigt. ...

Nach dem "Juni-Aufstand" in "Staatssekretariat für Staatssicherheit" umgewandelt und erneut dem MdI unterstellt. Seit November 1955 wieder MfS. Minister seit 1957: Erich Mielke als Nachfolger des in Ungnade gefallenen Ernst Wollweber. Im Februar 1957 hat das MfS die Bereitschaftspolizei, Deutsche Grenzpolizei ... an das MdI abgegeben.

Sitz des MfS: Berlin-Lichtenberg, Bezirksverwaltungen in allen Bezirkshauptstädten und im Sowjetsektor Berlins; Kreisdienststellen in den Kreisen; Beauftragte in Industriebetrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Bis 1954 waren allen Einheiten des SSD Instrukteure des sowjetischen MGB zugeteilt.

Arbeitsweise: Ermittlungs-, Untersuchungs- sowie Vernehmungsmethoden nach Vorbild des KGB; stützt sich in erster Linie auf Berichte seiner Geheimen Informanten (Spitzelwesen)

Der SSD hat sämtliche Lebensbereiche der SBZ gegen alle nichtsowjetischen Regungen und antikommunistische Gedanken geheimpolizeilich zu "sichern". Daneben betreibt er Spionage, Sabotage, Diversion (Ablenkung) und Zersetzung in West-Berlin, in der Bundesrepublik und zum Teil auch im westlichen Ausland.

Die "offensive" Tätigkeit des SSD obliegt der "Hauptverwaltung Aufklärung" (HVA) im MfS, die sich auf teils legale, teils illegale "Residenturen" (Spionageköpfe) stützt. Fiese "Residenturen" arbeiten konspirativ (d.h. streng verdeckt).

1. in den gesamtdeutschen Abteilungen aller Parteien und Massenorganisationen und Einrichtungen, die durch Kontakte auf dem Wege der Infiltration in die Bundesrepublik hinein wirken;

2. in der Wirtschaft und der technisch-militärischen Forschung außerhalb der SBZ.

Der SSD unterliegt keiner Kontrolle durch die Volkskammer ... Er ist lediglich der Form nach an die Sozialistische Gesetzlichkeit gebunden. Er verletzt sie häufig, wenn auch die bis 1954 festgestellten Vernehmungsmethoden (Licht-, Wasser- und Kältezellen, Verpflegungsentzug, schwere Mißhandlungen) selten geworden sind. Die erwünschten Aussagen erzielt der SSD nötigenfalls durch zermürbende Dauerverhöre.

Der Hauptabteilung V des MfS obliegen in der Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung VIII Planung und Durchführung von Verschleppungen aus dem Westen (Menschenraub).

SSD-Angehörige führen Militärdienstgrade und haben neben SSD-Ausweis auch Kripo-Ausweis und getarnte Papiere.

Stärke: etwa 13.000 Zivilkleidung tragende Offiziere, Unteroffiziere und Angestellte, einschließlich der 1.450 Angehörigen des MfS ohne das 3.000 Mann starke Wachregiment des MfS.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Ministerium für Staatssicherheit" - MfS – (x009/295): >>Zentralbehörde des Staatssicherheitsdienstes.

Der Minister (Generaloberst Erich Mielke) hat 3 Stellvertreter: die Generalmajore Otto Last, Otto Walter, Markus Wolf (sämtlich SED). - Der Hauptteil des Ministeriums für Staatssicherheit ist in Berlin-Lichtenberg.

8 Hauptabteilungen haben operative Aufgaben bei "Sicherung" der SBZ gegen alle freiheitlichen und nichtkommunistischen Bewegungen und Einflüsse.

I. Sicherung der Streitkräfte (NVA und Polizeitruppen);

II: Spionage-Abwehr;

III: Sicherung der allgemeinen Wirtschaft; ...

V: Kampf gegen verdächtige Vereinigungen;

VI: Sicherung der Schwerindustrie und Forschung;

VII: Sicherung der Volkspolizei;

VIII: Verkehrssicherung, Schutz leitender Staats- und Parteifunktionäre. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetische Geheimpolizei "KGB" (x009/213): >>... Entstehungsgeschichte: In den Revolutionstagen wurde die Tscheka zur "Bekämpfung der Gegenrevolution und Sabotage" (Gesetz vom 5.9. und 2.11.1918) gegründet.

Am 6.2.1922 wurde die Tscheka in OGPU - Vereinigte Staatliche politische Verwaltung - umbenannt. Diese ging in dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, dem NKWD auf (10.7.1934).

Am 3.2.1941 erfolgte die Abtrennung der eigentlichen Geheimpolizei und die Bildung des NKGB (Volkskommissariat für Staatssicherheit).

Im März 1946 Umbenennung in Ministerien: MGB = Ministerium für Staatssicherheit, wurde im März 1953 in das KGB umgewandelt; MWD = Ministerium für Innere Angelegenheiten. (Dies, zuletzt auf uniformierte Polizei und Paßwesen beschränkt, wurde als zentrale Behörde im Januar 1960 aufgelöst. Seine Aufgaben gingen an die Innenministerien der Gliedstaaten der Sowjetunion über).

Die Bedeutung des KGB hat seit Mitte 1960 wieder zugenommen. Nach Stalin ist die Geheimpolizei eine "Drohung an die Bourgeoisie, eine immer wachsame Wache der Revolution, das entblößte Schwert des Proletariats".

In der SBZ hat das KGB 3 Aufgaben:

Die Voruntersuchung in politischen Prozessen, die die Sowjetischen Militärtribunale an sich ziehen, die Beobachtung der zivilen Sowjetbürger in der SBZ und die Beobachtung der politischen Parteien und der Strömungen in der Bevölkerung.

Dazu dient ein Netz von Agenten und Spitzeln. (Das Verhältnis zum praktisch untergeordneten Staatssicherheitsdienst der SBZ ist teils durch Zusammenarbeit, teils durch Überwachung bestimmt). Die sowjetischen Mitarbeiter des KGB sind ausgewählte linientreue Bolschewisten und sowjetische Nationalisten. Die Brutalität ihrer Vernehmungsmethoden ist bekannt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das polizeiliche "Meldewesen" (x009/283-284): >>... Das polizeiliche Meldewesen wird zur besseren Überwachung der Bevölkerung besonders streng gehandhabt.

Die Möglichkeit, sich an 2 Orten anzumelden (2. Wohnsitz), besteht nicht. Jede - auch vorübergehende - Änderung des Wohnsitzes muß binnen 3 Tagen gemeldet und im Personalausweis eingetragen werden.

Neben der polizeilichen Meldung ist noch eine weitere Eintragung im Hausbuch notwendig. Dies gilt auch für vorübergehenden besuchsweisen Aufenthalt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hausvertrauensleute" in der SBZ (x009/177): >>Durch die sowjetischen Militärbehörden unmittelbar nach der Kapitulation eingesetzte Vertreter von Hausgemeinschaften.

Sie waren für die vollständige Beteiligung der Hausbewohner an Aufräumarbeiten und Dienstleistungen für die Rote Armee verantwortlich. Später übernahmen sie die Verteilung der Lebensmittel und stellten die ersten politischen Zeugnisse für die Entnazifizierung aus.

Ihre Wahl durch die Hausbewohner und ihre Aufgaben wurden 1952 gesetzlich geregelt. Heute sind sie verpflichtet, alle Personen, die vorübergehend in ihrem Haus auf Besuch weilen, oder Hausbewohner, die auch nur kurzfristig verreisen, den örtlichen Polizeibehörden zur Registrierung zu melden, Versammlungen der Hausbewohner zu organisieren und unter Um-

ständen dem SSD (Staatssicherheitsdienst) Auskünfte über politisch verdächtige oder geflüchtete Hausbewohner zu erteilen.

Von einer generellen Verpflichtung aller Hausvertrauensleute zur Spitzeltätigkeit für den SSD kann jedoch keine Rede sein.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das sogenannte "Hausbuch" in der SBZ (x009/176): >>An- und Abmeldung für Dauer- und Besuchsbewohner eines jeden Hauses in den Städten der SBZ, das vom Hausbesitzer oder Hausverwalter zu führen ist.

Dem zuständigen Polizeirevier sind die Eintragungen mitzuteilen. Soll angeblich nur allgemeines Meldewesen erleichtern, dient aber wesentlich der politischen Überwachung aller Reisenden und Umziehenden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Postzensur" in der SBZ (x009/333): >>Das im Art. 8 der Verfassung garantierte Postgeheimnis wird ständig gebrochen.

Vielen Hauptpostämtern sind Kontrollstellen des SSD koordiniert. Mindestens 50 solcher Briefkontrollstellen des SSD, früher "Auffangstelle für anti-demokratischen Schriftverkehr", heute "Dienststelle 12" genannt, bestehen, die vor allem die aus dem Westen kommende und nach dort gerichtete Post kontrollieren.

Der Telefon- und Telegrafverkehr wird durch besondere Beauftragte der Post überwacht. Diese haben den Auftrag, verdächtige Sendungen dem SSD zuzuleiten.

Die Paketkontrolle wird durch das Am für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs durchgeführt. ...<<

09.02.1950

Nach einer Resolution der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED vom 9. Februar 1950 wird die Parteipresse zum "operativen Organ der Parteileitung".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteipresse" der SED (x009/322): >>Umfaßt das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" und 15 Organe der Bezirksleitungen der SED mit Lokalteilen für jeden Kreis.

Zur Parteipresse der SED sind auch die Tageszeitungen "Tribüne" des FDGB und "Junge Welt" der FDJ zu zählen.

Nach Lenins Worten "die schärfste Waffe unserer Partei" ... Als "Presse neuen Typus" lehnt sie den "verfluchten Nur-Journalismus" (d.h. Berufsjournalismus) ab, will vielmehr "die werktätigen Massen erziehen, ihr politisches Bewußtsein heben, sowie zum revolutionären Handeln führen".

Form und Inhalt der Parteipresse der SED sind ausschließlich nach diesen Gesichtspunkten gestaltet. Alle Redaktionen haben die gleiche Struktur. Die wichtigen Ressorts sind Parteileben (d.h. Anleitung der Parteimitglieder) und Propaganda (Vermittlung der marxistisch-leninistischen "Wissenschaft").

Die redaktionelle Gestaltung richtet sich nach dem Zentralorgan "Neues Deutschland" und den Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED.

Jede Veröffentlichung in der Parteipresse der SED, gleichgültig, wer als Verfasser zeichnet, gilt als offizielle Verlautbarung. ...

Der Bezug der Parteipresse der SED ist für Parteimitglieder Pflicht; sie muß jedoch als amtliches Mitteilungsblatt und aus Mangel an anderen Zeitungen von weiten Kreisen der übrigen Bevölkerung ebenfalls bezogen werden. ... Den Klagen über die Eintönigkeit der Parteipresse der SED wird mit dem Hinweis begegnet:

"Nichts ist interessanter, kühner, lebendiger, kritischer und schärfer als die konsequente Anwendung der marxistisch-leninistischen Publizistik" (Hermann Axen auf der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED am 9. und 10.2.1950).

Das Vorbild der Parteipresse der SED ist die sowjetische Presse.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Presse" in der SBZ (x009/335-336): >>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie.

Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ... Zeitungslicenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...

Zentrale Lenkungsinstanz ist die Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED, nachgeordnete Instanzen sind das Presseamt beim Ministerpräsidenten, die Presseabteilung der zentralen Leitungen der Blockparteien und der Massenorganisationen und die entsprechenden Instanzen in den Bezirken. Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet.

Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.

In der SBZ erscheinen 39 Tageszeitungen, davon 9 Tageszeitungen im Sowjetsektor Berlins. Die Höhe der Auflagen wird geheimgehalten. Die Gesamtauflage aller Zeitungen dürfte mehr als 4 Millionen Exemplare übersteigen. ... Bei den Auflagen der SED-Presse ist zu berücksichtigen, daß ganze Berufsstände zum Abonnieren von SED-Blättern verpflichtet sind und daß der Abonnementkreis der "bürgerlichen" Presse durch Papierzuteilung begrenzt wird. ...

Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...

Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.

Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.

Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<

15.02.1950

Am 15. Februar 1950 treffen 2.200 deutsche Häftlinge aus dem sowjetischen Internierungslager Buchenwald in der sächsischen Strafanstalt Waldheim ein.

Ein Häftling berichtet später über die Ankunft im Zuchthaus Waldheim (x126/211): >>In verdrahteten Viehwagen unter schärfster Bewachung der Vopo (Volkspolizei), die mit Hunden, Pistolen, Karabinern, Maschinenpistolen und Scheinwerfern den Transportzug sicherte, trafen wir am 15. Februar 1950 nachts im Zuchthaus Waldheim ein.

Als wir durch das Tor schritten, stürzten sich aus dunklen Ecken und Mauernischen Vopos auf uns, schlugen uns die Kopfbedeckungen herunter, entrissen uns Koffer und Aktentaschen und trieben uns mit Schlägen und Fußtritten in die Zellen. ...<<

Februar 1950

Das sowjetische Internierungslager Bautzen (mit etwa 5.400 deutschen Häftlingen) wird im Februar 1950 von der Volkspolizei übernommen.

Im sowjetischen Internierungslager Bautzen werden insgesamt ca. 30.000 deutsche Gefangene inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 7.000 Häftlinge). Von Mai 1945 bis Februar 1950 kommen hier etwa 12.000 Häftlinge um (x126/182). Die Toten werden größtenteils in der Nähe des Lagers und des Dorfes Niederkaina in Massengräbern bestattet. Mindestens 4.000 Inhaftierte verschleppt man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Das sowjetische Internierungslager Buchenwald bei Weimar wird im Februar 1950 aufgelöst. Die restlichen 2.200 deutschen Häftlinge werden von den DDR-Behörden übernommen und in

das Zuchthaus Waldheim transportiert.

Im sowjetische Internierungslager Buchenwald werden insgesamt ca. 32.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 10.000-12.000 Häftlinge).

Von August 1945 bis Februar 1950 kommen hier mehr als 12.000 Häftlinge um (x126/172-173). Die Toten werden größtenteils am Südhang des Ettersberges oder beim Dorf Hottelstedt in Massengräbern bestattet. Mindestens 2.100 Inhaftierte verschleppt man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Die 20jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Als im Februar 1950 das KZ Sachsenhausen aufgelöst wurde und wir der Volkspolizei der DDR übergeben wurden, sagte mir ein russischer Posten: "Bei deinen Deutschen wirst auch du das Weinen lernen!" Der Junge war ein Prophet!<<

Eva F. wird schließlich im Januar 1954 freigelassen (x126/110).

10.03.1950

Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wird am 10. März 1950 aufgelöst. Rd. 5.700 deutsche Häftlinge transportiert man in die Zuchthäuser Hoheneck-Stollberg, Torgau und Waldheim.

Im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen werden insgesamt ca. 50.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 12.000-16.000 Häftlinge).

Von August 1945 bis März 1950 sterben hier etwa 15.000-20.000 Häftlinge (x126/91). Die Toten werden größtenteils in der Nähe von Schmachtenhagen in Massengräbern bestattet. Etwa 5.000-7.000 Inhaftierte verschleppt man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

22.03.1950

Die politischen Häftlinge des gefürchteten Internierungslagers Bautzen protestieren am 22. März 1950 in einem Brief gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im sog. "gelben Elend".

Entlassene Häftlinge des Internierungslagers Bautzen schmuggeln damals folgenden Brief in die Bundesrepublik Deutschland (x126/197-202): >>Liebe Freunde!

Nachdem alle Protestschritte der Insassen des Lagers Bautzen keine Besserung der Verhältnisse bewirkt haben, richten wir diesen Notschrei und Hilferuf an die Weltöffentlichkeit.

Wir, das sind mehr als 6.000 Häftlinge, davon 1.000 Tbc-Kranke wenden uns an Euch und bitten, unseren Brief der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Diese 6.000 Menschen vegetieren unter unmenschlichen Verhältnissen und warten auf den Tod.

... Bei Übergabe des Straflagers von der sowjetischen an die deutsche Verwaltung betrug die Belegschaftsstärke der acht Säle ... durchschnittlich 400 Mann. Diese Überbelegung der Säle, wobei jedem Insassen eine Schulterbreite von ca. 34 cm als Schlaffläche auf den Holzpritschen zugebilligt wurde, hat infolge der immer schlechter werdenden Ernährung zu einer Erhöhung der Tbc-Krankenziffer um 15 % geführt.

Der schon ohnehin geschwächte Körper ist, nachdem die Verpflegung unter deutscher Regie noch einmal wesentlich schlechter wurde, dem Verfall völlig preisgegeben. ... Der Häftling hat in den hiesigen Massenunterkünften bei diesen Hungersätzen keine Aussicht auf Erhaltung der Gesundheit und des Lebens. Die Tbc-Krankenziffern steigen täglich. ... Die Ansteckungsgefahr ist gewaltig. Die morgendliche und abendliche Zählung wird in Kehtstellung, mit dem Rücken zum Zählenden vorgenommen, denn selbst die Aufsichten fürchten sich vor Ansteckung. Selbst die geringe Tbc-Zusatzverpflegung, die die Sowjets in den Konzentrationslagern in Einzelfällen gewährten, wurde hier gestrichen. ...

In der Landesstrafanstalt Bautzen, in der normalerweise ca. 1.200 Häftlinge untergebracht waren, sind zur Zeit über 6.000 Menschen zusammengepfercht, die unschuldig unter Vorgabe unsinniger Gründe und Verdächtigungen durch sowjetische Militärtribunale zu durchschnitt-

lich 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden.

Alle wurden verhaftet oder entführt und sind, ohne daß die Angehörigen etwas über ihren Verbleib erfuhren, von einem Tribunal ohne Verteidiger, Staatsanwalt und ohne Zeugen, unter Hinzuziehung eines Dolmetschers, der kaum deutsch sprach, entgegen jeder Rechtsauffassung verurteilt worden.

Wir sind heute noch zu 350 und 400 Häftlingen in Sälen von 33 x 12 Metern untergebracht, deren vergitterte Fenster bis oben hin mit Blechblenden verschlossen sind. Als Waschschüsseln dienen alte Brotkästen. Seife gab es seit 3 Monaten keine. Die Fingernägel müssen wir abbeißen oder an zersprungenen Fensterscheiben abschleifen. Für die Zehennägel steht (für alle) eine alte Kneifzange zur Verfügung. 3 Toiletten, die oft ohne Wasserzuführung sind, kein Toilettenpapier, keine Zahnbürste, kein Fieberthermometer im Saal. Wenig, fast gar keine Medikamente in einer offenen Pappschachtel. Bei greller Beleuchtung harren wir von Tag zu Tag auf eine Erlösung.

Die Kleidung zerfällt am Leibe. Nadeln, Faden, Flickklappen und Stopfzeug sind verboten. Die Ergänzung der unbrauchbaren Wäsche ist völlig ungenügend. Selbst die Zustellung von Ostzonenzeitungen, die zur politischen Umerziehung der Häftlinge geliefert wurden, ist seit dem 1. März 1950 unterblieben, von Papier, Bleistift oder Büchern ganz zu schweigen.

Die Jugendlichen, die zum Teil mit 14 Jahren eingekerkert wurden, sind körperlich zurückgeblieben und geistig und moralisch verkommen. Sie haben keine Möglichkeit der Weiterbildung und sind mit ihrem unterernährten Körper den Seuchen und Krankheiten besonders ausgesetzt.

Die Verbindung mit den Angehörigen ist nicht mehr möglich. Am 12. Dezember 1949 ging die letzte Post von hier ab, nachdem seit Mai 1949 ein paar Briefe an die Angehörigen geschrieben werden durften.

Die Wachtürme – neben der ca. 5 Meter hohen Mauer und dem vierfachen Stacheldraht, der elektrisch geladen ist, sind jetzt mit deutschen Volkspolizisten besetzt, die mit den Karabinern Anschlagübungen auf die Häftlinge vornehmen. Der tägliche Spaziergang von 30 Minuten muß in völligem Schweigen durchgeführt werden, zu je 8 Mann eingehakt, in genau angemessenen Entfernungen. Ein großer Teil der Insassen besitzt nur noch Reste von Schuhen und kann deshalb den Raum überhaupt nicht mehr verlassen.

Das Essen muß mit uralten, z.T. durchlöcherten, übelriechenden Holzbottichen aus der Küche geholt werden und wird aus den verschiedenen Schüsseln mit rohen Holzlöffeln eingenommen. Das Brot wird mit Holzmessern zerkleinert.

Als Liegestätten gibt es Reihenholzpritschen in unzureichender Anzahl. Die uralten dreckigen Strohsäcke sind nur noch mit Strohmehl gefüllt. Die Pritschen sind mit Ungeziefer, Wanzen und Flöhen verseucht. Eine Ungezieferbekämpfung gibt es nur dem Namen nach.

... Das Rote Kreuz und andere internationale Organisationen, die das Streben nach Menschlichkeit als ihr oberstes Ziel ansehen, sollen Zutritt zu diesem Elendslager fordern. ...

In unserer heutige Zeit, die mindestens dieselbe ist, wie sie seit 5 Jahren in den Konzentrationslagern der sowjetischen Besatzungszone bestand, wenden wir uns an die westdeutsche Öffentlichkeit und das Weltgewissen.

Wir bitten alle Zeitungen und Rundfunkstationen, die Öffentlichkeit auszuklären und uns in die Erinnerung aller freien Menschen zurückzurufen. Wir richten diesen Appell an die Menschlichkeit aller derer, die sich dem unmenschlichen Regime, das hier am Tode und der Verzweiflung Tausender schuldig ist, nicht beugen wollen. Wir rufen die Menschen des Westens auf, denen zu helfen, die unschuldig in die Maschen der kommunistischen Terrorjustiz geraten sind.

WIR RUFEN DEN WESTEN! ...

DRINGENDE HILFE TUT NOT! Wenn nicht schnellstens geholfen wird, gehen wir alle

zugrunde. 16.000-18.000 hat diese gelbe Elendslager bis heute an Todesopfern gekostet. Täglich kommen neue Opfer hinzu.

Wir rufen das Internationale Rote Kreuz und alle anderen internationalen Hilfsorganisationen!

Wir rufen alle Vereinigungen, Verbände, Gruppen, Parteien!

Wir rufen die kirchlichen und karitativen Verbände!

Wir wenden uns an alle freien und hilfsbereiten Menschen!

Helft uns!

Noch sind Tausende von unschuldigen Menschen zu retten.

Wir hoffen auf Euch! ...<<

31.03.1950

Im gefürchteten DDR-Zuchthaus Bautzen ("dem sog. gelben Elend") protestieren am 31. März 1950 mehrere tausend politische Häftlinge gegen die unmenschlichen Haftbedingungen (x126/197): >>Wir haben Hunger! ... Freiheit! ... Wir rufen das Rote Kreuz! ...<<

Nach Abbruch der Protestaktion stürmen DDR-Polizeieinheiten das Zuchthaus, um die Häftlinge mit Gummi- und Holzknüppeln zu bestrafen.

06.04.1950

Die politischen Häftlinge des gefürchteten Internierungslagers Bautzen protestieren am 6. April 1950 in einem weiteren Brief gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im sog. "gelben Elend".

Entlassene Häftlinge des Internierungslagers Bautzen schmuggeln damals folgenden Brief in die Bundesrepublik Deutschland (x126/203-210):

>>Bautzen, den 6. April 1950

Deutsche Männer und Frauen!

Zum zweiten Male rufen wir Euch, rufen wir jeden, der noch Anspruch auf die Bezeichnung Mensch erhebt, aus dem gelben Elendsbau in Bautzen um Hilfe. Erhört unseren dringenden Notschrei, denn wir haben nach der Absendung des ersten Berichtes Furchtbares erlebt!

Am 31. März, an dem wiederum von Tausenden unschuldiger Menschen in ihrer Angst vor dem Hunger, vor der Tuberkulose, in ihrer unermeßlichen seelischen Qual und Ungewißheit um das Schicksal ihrer Angehörigen ein Notschrei aus der äußersten Verzweiflung in die Öffentlichkeit hinausgeschrien wurde, wurden wir von der Meute der entmenschten Volkspolizei mit grausamster Brutalität niedergeschlagen.

Alte und Junge, Kranke und Invaliden. Opfer des Faschismus und Kriegsversehrte wurden derart mit Gummiknüppeln, Koppeln und Fußtritten bearbeitet, daß Hunderte mit schweren Kopfverletzungen, Knochenbrüchen, Blutergüssen und Verrenkungen darniederliegen.

Die entmenschten Polizisten, die auch diesmal unter dem Kommando von Polizeirat Schulz standen und die durch Hinzuziehung einer an der tschechischen Grenze stationierten Alarmeinheit verstärkt worden waren, gingen bei dieser blutigen Aktion vollkommen planmäßig vor, indem sie jeweils in einen abgeschlossenen Saal eindringen - in dem bis zu 400 Mann auf kleinstem Raum zusammengepfercht leben müssen - und dort in der allerbrutalsten, gemeinsten Art und Weise die Kranken, von Hunger geschwächten, wehrlosen Menschen durch die Gänge trieben, zur Tür hinausprügelten und die Treppe hinunterstürzten.

Selbst die diensthabenden Gefängnisärzte, die sich schützend vor die Gefangenen stellten, wurden rücksichtslos mit Gummiknüppeln niedergeschlagen, dann tobte sich der 'Mut' der blauen Banditen selbst an den Schwerkranken in viehischer Weise aus.

Die Hilfeleistung der Saalärzte an bewußtlos im Saal und auf der Treppe liegenden Inhaftierten wurde von Polizeirat Schulz mit der satanisch-zynischen Bemerkung begleitet "Laßt die Hunde verrecken!"

Man darf die Anzahl der Verletzten mit etwa zwei Drittel der Gesamtbelegschaft annehmen.

Noch einmal, unter diesen Bedingungen vielleicht zum letztenmal, rufen wir die ganze zivili-

sierte Welt, wenden wir uns an die Gerechtigkeit und Menschlichkeit einer demokratischen, besseren, freien Welt, noch einmal entrollen wir vor der Öffentlichkeit die Vorgänge von Bautzen.

Nachdem in den ersten Tagen des Februar dieses Jahres die deutsche Verwaltung das Gefangenenlager Bautzen übernommen hatte, in dem etwa siebentausend Unschuldige schmachten, begann sie ihr Regime mit einer Kürzung der Lebensmittelrationen.

Die Verpflegung bestand nun: Fröhorgens aus heißem Wasser mit vereinzelt Nudeln, mittags aus einer Futterrunkelbrühe, eingesäuerten Mohrrüben oder Kartoffelschalensuppe mit Sauerkrautfäden.

Die Tuberkulose, die schon vorher als Schreckgespenst vor den Häftlingen gestanden hatte, wütete mit jedem Tage stärker, Medikamente waren praktisch nicht vorhanden, die sanitären Einrichtungen in einem Zustande, der es jedem erlaubte, sich auszurechnen, wann er dem würgenden Tod oder dem Hunger zum Opfer fallen würde.

Wie unsagbar schlecht, wie katastrophal die sanitären Zustände und der Gesundheitszustand der Häftlinge waren und sind, geht wohl am eindeutigsten aus der traurigen Tatsache hervor, daß bei der Übernahme des Lagers kein Amtsarzt sich bereit erklärte, weder Behandlungen und Betreuung noch etwa gar die Verantwortung für diese sechstausend zum größten Teil schwerkranken, behandlungsbedürftigen Insassen zu übernehmen, und daß selbst heute noch die ärztliche Behandlung allein in den Händen von gefangenen Ärzten liegt, denen lediglich ein Sanitätswachtmeister beigegeben ist.

Schwebt den Amtsärzten der DDR vielleicht das Schicksal der Ärzte in den ehemaligen Konzentrationslagern der Nazis vor Augen?

Die Volkspolizei sperrt die Post; die Zeitungslieferungen wurden eingestellt; jede kulturelle Betätigung innerhalb der einzelnen Säle ist verboten. Wir Häftlinge wurden als Verbrecher beschimpft, die Zählungen in Kehrtstellung durchgeführt.

So wurde die Belegschaft des Lagers ganz systematisch in eine Angstpsychose hineingetrieben, die sich noch ganz erheblich steigerte, als selbst sechs Wochen nach der Übernahme durch die deutschen Organe sich keiner der zuständigen Offiziere oder Verwaltungsbeamten dazu hatte bewegen lassen, auch nur mit einem Wort sich über die rechtliche Lage der Inhaftierten zu äußern.

Die Saalältesten und die Vertrauensleute wiesen immer und immer wieder in dringlichen Meldungen und beschwörenden Appellen die verantwortlichen Stellen auf diese Angstpsychose vor Hunger und Tbc hin.

In wiederholten Schreiben baten sie den Kommandeur, doch mit einigen aufklärenden Worten über den Fortgang der Dinge diese seelisch vollkommen zugrunde gerichteten Menschen zu beruhigen. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die jahrelange unmenschliche Haft mit ihren grausamen Bedingungen die Menschen vollkommen seelisch zermürbt und zerstört hatte.

Es war alles vergebens; es rührte und regte sich nichts. Hunger, Tbc und seelische Qualen trieben die Menschen zum Äußersten. Am 13. März rissen sie die Fenster auf und schrien ihre Not, ihre Angst und ihr Elend, schrien damit aber auch zugleich die Schande und die Schmach dieses Regimes in die Öffentlichkeit.

Diese Rufe mußten den Machthabern grausam in den Ohren gegellt haben, denn schon am nächsten Tage gaben Inspektoren, hohe Offiziere, Verwaltungsbeamte und Minister einander die Türklinke in die Hand, und am 16. März erschien in den einzelnen Sälen eine deutsch-russische Offizierskommission.

Während die russischen Offiziere lediglich die Versicherung abgaben, nicht nur in Karlshorst, sondern auch den Herren Pieck und Grotewohl unsere Lage eingehend zu schildern und eine Klärung herbeizuführen, versprachen die deutschen Polizeioffiziere - vor allem der traurig

berüchtigte Polizeirat Schulz - das Blaue vom Himmel. Aufbesserung der Verpflegung, Verlegung der Jugendlichen, Arbeitsmöglichkeit für alle, Erneuerung der Bekleidung, sofortige Postzustellung, die Möglichkeit zu schreiben und unbeschränkt Pakete zu empfangen, Zahnbürsten, Käämme, Seife sollten ausgegeben werden usw. Bautzen schien sich mit einem Male in ein Erholungslager verwandeln zu wollen.

Wer aber die Herren bei ihren Versprechungen ansah, konnte ihnen die befohlenen und bewußten Lügen vom Gesicht ablesen, und am deutlichsten dokumentierte sich die Wut und Angst in den Worten des Polizeirats Schulz: "Sie sollen alles haben, aber schreien Sie um Gottes willen nicht wieder."

Wir Häftlinge schrien nicht wieder. Wir hatten Verständnis mit verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, wir waren auch nicht so gemein wie unsere Wärter; denn wir glaubten – sogar nach all den Jahren der Gemeinheiten und der Quälereien - an das Wort eines deutschen Beamten.

Aber wiederum geschah gar nichts. Das Hungern ging weiter, Tuberkulose herrschte, die Lage verschärfte sich noch, als deutsche Volkspolizisten von den Wachtürmen herab Anschlagübungen auf uns Inhaftierte vornahmten, als das Essen sich von Tag zu Tag noch mehr verschlechterte und als laufende Neuzugänge die qualvolle Enge noch steigerten, die Seuchengefahr vergrößerten.

Diese armen Opfer, diese schwer Tuberkulosekranken, wurden auf offenen Lastwagen hier eingeliefert, so daß bei der Ankunft schon ein Toter zu beklagen war und am gleichen Tage noch zwei Inhaftierte verstarben.

Wieder waren es die Gefangenen selbst, die in zahlreichen schriftlichen und mündlichen Gesuchen um eine Unterredung mit einem der verantwortlichen Männer nachsuchten. Nichts geschah.

Zum erneuten Male wurden die Menschen in einen Zustand getrieben, der ihnen den Genickschuß oder die Gaskammer als humanitärer, weil schnellere und schmerzlosere Methoden erscheinen ließ!

Um alle, aber auch restlos alle Möglichkeiten auszuschöpfen, wendeten sich die einzelnen Säle sogar an die höchsten Stellen in der DDR, unabhängig voneinander richteten sie auf dem Dienstwege an die verschiedenen Regierungsstellen der DDR Gesuche und baten um Abstellung der unmöglichen - weil zum Tode von tausenden Unschuldiger führenden - Zustände; baten um Klärung ihrer rechtlichen Stellung und vor allem um ein ordentliches Gerichtsverfahren, das ja nur ihre Unschuld beweisen konnte.

Als wiederum Tage und Wochen vergingen, ohne daß das Geringste erfolgte, genügte nunmehr eine Geringfügigkeit, um aus dieser Situation eine spontane Kundgebung hervorgehen zu lassen.

Am 31. März dieses Jahres schlug dann die Verzweiflungsstimmung um, wehrten sich ... Tausende gegen den immer näher rückenden Würgeengel Tbc und den Hungertod, schrien sie zum zweiten Male ihre Angst, Not und Pein in die Welt hinaus.

Am Mittag hatte man uns wieder eine stinkende dünne Runkelbrühe vorgesetzt; zu gleicher Zeit 'durfte' jeder Häftling eine Karte mit dem vorgeschriebenen Text schreiben:

"Liebe(r) ... !

Teile Euch mit, daß Ihr mir innerhalb acht Wochen einmal schreiben könnt und auch ich Euch in dieser Zeit einmal schreibe. Besuchs- und Paketempfang zur Zeit noch nicht gestattet. Herzlichen Gruß! ..."

Dieser neue Wortbruch, diese neue Gemeinheit führte endlich zu den Vorgängen des 31. März.

Wiederum wurden spontan die Fenster aufgerissen, wiederum gellten die tausendfachen Schreie und Sprechchöre den Kerkermeistern und Henkersknechten entgegen, wiederum

schrien 6.000 gequälte, halbverhungerte Menschen all ihre Not in eine Welt, von der allein sie sich Hilfe versprachen!

Und wenn auch weit über die Hälfte aller Häftlinge diesen Hilfeschrei mit schweren Verletzungen, mit Schmerzen und mit Blut bezahlen mußten, wenn auch die 172 Volkspolizisten mit ihren 16 Offizieren in Gegenwart höchster, goldbetreßter Herren, die sich dieses erhebende Schauspiel nicht entgehen lassen wollten, ihren Mut bewiesen und uns wehrlose Menschen derartig zusammenschlugen, daß noch heute die Opfer mit ausgeschlagenem Auge, bewußtlos und der Sprache beraubt mit zerschlagenen Knochen darniederliegen, ja, selbst wenn noch einige von uns diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen müßten, da sie bei dieser Behandlung und Kost kaum den Blutverlust ersetzen können, so haben wir, so hat die gesamte Welt doch das Angesicht dieses Regimes als Fratze des Teufels erkannt.

Die Repräsentanten dieser Schandrepublik der DDR selbst stürmten mit Gummiknüppeln in der Hand die Säle und Zellen, in denen die Häftlinge ruhig auf ihren Pritschen saßen, sie selbst knüppelten alte, weißhaarige Männer nieder; sie schrien ihren Männern immer wieder zu: "Schlagt vor allem die Jugendlichen zusammen! Schlagt die Verbrecher tot!"

Freie Menschen in Deutschlands Westen!

Wenn Ihr nur einen Blick in unsere Säle hättet werfen können, nur einen einzigen Blick während dieser schmachvollen Vorgänge, wenn Ihr gesehen hättet, wie alte Männer, die ein Lebensalter schon im Dienste der Gemeinschaft standen oder für die sozialistische Bewegung sich eingesetzt hatten, nicht nur körperlich, sondern auch seelisch vollkommen zusammenbrechen, als sie von 18- bis 20jährigen politisch zuverlässigen Bestien den neuen Sozialismus eingepreßelt bekamen, wenn Ihr gesehen hättet, wie man die Kranken von den Liegestätten herunterwarf und blindwütig mit Gummiknüppeln auf sie einschlug, dann würdet Ihr, freie Menschen, mit grenzenlosem Entsetzen und namenloser Empörung vor diesem Verbrechen stehen, vor diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen fünf Jahre nach der Beseitigung des Regimes, dessen es würdig wäre.

Genossen und Parteifreunde!

Deutsche Menschen diesseits und jenseits der Grenzen! In unserer namenlosen Verzweiflung und Not wenden wir uns an Euch, wir wenden uns an alle Parteien und Organisationen! An die kirchlichen Verbände und Religionsgemeinschaften!

Wir wenden uns an den Kampfbund gegen die Unmenschlichkeit und das Ministerium für Wiedervereinigung!

Wir wenden uns an das Rote Kreuz und die Liga für Menschenrechte!

Wir wenden uns an alle Demokraten, an alle Menschen in einer freien Welt:

Hört unseren Schrei!

Hört den Schrei der 6.000 gequälten und hungernden Gefangenen, die in Euch ihre allerletzte Hoffnung sehen, die von Euch Rettung für sich und ihre Familien ersehnen.

Hört uns und helft uns!

Helft den Tausenden von Unschuldigen, die als Opfer einer blutigen Tyrannei schon 20.000 ihrer Kameraden in der Erde verscharren mußten!

Hört uns, Genossen der SPD!

Tausende Eurer Genossen wurden von den Banditen der Einheitspartei ermordet, hört die Überlebenden und helft ihnen.

Hört uns, Freunde der CDU, LDPD!

Eure besten Mitglieder sind es, die hier brutal und systematisch zu Tode gequält werden, weil sie es gewagt hatten, für ihre Partei einzutreten!

Hört uns, ihr Menschen jenseits der deutschen Grenze!

In der allerhöchsten Not schreien wir zu Euch!

Schon einmal habt Ihr Legionen Unschuldiger, Gequälter vom Tode errettet, duldet nicht, daß

zum zweiten Male unersättliche Machtgier, niedrigste animalische Instinkte und teuflische Mordlust sich an aufrechten Menschen austoben!

Menschen in allen Ländern! Erhört uns! Prangert diese Verbrecher und ihre viehischen Willkürakte an!

Ruft durch Eure gesamte Presse die anständigen Menschen auf zum Kampf gegen dieses Untermenschentum!

Schickt unseren Schrei der Not und Verzweiflung durch Draht und Radio durch alle Welt!

Genossen! Freunde! Menschen!

6.000 beschwören Euch! Hört den Aufschrei dieser Gemarterten!

Jeder Tropfen Blut, der hier vergossen wurde, muß brennen im Gewissen der Menschheit, muß brennen als Schandfleck eines Blutregimes!

Duldet nicht länger, daß Verbrecher und Mörder ihre sadistischen Triebe an Unschuldigen austoben! Laßt es nicht zu, daß nach der braunen jetzt die rote Diktatur mit denselben Methoden jede Menschlichkeit niederknüpelt und finsternes Mittelalter nochmals zur Herrschaft gelangt!

Erhört unseren Notschrei!

Hört ihn, alle, die Ihr noch Menschenantlitz tragt und die Ihr noch einer menschlichen Regung fähig seid!

Hört und helft uns. Legt diesen Unmenschen, legt diesem Blutregiment das Handwerk!

Genug des unschuldig vergossenen Blutes! Genug der Opfer, die im Kampfe gegen Willkür und Diktatur, gegen Sklaverei und Knechtschaft fielen! Genug der Opfer, die hinter Stacheldraht in elenden Baracken, in Zellen und Gaskammern, in Konzentrationslagern hingemordet wurden! Genug der Opfer, die Hunger, Seuchen und Tuberkulose grinsend hinwegrafften! Genug der unschuldigen Toten! Nicht mehr Tod und Vernichtung, Leben und Aufbau sollen regieren!

Wir rufen die gesamte zivilisierte Welt!

Wir wollen nicht dem Hunger und der Tuberkulose zum Opfer fallen!

Wir wollen nicht langsam verrecken wie hilfloses Vieh!

Wir rufen die freien Menschen in aller Welt!

Wir wollen arbeiten, aufbauen, leben!

Wir wollen der Freiheit in der ganzen Welt zum Siege verhelfen!

Erhört uns, Brüder und Schwestern in der ganzen Welt!

Helft uns!<<

Herbert Wehner (1906-1990, von 1949-1983 SPD-Abgeordneter des Bundestages) liest diesen zweiten Brief aus Bautzen im Mai 1950 während des SPD-Parteitages in Hamburg vor.

19.04.1950

Das SED-Regime verkündet am 19. April 1950 das "Gesetz der Arbeit" (Veröffentlichung des Arbeitsgesetzbuches).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Arbeitsgesetzbuch" der SBZ (x009/30): >>... Als Grundlage der rechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses werden die Arbeiter- und Bauernmacht, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft bezeichnet.

Das Recht auf Arbeit wird in die Pflicht zur Arbeit umgedeutet. Der FDGB wird Schule des Sozialismus (Marxismus-Leninismus) und allseitiger Vertreter der Interessen der Werktätigen genannt, wobei die Interessen der Arbeitnehmer mit den Interessen des staatlichen Arbeitgebers und der SED identifiziert werden. ...

Das Lohnsystem wird auf das Leistungsprinzip gegründet. Erhöhung des Arbeitslohnes und der Verkürzung der Arbeitszeit wird von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität abhängig gemacht.

Weitere Kapitel enthalten Bestimmungen über die Arbeitsdisziplin und die Regelung von Arbeitsstreitigkeiten durch Konfliktkommissionen und Arbeitsgerichte.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konfliktkommissionen" in der SBZ (x009/223-224): >>Seit 1953 bestehen in den Betrieben und Verwaltung Konfliktkommissionen.

Sie hatten ursprünglich nur die Aufgabe, Arbeitsstreitigkeiten im Betrieb zu entscheiden. Sie setzten sich aus 4 Mitgliedern zusammen, von denen je zwei von der Betriebsleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) bestellt wurden. Ihre Beschlüsse mußten einstimmig gefaßt werden. Kam ein Beschluß nicht zustande, konnte das Arbeitsgericht angerufen werden.

...

Auf dem 4. Plenum des ZK der SED forderte Ulbricht, den Konfliktkommissionen größere Verantwortung und größere Rechte zu übertragen. Ohne gesetzliche Grundlage wurden daraufhin in vielen Betrieben erweiterte Konfliktkommissionen gebildet, die sich mit Verstößen gegen die sozialistische Arbeitsmoral, gegen die Arbeitsdisziplin und mit kleineren kriminellen Delikten, die mit dem Betrieb im Zusammenhang standen, befaßten. ...

In die Zuständigkeit der Konfliktkommission fällt nunmehr die Entscheidung über Verstöße gegen die sozialistische Moral und die Arbeitsdisziplin. Sie behandelt ferner Einsprüche gegen Disziplinarmaßnahmen der Betriebsleitung, Streitfälle mit der Sozialversicherung über kurzfristige Barleistungen und mit der Kasse der gegenseitigen Hilfe. Wie bisher, entscheidet sie über Arbeitsstreitigkeiten im Betrieb.

Ferner hat die Konfliktkommission über strafbare Handlungen zu entscheiden, soweit diese wegen ihres geringen Grades der Gesellschaftsgefährlichkeit nicht vor den Strafgerichten zu verhandeln sind (geringfügige Fälle von Diebstahl, Betrug, Unterschlagung zum Nachteil gesellschaftlichen Eigentums, Sachbeschädigung, leichte Körperverletzung, Beleidigung), unter Voraussetzung, daß sie sich im Betrieb abspielten.

Die Konfliktkommission kann nur Erziehungsmaßnahmen auferlegen, jedoch keine fristlosen Entlassungen anordnen oder Geld- oder Freiheitsstrafen verhängen. Sie können u.a. eine gesellschaftliche Mißbilligung aussprechen, einen Beschuldigten verpflichten, sich beim Geschädigten oder vor dem gesamten Kollektiv zu entschuldigen, und ihn verpflichten, einen Schaden durch eigene Arbeit zu beheben.

Die Konfliktkommissionen werden von der Belegschaft gewählt. ... Die Wahl erfolgt auf 2 Jahre und soll mit den Gewerkschaftswahlen koordiniert werden. Die Konfliktkommissionen bestehen aus 6 Mitgliedern mit 3 bis 6 Vertretern.

Die Beratungen der Konfliktkommissionen sind öffentlich und sollen im großen Kreis stattfinden. Auf jeden Fall sollen die Angehörigen des Kollektivs teilnehmen, die mit dem betroffenen Werk tätigen zusammenarbeiten. Jeder Betriebsangehörige ist berechtigt, vor der Konfliktkommission seine Auffassung darzulegen. Im übrigen wird die Verhandlung völlig formlos geführt. Sie findet außerhalb der Arbeitszeit statt.

Für die Entscheidung genügt jetzt eine Zweidrittelmehrheit. Beschlüsse in Arbeitsstreitigkeiten können weiter beim Kreisarbeitsgericht angefochten werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "FDGB" in der SBZ (x009/123-124): >>Abkürzung für Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, eine pseudogewerkschaftliche Einheitsorganisation, die sich in voller Abhängigkeit von der SED und vom Regime als dem weitaus wichtigsten Arbeitgeber befindet und so außerstande ist, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. ...

Nach § 4 des Arbeitsgesetzbuches fördern die Gewerkschaften "den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand, die Aneignung allseitiger Kenntnisse und eine hohe sozialistische Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin zur raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie mobilisieren die ganze Arbeiterklasse und die Intelligenz zur allseitigen Erfüllung der

Wirtschaftspläne mit dem Ziele der ständigen Verbesserung ihres materiellen und kulturellen Lebensniveaus."

Damit ist der FDGB der wichtigste Gehilfe des staatlichen Arbeitgebers. Beim Juni-Aufstand 1953 stellte sich die FDGB-Führung gegen die freiheitlichen Arbeiter.

... Die Wahlen zu den Organen des FDGB stehen völlig unter dem Einfluß der SED, da kein Kandidat gegen deren Willen aufgestellt werden kann. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Kollektiv" in der SBZ (x009/219): >>Im Parteijargon eine Gruppe, die durch ein gemeinsames, sozialistisches Bewußtsein geeint ist und gemeinsam arbeitet und handelt.

Eine wesentliche Aufgabe des Kollektivs ist die gesellschaftliche Erziehung, die Erziehung im Kollektiv durch das Kollektiv, um das gemeinsame Bewußtsein immer mehr anwachsen zu lassen unter Auslöschung jeder individuellen Regung. ...

Auch Betriebsbelegschaften sind Kollektive, weiter rechnen Brigaden, Zirkel u.a. dazu. Anlern-Kollektive und Lern-Kollektive werden zur gemeinsamen Lösung von Schulaufgaben in wachsendem Umfang gebildet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Brigade" in der SBZ (x009/82): >>Parteijargon für ein aus mehreren Arbeitern bestehendes Kollektiv, das nach produktionstechnischen Gesichtspunkten zusammengefaßt ist.

Meist fällt die Brigade mit der Gewerkschaftsgruppe zusammen. Der Begriff stammt aus der Sowjetunion.

Leiter der Brigade ist der Brigadier. Seine Funktion ist, die Brigade zu möglichst hohen Arbeitsleistungen anzutreiben. Um ihm dazu einen besonderen Anreiz zu geben, bezieht er prozentuale Aufschläge zu seinem Lohn.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitsdisziplin" in der SBZ (x009/28-29): >>Das Wirtschaftssystem und die Arbeitspolitik der SBZ verlangen die bedingungslose Unterwerfung von Arbeitern und Angestellten unter die Befehle der Wirtschaftsfunktionäre.

Schon 1947 wurde deshalb durch den Befehl Nr. 234 für die Betriebe eine Musterdisziplinarordnung geschaffen, die der Werkleitung eine autonome Disziplinalgewalt übertrug.

Nach §§ 106-111 des Arbeitsgesetzbuches liegt die Disziplinalgewalt in den VEB beim Betriebsleiter der Konfliktkommission und wird gemäß den betrieblichen Arbeitsordnungen ausgeübt. Auch in der Verwaltung wird eine strenge Arbeitsdisziplin verlangt.

Die Disziplinarmaßnahmen des Arbeitsgesetzbuches sind: Verweis, strenger Verweis, fristlose Entlassung. Die besonderen Disziplinarordnungen kennen außerdem: Versetzung in eine minderbezahlte Stellung. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Arbeitsmoral" in der SBZ (x009/32): >>Die SED fordert eine "neue Einstellung zur Arbeit", die sich angeblich von der unter dem Kapitalismus herrschenden dadurch unterscheidet, daß jeder freiwillig seine Arbeit so gut, in so großer Menge und so pünktlich wie möglich leistet, weil dies im eigenen Interesse liege. ...

Die sozialistische Arbeitsmoral soll das Kernstück des sozialistischen Lebens sein, das die Menschen mit sozialistischem Bewußtsein führen. Die Einheit von Arbeit, Leben und Lernen auf dieser Grundlage soll durch die Brigaden der sozialistischen Arbeit verwirklicht werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Leistungsprinzip" in der SBZ (x009/260): >>Nach dem Leistungsprinzip soll die Entlohnung ausschließlich nach der Leistung erfolgen.

§ 39 des Arbeitsgesetzbuches bestimmt: "Für die Arbeit und den Lohn der Werktätigen gilt das sozialistische Grundprinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.

Der Arbeitslohn wird nach dem ökonomischen Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung festgesetzt."

Das Leistungsprinzip ist damit der wichtigste Grundsatz der Arbeitspolitik zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur Verbesserung der Qualität der Produktion. Ihm entspricht vor allem das Lohnsystem.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aktivistenbewegung" in der SBZ (x009/19-20): >>Die angeblich freiwilligen, in Wahrheit von SED und FDGB gelenkten gemeinsamen Bemühungen von Aktivisten (Arbeiter, dessen Leistungen für andere vorbildlich sind) zur Erzielung bestimmter wirtschaftlicher Erfolge, vor allem zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Selbstkosten und zur Verbesserung der Qualität der Produktion.

Die Mittel hierzu sind vor allem angeblich neue Arbeitsmethoden. Eine Aktivistenbewegung wird jeweils eingeleitet durch die besondere Leistung eines einzelnen, eines sog. Neuerers, selten einer Gruppe. Für diese Leistung werden vorher besonders günstige Bedingungen geschaffen. Diese meist einmalige Leistung wird stets einer neuen Arbeitsmethode zugeschrieben und mit großem Propagandaaufwand zum Vorbild gemacht, dem nachzueifern innerhalb von sozialistischen Wettbewerben oder im Rahmen von Selbstverpflichtungen die Pflicht aller ist.

Die Aktivistenbewegung nahm in der Sowjetunion ihren Ausgang mit der Leistung des Bergarbeiters Stachanow, in der SBZ mit der von Hennecke. Ihm folgten zahlreiche andere nach. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den sozialistischen "Wettbewerb" in der SBZ (x009/483-484): >>§ 15 des Arbeitsgesetzbuches bezeichnet den Sozialistischen Wettbewerb als die umfassendste Form der Masseninitiative zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Die Teilnahme am Sozialistischen Wettbewerb sei für jeden Werktätigen "Ehrensache". Der Sozialistische Wettbewerb ist sowjetischen Ursprungs. ... In der SBZ wurden 1950 nach Erlaß des Gesetzes der Arbeit die ersten sozialistischen Wettbewerbe durchgeführt.

"Ziele des Sozialistischen Wettbewerbs sind die Beschleunigung des Tempos der sozialistischen Produktion, die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität und die vorfristige Erfüllung und Übererfüllung der staatlichen Pläne. Er organisiert die Werktätigen zum Kampf um die Einführung fortgeschrittener Arbeitsnormen in der Produktion und für die Erfüllung neuer fortgeschrittener Arbeitsnormen".

Der Sozialistische Wettbewerb wird durchgeführt von Mann zu Mann, von Brigade zu Brigade, von Abteilung zu Abteilung. Wettbewerbe von Betrieben gleicher Produktion und von Verwaltungen werden zu Leistungsvergleichen ausgestaltet, bei denen die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe insgesamt oder von Dienststellen verglichen wird.

Die Träger des Wettbewerbs sind die Aktivisten und Neuerer. Hieraus ergibt sich ein enger Zusammenhang mit der Aktivistenbewegung.

Am Sozialistischen Wettbewerb sollen sich alle Betriebsangehörigen beteiligen. Er wird vom FDGB organisiert.

Die Verpflichtung zum Sozialistischen Wettbewerb wird meist in Gestalt der Selbstverpflichtung eingegangen.

Den Siegern im Sozialistischen Wettbewerb winken materielle Vorteile und Auszeichnungen. Die Folge von Sozialistischen Wettbewerben ist sehr oft die Erhöhung der Arbeitsnormen. Die Sozialistischen Wettbewerbe führen zu einer ständigen Überbeanspruchung der Arbeiterschaft. Wettbewerbe werden auch in der Verwaltung und der Justiz durchgeführt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Auszeichnungen" in der SBZ (x009/49): >>Zur Würdigung besonderer Verdienste im Sinne der SED wurden zahlreiche Auszeichnungen geschaffen.

Es gibt folgende Gruppen von staatlichen Auszeichnungen: Orden, Preise, Medaillen, Ehrentitel und Wanderfahnen. Die Stiftung ist Sache des Staatsrats und des Ministerrates. Jedoch können die örtlichen Organe der Staatsmacht für ihren Bereich Preise und Wanderfahnen stiften. Auch die Massenorganisationen verleihen Auszeichnungen, so der FDGB die Fritz-Heckert-Medaille, die FDJ die Arthur-Becker-Medaille ...

Auszeichnungen können verliehen werden an Einzelpersonen und Kollektive ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit sowie an Betriebe, Institutionen und gesellschaftliche Organisationen und Teile dieser Einrichtungen, wenn sie eine organisatorische Einheit bilden. Einzelheiten und Verleihung regeln Ordnungen über die Verleihung. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Held der Arbeit" in der SBZ (x009/178): >>Ehrentitel, der alljährlich am 13.10. an Werktätige verliehen wird, "die durch Beharrlichkeit und Mut hervorragende Einzelleistungen erreichen, die für die Gesamtheit von Bedeutung sind, eine wesentliche Hebung der Arbeitsproduktivität bewirken und für die Allgemeinheit Vorbild und Zielsetzung sind".<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sozialistische "Produktionspropaganda" in der SBZ (x009/340-341): >>... Produktionspropaganda gilt als eine der vielfältigsten und wichtigsten Aufgaben der kulturellen Massenarbeit und schließt Wandzeitungsarbeit, Betriebsfunk, Sichttagitation, Veranstaltungen mit Lichtbildern und Lehrfilmen sowie Vorträge zu Problemen der Produktion, zu wissenschaftlichen Fragen und allgemeinbildenden Themen mit ein.

Vor allem soll Produktionspropaganda die Erfolge der Wissenschaft im kommunistischen Lager und die Leistungen der Sowjetwissenschaft in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen darstellen, um zu verhindern, daß die technische Entwicklung im kapitalistischen Lager überschätzt wird.

Zweck der Produktionspropaganda ist, "Menschen zu Arbeitstaten für den Sozialismus zu beflügeln und ihnen damit das Grundrecht der Menschheit zu geben, nämlich die Freiheit zur fortschrittlichen Veränderung der Gesellschaft" (Horst Sindermann im "Neuen Deutschland" vom 7.2.1961).

Die Produktionspropaganda hat vielfältige Formen angenommen, besonders seit Verkündung des Siebenjahrplanes 1959. "Siebenmeilenstiefel-, Stafetten- und Kompaßbewegung" sowie "Siebenstufenraketen" sind die verbreitetsten, die zur Übererfüllung des jährlichen Planes und des Siebenjahrplanes antreiben sollen. ...<<

21.04.1950

Durch das Gesetz vom 21. April 1950 werden der "Tag der Befreiung" (8. Mai) und der "Tag der Republik" (7. Oktober) zu Staatsfeiertagen erklärt.

26.04.1950

In Waldheim beginnen am 26. April 1950 die sog. "Kriegsverbrecherprozesse".

Bis Juli 1950 werden 3.324 Verfahren abgewickelt. 33 Angeklagte verurteilt man zum Tod. 146 Personen erhalten lebenslängliche Haft. 1.901 Verurteilte müssen für 15-25 Jahre ins Zuchthaus. 947 Angeklagte werden zu Haftstrafen von 10-14 Jahren verurteilt. 295 Personen erhalten bis zu 9jährige Haftstrafen. Nur 4 Angeklagte spricht man frei (x126/218).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schauprozesse" in der SBZ (x009/379): >>Schauprozesse, früher offiziell "Prozesse vor erweiterter Öffentlichkeit" genannt, sind ein beliebtes Mittel der bolschewistischen Justiz, um abschreckende Wirkung auf die Bevölkerung auszuüben (Generalprävention).

"Die Verhandlungen vor breiter Öffentlichkeit ... können zur Stärkung des allgemeinen de-

mokratischen Rechtsbewußtseins und der Einsicht in die Notwendigkeit, die demokratischen Gesetze zu achten, sowie als wirksame Waffe im Kampf um die Festigung unserer demokratischen Ordnung nicht hoch genug eingeschätzt werden" (Max Fechner in: "Neue Justiz" ...). ... Später wurde die Taktik in der Organisierung der Schauprozesse verändert.

An Stelle einer möglichst großen Zuhörerschaft wurden bestimmte Personengruppen zu einem Prozeß besonders eingeladen. Der Zutritt zu diesen Schauprozessen ist meist nur gegen Eintrittskarten möglich. Gericht und Verhandlungsraum sind durch die Volkspolizei abgesperrt. Der Verlauf eines Schauprozesses ist meistens vorher genau abgesprochen. Oft konnte beobachtet werden, daß sich die Angeklagten in ihren Aussagen an vor der Hauptverhandlung niedergeschriebene Protokolle hielten.

Von für die "Bewußtseinsbildung" und Erziehung der Bevölkerung besonders geeignet erscheinenden Szenen werden Rundfunk- und Fernsehübertragungen gesendet und Wochenschau-Berichte hergestellt. ...<<

Der deutsche Journalist Karl Wilhelm Fricke berichtet später über die Waldheimer Prozesse (x126/216-218): >>Ein Volksschullehrer etwa wurde angeklagt, weil er – ohne daß ein individueller Schuldvorwurf erhoben worden wäre – die Schulkinder "im nazistischen Ungeist erzogen" haben sollte: 12 Jahre Zuchthaus.

Ein Journalist, Wirtschaftsredakteur der Wochenzeitschrift "Das Reich" wurde nur darum verurteilt, weil er das gewesen war: 12 Jahre Zuchthaus.

Ein Pfarrer bezichtigt, "die Nürnberger Rassegesetze gefördert" zu haben, indem er Kirchenbuchauszüge für den von Nazibehörden geforderten sogenannten Ariernachweis ausgefertigt hatte: 15 Jahre Zuchthaus.

Ein Angehöriger der Waffen-SS, Kriegsfreiwilliger, an Kriegsverbrechen nicht beteiligt, wurde nach 4 Jahren Internierung wegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation verurteilt: 15 Jahre Zuchthaus.

Einem als Treuhänder nach Polen verpflichteten Wirtschaftsjuristen wurde "Ausplünderung der polnischen Wirtschaft" vorgeworfen: 25 Jahre Zuchthaus.

Ein ehemaliger Landrat in Ostpommern und späterer Bürgermeister in Mecklenburg erhielt "wegen Unterstützung der Nazi-Herrschaft" lebenslanges Zuchthaus, ohne daß ein konkreter Schuldnachweis auch nur versucht worden wäre.

Der ehemalige Oberstaatsanwalt Wilhelm Rode, der niemals mit politischen Strafsachen befaßt war, teilte seine Verurteilung in einem Brief aus Waldheim ... mit folgenden Worten mit: "Bin wegen außerordentlicher Unterstützung der Gewaltherrschaft und Mittäterschaft an den insgesamt begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Zuchthaus, Vermögensentziehung und anderen Nebenfolgen als Hauptverbrecher verurteilt worden. Konkrete eigene Vorkommnisse sind mir nicht vorgeworfen." ...

Der Leiter einer großen Hypothekenbank in Berlin, von Quistrop (der dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand), wurde als Reichsbankpräsident angeklagt; der Hinweis auf Schacht und Funk nutzte nicht viel. Auf die Frage Quistrops, ob unter diesen Umständen eine Verteidigung noch Zweck habe, verneinte der Richter. So konnte sehr rasch das Urteil von 18 Jahren Zuchthaus gefällt werden.

Ein alter Offizier hatte in Polen eine Gutsbesitzerin geheiratet und war dorthin übersiedelt. Im Kriege war er als Dolmetscher eingestellt. Ihm wurde vorgeworfen, daß er durch seine Tätigkeit den Feinden des Nazismus geschadet habe. Als er die Frage, ob er auch an der Kristallnacht in Berlin mitgemacht habe, verneinte mit dem Hinweis, daß er ja in Polen gelebt habe, erklärte der Richter: "Entscheidend ist, daß Sie, wenn Sie in Berlin gewesen wären – bestimmt sich daran beteiligt hätten." ...

Wilhelm Hochstetter, der als Fabrikdirektor in Leipzig Ehrenkonsul von Haiti war, wurde vorgeworfen, daß er diese Stelle dazu benutzt habe, in Haiti für den Nazismus zu werben. Die

Antwort, daß er nie in Haiti war und daß dieser Staat sich kaum für den Nazismus geeignet hätte, schützte ihn nicht vor 15 Jahren Zuchthaus.

Ein Volkssturmmann wurde nach dem sowjetischen Protokoll angeklagt, daß er eine bestimmte Brücke in Görlitz gesprengt habe; auf seinen Hinweis, daß zahlreiche in Waldheim anwesende Kameraden bezeugen, daß diese Brücke noch intakt sei, erklärte der Richter: "Dann haben Sie jedenfalls eine andere gesprengt." ...<<

08.05.1950

Die SED begeht den 8. Mai 1950 erstmalig als staatlichen Feiertag ("Tag der Befreiung").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über dieses Ereignis (x009/67): >>Der Geburtshelfer und Hüter des kommunistischen Regimes in der SBZ waren und sind die sowjetischen Besatzungstruppen - viel mehr als in Polen, Ungarn und anderen Satellitenstaaten.

Die SED gibt die Abhängigkeit ihrer Herrschaft von den sowjetischen Besatzungstruppen offen zu; denn sie begeht seit 1950 den 8. Mai unter dem Titel "Tag der Befreiung" als staatlichen Feiertag.<<

17.05.1950

Die Volljährigkeit der DDR-Bürger wird am 17. Mai 1950 per Gesetz auf 18 Jahre herabgesetzt, damit die jungen Leute "gleichberechtigt am Aufbau der DDR teilnehmen können".

06.06.1950

Im sog. Görlitzer Abkommen erklären Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63).

16.06.1950

Das Informationsamt der SED-Regierung berichtet am 16. Juni 1950 über die "Waldheim-Prozesse" des Landgerichts Chemnitz gegen 3.324 ehemals in sowjetischen Lagern internierte deutsche Kriegsverbrecher (x126/214): >>In den Verhandlungen entrollt sich vor den Zuhörern ein Bild unsäglich Grausamer, Folterungen und bestialischer Mordtaten, die von den Angeklagten an deutschen Antifaschisten, an Juden und an der Bevölkerung in den von den deutschen Faschisten zeitweise besetzten Gebieten Polens, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Frankreichs usw. begangen wurden. ...

Indem die Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik diese Verbrecher, die den Namen Deutschlands in der ganzen Welt geschändet und namenloses Unglück über unser Volk gebracht haben, den harten und gerechten Strafen zuführen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands und zur Festigung des Friedens. ...<<

23.06.1950

Im Vertrag vom 23. Juni 1950 behaupten die Regierungen der DDR und der Tschechoslowakei, "daß es zwischen beiden Staaten keine Streitigkeiten und keine offenen Fragen gibt" (x009/50).

Die DDR und die Tschechoslowakei verzichten damals gegenseitig auf alle Gebietsansprüche und erklären die Vertreibung der Sudetendeutschen für unabänderlich, gerecht und endgültig (x009/511).

06.07.1950

Das SED-Regime schließt am 6. Juli 1950 ein Abkommen mit Polen.

Es handelt sich um einen Vertrag über technisch-wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie um ein Grenzabkommen (Oder-Neiße-Linie). Die Oder wird zur "Friedens- und Freundschaftsgrenze" erklärt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die DDR (x009/314): >>... Im Abkommen der DDR mit der Republik Polen vom 6.7.1950 wird die Oder-Neiße-Linie als "unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze" bezeichnet und damit der Versuch unternommen, die Oder-Neiße-Linie völker-

rechtlich festzulegen.

Jede kritische Äußerung von Bewohnern der SBZ über die Oder-Neiße-Linie wird als Kriegshetze strafrechtlich verfolgt.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Oder-Neiße-Linie" (x051/427): >>Oder-Neiße-Linie, im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 (Kapitel IX) festgelegte Demarkationslinie zwischen den abgetrennten deutschen Ostgebieten und dem restlichen Deutschland, die bis zur endgültigen völkerrechtlichen Festlegung durch einen Friedensvertrag mit Deutschland die Westgrenze Polens bilden sollte.

Die Oder-Neiße-Linie wurde von Stalin mit der unzutreffenden Behauptung durchgesetzt, das Gebiet östlich der Oder sei bereits von allen Deutschen geräumt; die gleichzeitig getroffene Vereinbarung, daß die Überführung noch in Polen verbliebener deutscher Bevölkerungsteile "in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll" (Kapitel XIII), wurde bei der Vertreibung von rund 5,6 Millionen Deutschen 1945/46 vielfach gröblich verletzt.

Die Oder-Neiße-Linie verläuft "von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen (d.h. Lausitzer) Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze".

Die Regierung der DDR hat die Oder-Neiße-Linie am 6.7.50 durch das Görlitzer Abkommen ohne Friedensvorbehalt als "unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze" anerkannt.

Formell hielten die Bundesregierung und die Regierung der drei Westmächte bis in die späten 60er Jahre an ihrer Ablehnung fest, der endgültigen Grenzregelung bei einem Friedensvertrag vorzugreifen, obgleich führende westliche Staatsmänner kaum einen Zweifel an der völkerrechtlichen Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie ließen.

Schließlich hat die Bundesregierung im deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12.8.70 (Artikel 3), deutsch-polnischen Vertrag vom 7.12.70 (Artikel I) und in der Schlußakte von Helsinki 1975 die Unverletzlichkeit der bestehenden polnischen Westgrenze bekräftigte, ohne damit freilich ihren Vorbehalt einer friedensvertraglichen Regelung durch eine gesamtdeutsche Regierung aufzugeben zu haben.<<

09.08.1950

Das SED-Regime erläßt am 9. August 1950 das "Gesetz zur Förderung des Handwerks", um drastische "Sozialisierungsmaßnahmen" durchzuführen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Handwerk" in der SBZ (x009/173-174): >>In der SBZ gelten als Handwerksbetriebe nur Betriebe bis zu 10 Beschäftigten, die handwerkliche Produktions-, Reparatur- und Dienstleistungen verrichten ... Alle anderen Handwerksbetriebe wurden als Kleingewerbebetriebe in die Gewerberolle und damit in den Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammer übergeführt und einer steuerlichen Mehrbelastung unterworfen.

Bis zum Erlaß des "Gesetzes zur Förderung des Handwerks" vom 9.8.1950 war das Handwerk noch nicht den umfassenden Sozialisierungsmaßnahmen ausgesetzt, da die SBZ nach der Enteisungswelle im industriellen Sektor auf die Initiative und das Leistungspotential des Handwerks zur Wiederbelebung der Konsumgüterversorgung angewiesen war.

Das Handwerk wurde aber durch Einbeziehung in das Vertragssystem an die VEW (Volkseigene Wirtschaft) gebunden und in seinen freien Dispositionen stark eingeeignet. Gleichzeitig wurden Verordnungen über die Preisbildung im Handwerk erlassen. Die Bildung von Einkaufs- und Liefergenossenschaften zur wirksamen Kontrolle wurden gefördert. Die Genossenschaften erhalten staatliche Vergünstigungen und vorteilhaftere Kreditbedingungen. Fast sämtliche Handwerksbetriebe mußten sich den Genossenschaften anschließen, um Aufträge und Material zu erhalten.

Vor dem Krieg gab es auf dem Gebiet der SBZ 322.000 Handwerksbetriebe mit rund 980.000 Beschäftigten. ...

Für Mitte 1961 wurden 170.000 Handwerksbetriebe mit rund. 400.000 Beschäftigten angegeben.

Bereits vor dem "Neuen Kurs" wurde 1952 zur Gründung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) aufgerufen. Nach dem Juni-Aufstand sollte die Verordnung vom 18.8.1955 die Bildung von PGH durch Vergünstigungen fördern. In dem Musterstatut wurde betont, daß die Handwerker durch die gemeinschaftliche Nutzung von Maschinen und Werkzeugen rentabler arbeiten und sich durch den Abschluß langfristiger Verträge mit den VEB (Volkseigenen Betrieben) stetige Aufträge sichern könnten. ...

Die völlig unzureichende Versorgung mit lebensnotwendigsten Artikeln des täglichen Bedarfs sowie Reparaturen zwang das Regime, das Tempo der Sozialisierung des Handwerks zu bremsen. Man mißt dem Prinzip der "Freiwilligkeit" im Augenblick formal mehr Bedeutung bei.<<

10.08.1950

Das Ministerium der Justiz beschließt am 10. August 1950 die Rundverfügung Nr. 105/50.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Rundverfügung (x009/371): >>... Mit der Rundverfügung Nr. 105/50 des Ministeriums der Justiz vom 10.8.1950 wurde verlangt, daß die Richter mehr als bisher in ihren Entscheidungen den Anträgen der Staatsanwaltschaft entsprechen.

In wichtigen Strafprozessen wird den Richtern seitens der SED, der Justizverwaltung, der Polizei oder des SSD vor der Verhandlung mitgeteilt, welche Strafe verhängt werden muß.<<

17.08.1950

In den Volkseigenen Betrieben (VEB) wird am 17. August 1950 eine zusätzliche Altersversorgung für die "Intelligenz" eingeführt.

18.08.1950

Otto Nuschke (1883-1957, 1945 Mitbegründer der CDU/Ost, 1949-1957 stellvertretender Ministerpräsident) kritisiert am 18. August 1950 in einem vertraulichen Schreiben an Otto Grotewohl und Justizminister Fechner die rücksichtslose Prozeßführung und die überwiegend willkürlichen Urteile während der Waldheimer Prozesse (x126/220-221): >>... Nach der Aufhebung der Interniertenlager durch die SKK wurden ca. 3.900 Internierte den deutschen Behörden zur weiteren Behandlung überantwortet.

Es war klar, daß eine Aburteilung in diesen Massen durch deutsche Gerichte in kürzester Zeit ordnungsgemäß nicht durchzuführen war. Ich hatte darum seinerzeit im Ministerrat angeregt, diese Häftlinge zu überprüfen und nach Absprache mit der Besatzungsmacht alle diejenigen zu entlassen, auf die etwa der gleiche Tatbestand zutrif, wie bei den von der Besatzungsmacht entlassenen 15.000 Häftlingen. ...

... Die Urteile erwecken in ihrem Strafmaß einen uniformen Eindruck und stehen in der Höhe des Strafmaßes zu gleichgelagerten Fällen, die früher auf Grund des (SMAD)-Befehls 201 vor Gerichten der DDR zur Aburteilung gelangten. Es ist selbstverständlich, daß ich nicht etwa gegen die Urteile Stellung nehme, in denen Kriegs- und Naziverbrecher in Waldheim ihre gerechte Strafe erhalten haben.

... Es besteht die Gefahr, daß durch die in Waldheim von Volksrichtern gefällten Urteile, das Ansehen der Institution des Volksrichters schwer beeinträchtigt wird. ...

Vielleicht hat die Erwägung bei den Gerichten vorgewaltet, daß die Tribunale der Besatzungsmacht gleichfalls harte Urteile gefällt haben, und daß man befürchtete, daß ein geringeres Strafmaß als Kritik jener Urteile empfunden werden könne. ...

Es erscheint nötig, besonders auch im Hinblick auf die Volkswahlen vom 15. Oktober, den Komplex Waldheim einer Überprüfung zu unterziehen.

Ich schlage deshalb vor, daß der Ministerrat einen Prüfungsausschuß einsetzt, der die ergangenen Urteile nachprüft, die beteiligten Staatsanwälte, Richter und sonstige Personen ver-

nimmt und bestimmte Richtlinien erarbeitet, die geeignet sind, die erregte Öffentlichkeit zu beruhigen.<<

04.10.1950

Angehörige der Sekte "Zeugen Jehovas" werden am 4. Oktober 1950 durch das Oberste Gericht wegen Boykott- und Kriegshetze zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Zeugen Jehovas" in der SBZ (x009/499-500): >>Sekte, die in der SBZ im August 1950 durch den Minister des Innern, Dr. Steinhoff, verboten wurde.

Zur Begründung führte Steinhoff an, daß die Sekte "illegales Schriftenmaterial" verbreite, "systematische Hetze gegen die bestehende demokratische Ordnung und deren Gesetze unter dem Deckmantel einer religiösen Veranstaltung" treibe und dem Spionagedienst einer imperialistischen Macht dienstbar sei.

Einen Tag vor Erlass des Verbotes waren bereits die ersten Verhaftungen von Angehörigen der Sekte erfolgt. Diese wurden am 4.10.1950 durch das Oberste Gericht verurteilt, das 2mal 15 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Zuchthaus verhängte. Seitdem wurden 2.175 Mitglieder der Sekte wegen Boykott- und Kriegshetze zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Boykott-, Kriegs- und Mordhetze" in der SBZ (x009/80): >>Begriffe des Parteijargons aus Artikel 6 Abs. 2 der Verfassung: "Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze."

Obwohl dieser Verfassungsartikel keinen Strafrahmen enthält, ist er vom Obersten Gericht zum unmittelbar anwendbaren Strafgesetz erklärt worden: Die in dem Artikel "selbst nicht enthaltenen Strafbestimmungen sind ... dem allgemeinen Strafgesetzbuch zu entnehmen. Dieses droht für Verbrechen als Strafe an: Todesstrafe, lebenslängliche Zuchthausstrafe und zeitliche Zuchthausstrafe. Alle diese Strafen finden für Verstöße gegen den Artikel 6 der Verfassung je nach Schwere der Tat Anwendung." (Urteil des Obersten Gerichts gegen leitende Persönlichkeiten der Sekte "Zeugen Jehovas" vom 4.10.1950. ... Mit dieser Begründung wurden aus Artikel 6 ständig schwerste Strafen bis zur Todesstrafe verhängt.

Die Grenze zwischen Vorbereitungshandlung, Versuch und Vollendung wurde immer mehr aufgehoben; Unterlassungen wurden dem aktiven Handeln gleichgesetzt.

Nach üblicher Gesetzesauslegung stellte z.B. das Verbringen einiger Exemplare einer West-Berliner Zeitung in die SBZ "Kriegs- und Mordhetze" dar, weil diese Tageszeitungen "in jeder ihrer Ausgaben zum Kriege und zum Mord an demokratischen Politikern hetzt" (Urteil des Landgerichts Potsdam gegen den 17jährigen Graef: 2 Jahre Zuchthaus).

Auf Grund des Artikels 6 der Verfassung wurden auch die als Spionage bezeichneten Handlungen bestraft. Um die weite Fassung des Art. 6 aufzulösen und in einzelne Tatbestände zu konkretisieren, wurde von der Volkskammer am 11.12.57 das Strafergänzungsgesetz erlassen, das nunmehr die Tatbestände für die Staatsverbrechen formuliert. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Spionage" in der SBZ (x009/410): >>Eine Strafbestimmung, durch die Spionage für strafbar erklärt wird, gab es in der SBZ bis zum 1.2.1958 nicht.

Dennoch erfolgten viele Verurteilungen sogenannter "Spione und Agenten" auf Grundlage des Art 6 der Verfassung wegen Boykotthetze. Unter Spionage verstand das Oberste Gericht die Übermittlung jeder wahren oder falschen Nachricht aus "allen Gebieten des öffentlichen Lebens, allen Einrichtungen nicht nur des Staates, sondern auch der Parteien und der gesell-

schaftlichen Organisationen und der in ihnen tätigen Menschen", auch über "die persönlichen Verhältnisse der Staatsbürger, die Produktion, den Transport und das Kulturleben" ("Neue Justiz" 1952, S.276).

Mit § 14 StEG wurde ein selbständiger Spionagetatbestand geschaffen: "Wer es unternimmt, Tatsachen, Gegenstände, Forschungsergebnisse oder sonstige Nachrichten, die im politischen oder wirtschaftlichen Interesse oder zum Schutze der DDR geheimzuhalten sind, an andere Staaten oder deren Vertreter, an Organisationen oder Gruppen, die einen Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernmacht oder andere friedliebende Völker führen, oder deren Vertreter und Helfer auszuliefern oder zu verraten, wird wegen Spionage mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden." In schweren Fällen kann auf Todesstrafe oder lebenslängliches Zuchthaus erkannt werden.

Weitere Tatbestände des StEG stellen das "Sammeln von Nachrichten" und die Verbindung zu verbrecherischen Organisationen und Dienststellen" unter Gefängnis und Zuchthausstrafe. Nach Meinung des Obersten Gerichts wird durch Angaben des Flüchtlings "über die Stimmung der Belegschaft, das Verhältnis zwischen Arbeitern und leitenden Funktionären, den Besuch von Versammlungen usw." der Straftatbestand der "Sammlung von Nachrichten" im Sinne von § 15 StEG erfüllt (Urteil in: "Neue Justiz" 1958, S. 176).<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Terrorismus" in der SBZ (x009/437): >>Parteijargon, als "staatsgefährdende Gewaltakte" in § 17 StEG und als "Angriffe gegen örtliche Organe der Staatsmacht" in § 18 StEG 2 Tatbestände der Staatsverbrechen.

Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren, in minderschweren Fällen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten wird bestraft, "wer es unternimmt, durch Gewaltakte oder durch Drohung mit Gewaltakten die Bevölkerung in Furcht und Schrecken zu versetzen, um Unsicherheit zu verbreiten und das Vertrauen zur Arbeiter- und Bauernmacht zu erschüttern", und "wer es unternimmt, mit Gewalt die gesetzmäßige Tätigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern".<<

15.10.1950

Die versprochenen freien Volkskammer-Wahlen finden am 15. Oktober 1950 nicht statt.

Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernimmt später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Volkskammer" (x009/466): >>Volksvertretung der SBZ, deren verfassungsrechtliche Stellung entsprechend der Verneinung des Gewaltentrennungsgrundsatzes und der zentralstaatlichen Tendenz der Verfassung außerordentlich stark ausgestaltet ist ("höchstes Organ der Republik", Art. 50 der Verfassung).

Infolge der tatsächlichen politischen Machtverhältnisse stellt sich die Volkskammer als Scheinparlament dar.

... Die Volkskammer konstituierte sich ... nach der am 15.10.1950 auf Grund des verfassungsändernden Gesetzes vom 9.8.1950 durchgeführten Abstimmung über die Einheitsliste der Nationalen Front endgültig. Angeblich sollen 99,7 % der Stimmberechtigten für die Einheitsliste gestimmt haben. ...<<

21.10.1950

Ein SED-Mitarbeiter beantwortet im Namen des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 21. Oktober 1950 schriftlich ein kritisches Schreiben des stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke vom 18. August 1950 (x126/223): >>... Mit der Durchführung der Gerichtsverhandlungen (in Waldheim) waren Volksrichter beauftragt, die bereits in mehrjähriger praktischer Tätigkeit als Richter oder Staatsanwalt unter Beweis gestellt haben, daß sie die demokratische Gesetzmäßigkeit richtig anzuwenden verstehen. ...

Der Vorschlag, einen Prüfungsausschuß durch den Ministerrat einzusetzen, der die ergangenen Urteile nachprüft, die beteiligten Staatsanwälte, Richter sowie die geschäftsführenden Angestellten vernehmen soll, muß als verfassungswidrig abgelehnt werden. Bekanntlich heißt es im Artikel 127 der Verfassung: "Die Richter sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen." ...

Gegen die Verfassung oder gegen die Gesetze ist vom Landgericht Chemnitz oder von einem Richter nicht verstoßen worden, so daß eine Nachprüfung der erfolgten Rechtsprechung in der vorgeschlagenen Form unmöglich ist.<<

26.10.1950

Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" meldet am 26. Oktober 1950 (x009/320): >>Aufgabe der "Parteihochschule Karl Marx beim ZK der SED" in Ost-Berlin ist es: "Parteiarbeiter des neuen, des bolschewistischen Typs" herauszubilden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteihochschulen" in der SBZ (x009/320): >>... Teilnehmer werden durch die Bezirksleitungen ausgewählt und theoretisch und personell durch Sonderkommissionen des ZK und der Partei überprüft.

Die Zulassung jedes Funktionärs ist vom Beschluß des Sekretariats des ZK abhängig, das auch die letzte Entscheidung über den Einsatz der Hochschulüler hat. Wichtigste Gesichtspunkte der Auswahl sind: proletarische Herkunft, Anerkennung der "führenden Rolle der Sowjetunion und der KPdSU", Bewährung in der praktischen Parteiarbeit, Besuch einer Kreis- und Landes- bzw. Bezirksparteischule mit gutem Erfolg. ...<<

27.10.1950

Das ZK der SED beschließt am 27. Oktober 1950 im Rahmen von sog. "Säuberungen" die Überprüfung aller Parteimitglieder und den "Umtausch der Parteidokumente".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Säuberungen" in der SBZ (x009/378): >>Seit Lenin 1921 erstmals für die KPdSU eine generelle Überprüfung der Mitglieder auf soziale und politische Herkunft, parteimäßiges Verhalten und Qualitäten anordnete, sind Säuberungen bzw. die sog. Parteiüberprüfungen Mittel zur Durchsetzung der jeweiligen Parteilinie gegen alle oppositionellen Mitglieder und Gruppen, zur hektischen Aktivierung der gesamten Mitgliedschaft und, durch die Bestrafung von "Sündenböcken", Mittel, um den Unfehlbarkeitsanspruch der bolschewistischen Partei krampfhaft aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig benutzen die Parteiführer Säuberungen, um sich persönlicher Widersacher zu entledigen.

Eine besonders terroristische Variante erfuhren die Säuberungen in der Sowjetunion nach der Ermordung des Leningrader Parteisekretärs Kirow am 1.12.1934. Von diesem Ereignis führte eine direkte Linie zu den Schauprozessen gegen ehemalige Partei-, Staats- und Armeeführer in der Sowjetunion.

Demgegenüber sind die Säuberungen in der SBZ - von wenigen Ausnahmen abgesehen - unblutig verlaufen. Kriterien der Säuberungen in der SED waren vor allem die Einstellung der Parteimitglieder und Funktionäre zur Sowjetunion und zum Titoismus, die Einstellung zu Walter Ulbricht und seinem Kurs sowie zu den Normen der "Partei neuen Typus". Dies schließt die Ablehnung aller demokratischen Gedanken, des sog. Sozialdemokratismus, des Revisionismus, des Nationalkommunismus wie auch aller nichtkommunistischen Wiedervereinigungskonzeptionen ein.

Die erste Säuberung in der SED wurde 1948/49 mit dem Ziel veranstaltet, "klassenfeindliche Elemente" und "antibolschewistische Gruppierungen" aus der Partei zu entfernen. Die erste große Säuberung in der Parteiführung erfolgte im August 1950 mit dem Ausschluß der Funktionäre Merker, Bauer, Goldhammer, Kreikemeyer, Ende und weiterer. ... Zwei Monate später beschloß das ZK eine Überprüfung aller Mitglieder in der Zeit vom 15.1 bis 30.6.1951. Nach offiziellen Angaben sind im Verlauf dieser Säuberungen 150.696 Personen aus der SED aus-

geschlossen worden.

Im Laufe der nächsten 2 Jahre wurden u.a. folgende Funktionäre in speziellen und kollektiven Säuberungen abgesetzt, gerügt bzw. ausgeschlossen: Dahlem, Lohagen, Uschner, Lauter, Lena Fischer, Wilhelm Koenen.

Nach dem Juni-Aufstand wurden, zum Teil unter der Beschuldigung der "Fraktionsmacherei", Opfer von Säuberungen: Zaisser, Herrstadt, Fechner, Jendretzky, Elli Schmidt, Weinberger und andere.

Eine neue Säuberungswelle richtete sich nach dem Ungarn-Aufstand gegen Anhänger des Revisionismus (Harich, Block); im Zusammenhang mit dieser Aktion wurde im Oktober 1957 Paul Wandel seiner Funktionen enthoben. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kritik und Selbstkritik" in der SBZ (x009/238): >>... Kritik und Selbstkritik sind im Parteijargon zu wesentlichen Elementen der Parteikontrolle über den einzelnen und der revolutionären Wachsamkeit in den eigenen Reihen geworden.

Maßstab für Kritik und Selbstkritik ist demgemäß nicht die Vernunft, sondern das Parteidogma und die jeweils geltende Generallinie. Demzufolge darf Kritik immer nur an Auswüchsen des Systems, nie aber am System selbst geübt werden. Außerdem ist die Kritik "eingeplant".

Nicht planmäßige Kritik wird unterbunden und hat für den Kritisierenden gefährliche Folgen. Jede Kritik findet ihren Sinn erst durch die dazugehörige Selbstkritik.

Diese hat in einer möglichst schonungslosen und selbstentwürdigenden Bloßstellung zu erfolgen. Die Selbstkritik erfolgt meist öffentlich: in Versammlungen aufgrund von gesteuerten Angriffen aus der Zuhörerschaft, auf Parteischulen und auf Parteilehrgängen, wobei jeder Teilnehmer jede Phase auch seiner privaten Entwicklung darstellen und zur Diskussion stellen muß.

Bei prominenten Personen wird die Kritik und Selbstkritik mit Vorliebe in der Presse geführt, mit dem Zweck, nicht nur den Betroffenen öffentlich zu diffamieren, sondern auch unter den anderen Funktionären eine permanente Angst- und Schreckenspsychose zu erzeugen.

Eine weitere Funktion der Kritik und Selbstkritik ist, für offensichtliche Mißerfolge einzelne Personen verantwortlich zu machen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime auf diese abzulenken.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Geständniserpressung" in der SBZ (x009/156): >>Die von seiten der Justiz der SBZ erstrebte generalpräventive und erzieherische Wirkung eines Strafverfahrens, insbesondere natürlich der politischen Strafsachen, erfordert ein Geständnis und nach Möglichkeit ein "Reuebekenntnis".

Mit allen Mitteln wird daher seitens des Staatssicherheitsdienstes versucht, den Beschuldigten zur Abgabe eines Geständnisses zu bringen. Bis etwa zum Jahre 1953 wurden durch die Untersuchungsorgane vielfach Foltermethoden angewendet, obwohl § 343 StGB für Aussage- und Geständniserpressung Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren androht.

Seitdem führt der SSD die erwünschten Geständnisse entweder durch ein "Dauerverhör" herbei oder dadurch, daß dem Beschuldigten Versprechungen für eine vorzeitige Haftentlassung gemacht werden. Häufig wurde auch beobachtet, daß das Versprechen, von Repressalien gegen Familienangehörige absehen zu wollen, genügte, um ein Geständnis zu erzielen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Dritten Weg" in der SBZ (x009/103): >>Mit dem Begriff Dritter Weg verbindet die sozialistische Opposition im Ostblock das Bekenntnis zum "demokratischen" oder auch "menschlichen Sozialismus".

Sozialistische Wirtschaftsformen sollen ihre Ergänzung finden durch echte Demokratie in Staat und Gesellschaft.

Diese Auffassung schließt sowohl die Ablehnung des Stalinismus und des nachstalinistischen Totalitarismus im Ostblock ein als auch die Ablehnung der kapitalistisch-demokratischen Ge-

sellschaftsordnung, in der die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen durch den Privatbesitz an Produktionsmitteln in sozialistischer Sicht weiterbesteht.

Der Dritte Weg wird als Alternative gegenüber dem Kapitalismus und dem entarteten Sozialismus verstanden. Seine Anhänger in der SBZ vertreten den Standpunkt, daß die Theorie des Dritten Weges die einzig mögliche programmatische Plattform für ein wiedervereinigtes Deutschland ist, das eine Synthese zwischen "sozialistischer Diktatur" und "kapitalistischer Demokratie" sein soll.

Die SED-Führung bekämpft sowohl die Anhänger der SPD in der Bundesrepublik und in der SBZ als auch die Anhänger des Revanchismus als Verfechter des Dritten Weges: "Die Politik der SPD, die Theorien vom Dritten Weg und vom demokratischen Sozialismus sind im Grunde genommen nichts anderes als eine mehr oder weniger getarnte Unterstützung des Imperialismus und Militarismus" (Thesen des SED-Politbüros zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, Einheit, 9/1959, S. 1.262). ...<<

04.11.1950

In der Nacht zum 4. November 1950 werden die in Waldheim zum Tod Verurteilten hingerichtet. 24 Verurteilte sterben durch den Strang oder die Guillotine (x126/219).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kriegsverbrecherprozesse" in der SBZ (x009/236-237): >>Mit der Auflösung der sowjetischen Konzentrationslager in der SBZ wurde ein Teil der Internierten auf freien Fuß gesetzt, ein großer Teil in die Sowjetunion deportiert, etwa 3.500 Personen wurden der Zonen-Justiz zur Aburteilung übergeben.

Die Aburteilungen angeblicher Kriegs- und Naziverbrecher fanden in den Monaten April bis Juli 1950 in Waldheim/Sachsen durch 12 Große und 8 Kleine Strafkammern statt. Als Richter amtierten besonders ausgewählte und linientreue SED-Volksrichter. Ebenso ausgesucht waren Staatsanwälte und sonstiges Personal.

Grundlage zur Verurteilung bildete in der Regel die Übersetzung eines in russischer Sprache abgefaßten Protokolls, das meist nicht ganz eine Seite füllte, und die angeblich von dem Beschuldigten begangenen Straftaten erwähnte. Im Ermittlungsverfahren wurden die Beschuldigten durch besonders geschulte Polizeikräfte noch einmal vernommen und mußten einen Lebenslauf und eine Vermögenserklärung abgeben. Auf diese Unterlagen stützte sich die Anklage der Staatsanwaltschaft.

Die Anklageschrift durfte von den Angeklagten durchgelesen, mußte dann wieder abgegeben werden. Verteidiger wurden nicht zugelassen, desgleichen keine Zeugen.

Am Schluß der gesamten Aktion, die unter Leitung von Dr. Hildegard Heinze und 4 anderen SED-Funktionären stand, wurden etwa 10 öffentliche Prozesse gegen Angeklagte durchgeführt, denen wirklich Straftaten vorgeworfen werden konnten. In allen anderen Verfahren in Waldheim war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Von 38 Todesurteilen wurden in der Nacht zum 4.11.1950 24 vollstreckt. Im übrigen wurden Strafen zwischen 6 Jahren Gefängnis und lebenslanglichem Zuchthaus verhängt.

Nach der Verurteilung erhielten die Angehörigen der Verurteilten nach teilweise über 5 Jahren das erste Lebenszeichen von den Inhaftierten. Seitdem wurde es den Verurteilten gestattet, monatlich einen Brief von 15 Zeilen zu schreiben und zu empfangen sowie in längeren unregelmäßigen Abständen ein Lebensmittelpaket mit genau vorgeschriebenem Inhalt zu erhalten. Im Herbst 1952 wurde unter dem Druck der öffentlichen Meinung der freien Welt, ein Teil der Verurteilten vor Ablauf der Strafzeit entlassen. Weitere vorzeitige Haftentlassungen erfolgten im Juli 1954 und 1956, so daß jetzt fast alle Waldheim-Verurteilten die Freiheit zurückerlangt haben.

Das West-Berliner Kammergericht hat in einem nach § 15 des "Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen" durchgeführten Überprüfungsverfahren erkannt,

daß die Waldheim-Urteile wegen der im Verfahren und bei der Urteilsfindung festzustellenden Rechtsverletzungen schlechthin als nichtig, also als Nicht-Urteile angesehen werden müssen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Volksrichter" in der SBZ (x009/468): >>Begriff des Parteijargons.

Die Forderung nach einer umfassenden "Demokratisierung der Justiz" führte 1945 zu den ersten Volksrichter-Lehrgängen. Der Mangel der fehlenden akademisch-wissenschaftlichen Ausbildung sollte durch "große Lebenserfahrung" dieser neuen Richter ausgeglichen werden. Das Mindestalter betrug 23 Jahre. Das notwendige juristische Grundwissen sollte den Schülern während des Lehrganges beigebracht werden. Der erste Lehrgang dauerte 6 Monate, der zweite 8 Monate, die nächsten drei dann jeweils ein Jahr. ...

Seit 1956 wird auf eine gute fachliche Qualifizierung der Studenten an der Akademie und der früheren Absolventen der Volksrichter-Lehrgänge geachtet. Bis Ende 1960 mußten alle Volksrichter das Staatsexamen nachholen. Der Vorbereitung auf dieses Examen diente das Fernstudium.<<

15.11.1950

Grotewohl bestreitet am 15. November 1950 erneut, daß eine Kollektivierung der gesamten Landwirtschaft geplant wird.

16.11.1950

Durch Verordnung vom 16. November 1950 geht der Strafvollzug auf das Ministerium des Innern über.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/431): >>... Damit trat der bisher im Strafvollzug vertretene Erziehungsgedanke völlig in den Hintergrund. Durch die Übertragung des Strafvollzugs auf die Polizei wurde angestrebt, die Arbeitskraft der Gefangenen in möglichst großem Umfange auszubeuten, so vor allem in Haftarbeitslagern.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Haftarbeitslager" in der SBZ (x009/169-170): >>Die Mehrzahl der Häftlinge, auch der politischen Gefangenen, ist in die Produktion der volkseigenen Wirtschaft eingegliedert.

Soweit diese Häftlinge nicht in volkseigenen Betrieben arbeiten, die in den Strafvollzugsanstalten Zweigbetriebe unterhalten, müssen sie in den zur Zeit 25 Haftarbeitslagern schwerste körperliche Arbeit verrichten.

Einige dieser Haftarbeitslager wurden für die Dauer großer Bauvorhaben errichtet. z.B. das Haftarbeitslager "Schwarze Pumpe" und das Haftarbeitslager "Klotzsche", das nach Fertigstellung der neuen Rollbahnen des Flugplatzes wieder aufgelöst wurde. Ständige Haftarbeitslager bestehen für die im Bergbau eingesetzten Häftlinge in den Steinkohlenrevieren Oelsnitz und Zwickau, in den Kalibergwerken Rossleben und Sollstedt sowie im Kupferbergwerk Volkstedt. In den Stahlwerken StalinStadt (später Eisenhüttenstadt) und Unterwellenborn arbeiten die Häftlinge aus den gleichnamigen Haftarbeitslagern. 5 große Ziegeleien werden hauptsächlich von Häftlingen betrieben. ...

Bis 1957 konnten sich die Häftlinge durch hohe Arbeitsleistungen die Strafzeit bis auf ein Drittel verkürzen. Für sog. "Kurzstrafer", d.h. Häftlinge, die eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr verbüßen, ist diese Vergünstigung seit dem Sommer 1958 völlig entfallen. Die anderen Gefangenen können seitdem trotz härtester Arbeit nur noch in besonders günstigen Ausnahmehedingungen einen wesentlichen Teil der Strafzeit "einarbeiten", weil die mehrmals erhöhten Arbeitsnormen kaum noch zu erfüllen sind. ...

Die - wenn auch geringe - Hoffnung, die Strafzeit zu verkürzen, sowie Strafen wegen Arbeitsverweigerung bei Nichterfüllung der Norm treiben die Häftlinge weiterhin zu äußerster Kraftanstrengung an. 75 % der Arbeitsvergütung werden für Unterkunft und die meist unzurei-

chende Verpflegung einbehalten.

Der in Art. 137 der Verfassung niedergelegte Grundgedanke des Strafvollzugs, "Erziehung der Besserungsfähigen durch gemeinsame produktive Arbeit", ist in den Haftarbeitslagern längst durch die Ausbeutung der Häftlinge zugunsten der volkseigenen Wirtschaft ersetzt worden.

In den Haftarbeitslagern wird die gegen "arbeitsscheue Personen" ausgesprochene "Arbeitserziehung" vollstreckt.<<

31.12.1950

Deutsches Reich: Größe in qkm (Stand: 1950), Bevölkerung (Stand: 1950)

<u>Deutsche Provinzen, Länder und Landesteile</u>	<u>Fläche in qkm Stand: 1950</u>	<u>Deutsche Bevölkerung Stand: 1950</u>	<u>Einwohner je qkm Stand: 1950</u>
Westdeutschland (BRD)	245.275	47.589.300	194
Berlin	890	3.325.200	3.736
Saargebiet	2.559	948.700	371
Sowjetische Besatzungszone (DDR)	107.173	17.600.000	164
	355.897	69.463.200	195
Deutsche Ostgebiete (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens)	13.200	.	.
Deutsche Ostgebiete (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern)	101.448	.	.
	470.545	.	.

Quellen: KNAURS LEXIKON, München 1953 (x038/295).

Deutschland mußte nach dem Zweiten Weltkrieg 24,4 % seines Staatsgebietes (in den Grenzen von 1937) abtreten.

1950

Im Jahre 1950 fliehen 197.788 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Der Anteil der Vertriebenen an der DDR-Bevölkerung beträgt im Jahre 1950 rund 25 % (Vergleich: BRD am 1.4.1950 = 7,7 Millionen Vertriebene, rund 16,1 %).

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Louis Fürtberg (1909-1957) verfaßt im Jahre 1950 das "Lied der Partei" (x846/...):

>>Sie hat uns alles gegeben,
Sonne und Wind und sie geizte nie.
Wo sie war, war das Leben,
Was wir sind, sind wir durch sie.
Sie hat uns niemals verlassen,
Fror auch die Welt, uns war warm.
Uns schützt die Mutter der Massen,
Uns trägt ihr mächtiger Arm.
Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht.
Und Genossen es bleibe dabei,
Wer da kämpft für das Recht,

Der hat immer recht
Gegen Lüge und Ausbeuterei.
Wer das Leben beleidigt,
Ist dumm oder schlecht,
Wer die Menschen verteidigt,
Hat immer recht.
So aus Lenin'schem Geist
Wird von Stalin geschweißt
Die Partei, die Partei, die Partei.

Sie hat uns niemals geschmeichelt.
Sank uns im Kampfe auch manchmal der Mut,
Hat sie uns leis nur gestreichelt:
"Zagt nicht!" und gleich war uns gut.
Zählt denn noch Schmerz und Beschwerde,
Wenn uns das Gute gelingt,
Wenn man den Ärmsten der Erde,
Freiheit und Frieden erzwingt?
Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht. ...

Sie hat uns alles gegeben,
Ziegel zum Bau und den großen Plan.
Sie sprach: "Meistert das Leben,
Vorwärts Genossen, packt an."
Hetzen Hyänen zum Kriege,
Bricht euer Bau ihre Macht.
Zimmert das Haus und die Wiege,
Bauleute, seid auf der Wacht!
Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht. ...<<

25.01.1951

Nach der "Verordnung über die Rückgabe deutscher Personalausweise bei Übersiedlung nach Westdeutschland oder West-Berlin" vom 25. Januar 1951 muß jeder Bewohner der SBZ, der nach Westdeutschland oder West-Berlin übersiedelt, seinen Personalausweis an die Volkspolizei zurückgeben.

Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bedroht (x009/368).

31.01.1951

Die Kasernierte Volkspolizei verfügt bereits Ende Januar 1951 über rd. 65.000 Mann.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/287): >>Das Potsdamer Abkommen sah auch für die SBZ eine völlige und dauernde Entwaffnung vor.

Doch die Sowjetunion und später in ihrem Auftrag die SED betrieben eine sehr wirksame Militärpolitik, indem sie militärische und militärähnliche (paramilitärische) Verbände aufstellten und weite Bereiche des öffentlichen und politischen Lebens in den Dienst der Wiederbewaffnung stellten.

... 1. Sie gab (seit August 1946 im Gegensatz zu den Polizeien der westlichen Besatzungszonen ...) die nichtmilitärische Volkspolizei schon sehr früh in die Hand der SED, um zuverläss-

sige Kräfte für die künftige Zonenarmee zu sammeln;

2. sie baute seit dem 1.12.1946 eine militärähnliche kasernierte Grenzpolizei auf, die bis Mitte 1948 auf 9.100 Mann anwuchs, während in den westlichen Besatzungszonen an derartiges überhaupt noch nicht zu denken war;

3. sie sammelte unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion Kräfte für die geplante Zonenarmee.

Seit dem 3.7.1948 ließ die Sowjetunion militärische Einheiten (Kasernierte Volkspolizei) aufbauen. Sie sollten angeblich nur polizeiliche Bereitschaftsverbände sein, wuchsen aber schon bis Anfang 1951 zu einer einsatzfähigen Armee von rd. 65.000 Mann an ...<<

26.04.1951

Die SED-Regierung überträgt dem FDGB am 26. April 1951 die Leitung und Kontrolle über die 5 Sozialversicherungsanstalten der Länder.

29.04.1951

Das "Neue Deutschland" meldet am 29. April 1951, daß der Verlust des Parteimitgliedsbuches zu Parteistrafen oder sogar zum Parteiausschluß führen kann (x009/319): >>Das Parteimitgliedsbuch ist für jedes Mitglied und jeden Kandidaten unserer Partei das höchste und wichtigste Dokument, das er in seinem Leben erhalten kann ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteidisziplin" in der SBZ (x009/319): >>(Die Parteidisziplin ist das) Grundprinzip der bolschewistischen "Partei neuen Typus".

Verlangt widerspruchslose Unterordnung unter die Beschlüsse der vorgesetzten Parteileitungen und Funktionäre. Beschlüsse müssen auch von denen eingehalten werden, die mit ihnen nicht einverstanden sind und vor der Beschlußfassung widersprochen haben.

Bei Verletzung der Parteidisziplin verhängt man strenge Parteistrafen bis zum Ausschluß. "Wer auch nur im geringsten die eiserne Disziplin der Partei der Proletarier ... schwächt, der hilft in Wirklichkeit der Bourgeoisie gegen das Proletariat (Lenin: "Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" ...).<<

12.07.1951

Durch Verordnung vom 12. Juli 1951 wird für die Intelligenz der wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen eine zusätzliche Altersversorgung eingeführt.

16.08.1951

Der Ministerrat errichtet am 16. August 1951 das "Amt für Literatur und Verlagswesen".

01.09.1951

Westdeutsche und West-Berliner Kraftfahrer müssen ab 1. September 1951 für die Benutzung der Autobahn Helmstedt – Berlin Autobahnbenutzungsgebühren an die DDR-Behörden zahlen.

05.09.1951

Das SED-Justizministerium untersagt ab 5. September 1951 die Bezeichnung "politische Häftlinge".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die politischen "Häftlinge" in der SBZ (x009/170): >>Die Zahl aller aus politischen Gründen inhaftiert gewordenen und noch inhaftierten Bewohner der SBZ ist nicht bekannt. Neben den in die Konzentrationslager verschleppten und zum großen Teil verstorbenen Menschen werden als politische Häftlinge diejenigen bezeichnet, die ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen durch ein sowjetisches Militärtribunal oder ein Gericht der SBZ wegen Boykotttätze, Friedensgefährdung oder eines anderen Staatsverbrechens verurteilt worden sind. Auch die in den Kriegsverbrecherprozessen verurteilten Angeklagten fallen in diese Kategorie.

Die größten Strafanstalten, in denen sich in der SBZ politische Häftlinge befinden, sind die in

Bautzen, Berlin-Rummelsburg, Brandenburg, Bützow-Dreibergen, Cottbus, Halle, Luckau, Magdeburg, Sudenburg, Hoheneck bei Stollberg, Torgau, Untermaßfeld, Waldheim und Zwickau.

Obwohl bis zum Sommer 1955 allein in den Strafanstalten über 20.000 politische Häftlinge im Widerspruch zu den Grundrechtsgarantien der Verfassung eingesperrt waren und schwere und schwerste Zuchthausstrafen verbüßen sollten, gab es nach offizieller Version keine politischen Häftlinge in der SBZ.

"Heute wird niemand seiner Gesinnung wegen inhaftiert. Wer unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung angreift, wer den Aufbau unserer Friedenswirtschaft stört, begeht eine strafbare Handlung und wird seiner verbrecherischen Taten wegen bestraft. Die Strafgefangenen dieser Art sind deshalb auch keine politischen Gefangenen, sondern kriminelle Verbrecher. Die Bezeichnung dieser Strafgefangenen als politische Häftlinge wird daher hiermit untersagt" (... Justizministerium der SBZ vom 5.9.1951).

Die Zahl der politischen Häftlinge verringerte sich infolge von einigen seit 1954 durchgeführten Entlassungs- und Begnadigungsaktionen. ...<<

27.09.1951

Die SED erläßt am 27. September 1951 eine "Verordnung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Justiz".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/416): >>... Durch die "Verordnung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Justiz" vom 27.9.1951 wurde die Staatsanwaltschaft unter der Leitung des Generalstaatsanwaltes der DDR "ein in seiner Organisation und Tätigkeit selbständiges Organ der Justiz" (§ 1).<<

27.11.1951

Das Politbüro der SED ruft am 27. November 1951 alle Parteimitglieder auf, die Arbeitsproduktivität zu steigern.

1951

Im Jahre 1951 fliehen 165.648 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

01.01.1952

Die SED führt ab 1. Januar 1952 die wirtschaftliche Rechnungsführung ein.

Die bisher unselbständigen Volkseigenen Betriebe (VEB) werden ab 1. Januar 1952 in selbständig wirtschaftende Einheiten umgewandelt. Sie erhalten eine eigene finanzielle Grundausstattung sowie einen eigenen Umlaufmittelfonds und müssen auch selbständig die Abgaben an den Staatshaushalt entrichten.

02.01.1952

Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wird ab 2. Januar 1952 auf sowjetische Waffen umgerüstet.

Am 2. Januar 1952 beginnt das Nationale Aufbauprogramm.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Nationale Aufbauwerk" (x009/304): >>1952 gegründet, durch die Nationale Front gelenkte "Bewegung für den Aufbau der Hauptstadt Berlin", die 1953 auf das ganze Zonengebiet ausgedehnt wurde.

Ziel ist die "Förderung der Initiative aller Werktätigen Berlins und der DDR für die finanzielle und praktische Unterstützung des Aufbaues".

Die Bevölkerung wird unablässig aufgerufen, sich an Bauarbeiten und bei der Enttrümmerungsaktion "freiwillig" und ohne Entgelt zu beteiligen. Durch das Nationale Aufbauwerk sollen öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kinderheime, Sportstätten, Neubauhäuser und Wohnungen wiederhergestellt oder neu gebaut werden. Aber auch beim Bau neuer Betriebe werden die "Aufbauhelfer" herangezogen.

Arbeiter in Industriebetrieben werden unter politischem Druck veranlaßt, sich zu verpflichten, z.B. im Jahr 20 oder 30 "Aufbaustunden" zu leisten. ...

Seit 1960 sind die dem Nationalen Aufbauwerk zugewiesenen Auflagen zum Teil in die Volkswirtschaftspläne mit aufgenommen, d.h. die "freiwillige" Leistung nach Feierabend wird zum Planbestandteil. ...<<

26.01.1952

Verschleppte mitteldeutsche "Zeiss-Spezialisten" (Optiker) kehren am 26. Januar 1952 aus der Sowjetunion zurück.

11.02.1952

Die Hochschulen werden am 11. Februar 1952 angewiesen, "politisch geeignete Studienbewerber" bevorzugt zu behandeln.

25.02.1952

Die Regierung ordnet am 25. Februar 1952 an, Schulgeld nach politischen Gesichtspunkten zu verlangen.

03.04.1952

Am 3. April 1952 wird die "Verordnung über die Beschäftigung von Strafgefangenen" erlassen, um Strafgefangene während des Strafvollzugs "in bestimmten Zweigen der Industrie" zu beschäftigen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/431): >>... Für ständige Normerfüllung und Übererfüllung wurde vorzeitiger Straferlaß in Aussicht gestellt, "wenn der Strafgefangene sich verpflichtet, das Doppelte des Strafrestes, mindestens jedoch ein Jahr, im gleichen Industriezweig zu arbeiten" (§ 2 Abs. 3). ...

Seit Sommer 1955 wurde nach und nach in den großen Strafanstalten die Regelung eingeführt, daß die Gefangenen keine Lebensmittelpakete von ihren Angehörigen mehr erhalten durften. Es durfte den Gefangenen zunächst aber noch Geld geschickt werden, für das sie sich in den Strafanstalten die dort vorhandenen Lebens- und Genußmittel kaufen konnten. Seit Frühjahr 1956 ist auch diese zusätzliche Hilfe nicht mehr erlaubt. Bei guter Führung und Erfüllung der Arbeitsnorm kann dem Gefangenen gestattet werden, zum Geburtstag ein Lebensmittelpaket von seinen Angehörigen zu empfangen.

Zu Weihnachten darf (und soll) der Gefangene ein Geschenkpäckchen an seine Angehörigen schicken, während er selbst zu diesem Fest kein Paket erhalten darf. ...<<

28.04.1952

Die Sowjets übergeben am 28. April 1952 der DDR 66 der 213 SAG-Betriebe, die anschließend in sog. "Volkseigene Betriebe" (VEB) umgewandelt werden.

In der SBZ gibt es damals noch folgende Sowjetische Aktiengesellschaften (x009/397):

SAG-Betriebe	Beschäftigte
SAG Wismut (Uranbergbau)	225.000
SAG Brikett (Braunkohlenwerke, Schwefelwerke, Benzinwerke, Elektrizitätswerke)	40.000
SAG Kali (Kalibergwerke)	12.500
SAG Synthese (Benzinwerke)	18.000
SAG Marten (Hüttenwerke, Walzwerke, Stahlgießereien)	19.000
SAG Amo (Werke des Schwermaschinenbaues)	44.000
SAG Transmasch (Waggonfabriken, Maschinen- und Armaturenfabriken)	31.000
SAG Mineraldünger (Chemiewerk Leuna, Stickstoff und Kalkwerk)	29.000
SAG Zement- und Baustoffwerke	5.500
SAG Awtowelo (Automobilwerk, Werke der Motorrad-, Uhren-, Werkzeug-, Kugellager- und Büromaschinenindustrie)	32.000
SAG Kautschuk (Synthese- und Kautschukwerk, Gummiverarbeitung)	20.000
SAG Kaustik (Chemiewerke, Farben, Filmmaterial, Zelluloid)	34.000
SAG Kabel (Großbetriebe der Elektroindustrie, Kabelwerke, Akkufabriken)	41.000
	551.000

Die SAG-Betriebe beherrschen von 1946-1953 die Wirtschaft der SBZ. In vielen Industrie-

zweigen besitzen sie wichtige Monopolstellungen. Seit der Übernahme der deutschen Werke sind die Produktionswerte der SAG-Betriebe stetig gewachsen. Nach den Planzahlen des Jahres 1951 produzieren die SAG-Betriebe 32 % der gesamten Industrieproduktion in der SBZ.

08.05.1952

Das SED-Regime kündigt am 8. Mai 1952 die Aufstellung "nationaler Streitkräfte" an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Militarismus" und die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/286,287-288): >>Nach 1945 war die SED wie die übrigen Parteien bemüht, die Bevölkerung zu pazifistischen Vorstellungen hinzuführen.

Doch seit dem Frühjahr 1952 versucht die SED, die Bevölkerung für die Aufstellung nationaler Streitkräfte zu begeistern. ... Auf der Linie Lenins meint sie, ihre Rüstung ergebe keinen Militarismus. ...

"Die Armeen der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats sowie die Volksbefreiungsarmeen, die in der Regel unter der Führung der kommunistischen Arbeiterparteien entstanden, sind keine militaristischen Verbände.

Natürlich gibt es auch in diesen Armeen eine straffe militärische Ordnung und Ausbildung, Disziplin, Befehlsgewalt und Unterordnung. Das ist aber kein Militarismus.

Militarismus ist die Ausrichtung des gesamten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens eines Landes auf die Vorbereitung von Eroberungskriegen. Die Armee wird zum Hauptzweck des Staates, das Volk lebt und schafft nur, um die Soldaten zu stellen und die Armee auszurüsten und zu ernähren."

Weiter heißt es nach der Theorie des Marxismus-Leninismus: "Die politische Grundlage des modernen Militarismus ist die politische Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie."

Da nun, so wird weiter behauptet, "der Charakter der Armee durch den Charakter des Staates bestimmt wird, ist die Armee eines Arbeiter- und Bauernstaates keine militärische Organisation, weil in einem Staat der Arbeiter und Bauern die Grundlagen des Militarismus beseitigt sind". ...<<

>>... Die als "Volkspolizei" getarnte Armee wurde bis Frühjahr 1952 überwiegend aus Freiwilligen gebildet, die meist glaubten, einer bloßen Polizei beizutreten, und weit besser gepflegt wurden als weite Teile der Bevölkerung.

Grundlegend und bezeichnend für die Armee und die Polizeitruppen ist die politische Überwachung und Anleitung durch die Politorganisationen der SED in den bewaffneten Kräften. ...

Von großer Bedeutung ist auch die scharfe und lückenlose Überwachung durch jene Organe und Spitzel des Ministeriums für Staatssicherheit, die innerhalb der Verbände eingesetzt sind.

- In der Armee und bei den Polizeitruppen war (und ist bei den Spitzenstäben noch heute) eine dritte Kontrollorganisation tätig, die zugleich anleitend wirkt: die sowjetischen Berater für die militärische Ausbildung und Führung der Truppe. Ihr unbeschränkter Einfluß macht deutlich, wie sehr die Armee der SBZ ein Werkzeug des sowjetischen Imperiums sein soll.

Bis April 1952 wurde die Abschirmung der Militärpolitik dadurch verstärkt, daß die SED behauptete, der SBZ läge eine Bewaffnung völlig fern. ...

Seit Mai 1952 bezeichnete die SED "nationale Streitkräfte" als notwendig und betrieb ihre Militärpolitik ziemlich offen. ...<<

23.05.1952

Am 23. Mai 1952 wird das "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" erlassen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Staatsanwaltschaft" der SBZ (x009/416): >>... Ihren Abschluß fand die Herauslösung der Staatsanwaltschaft aus der Justiz mit dem "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" (StAG) vom 23.5.1952, "das für die Staatsanwaltschaft der DDR die Krönung ihrer Entwicklung bedeutete" (Benjamin/Melsheimer in: "Neue Justiz" ...).

Seither entsprechen Organisation und Aufgaben der Staatsanwaltschaft im wesentlichen dem

sowjetischen Vorbild. Die Staatsanwaltschaft ist jetzt ein unmittelbar dem Ministerrat unterstelltes Staatsorgan mit besonderen, über den eigentlichen Justizbereich hinausgreifenden Aufgaben und Vollmachten.

Nach dem StAG ist es Aufgabe der Staatsanwaltschaft, "die Aufsicht über die strikte Einhaltung der Gesetze und Verordnungen der DDR zu führen" (§ 1, Abs. 2, StAG). "Diese Aufsicht erstreckt sich auf alle Ministerien, Ämter und ihnen unterstellte Dienststellen und Einrichtungen, auf Betriebe und ebenso auf alle Funktionäre des Staatsapparates und Bürger" (§ 10, Abs. 2, StAG); diese Bestimmung deckt sich bezeichnenderweise fast wörtlich mit dem Art. 113 der Sowjetverfassung.

Entsprechend dem § 10 StAG wurde die Abteilung "Allgemeine Aufsicht" in der Staatsanwaltschaft geschaffen. In dieser neuen Funktion wird der Staatsanwalt als "Hüter der demokratischen Gesetzlichkeit" bezeichnet.

"Die allgemeine Aufsicht entspricht dem Wesen des Staates und hilft bei der Verwirklichung der Politik der Regierung. Sie ist eine wichtige politische Einrichtung. Die Lösung der sich für die allgemeine Aufsicht ergebenden Aufgaben kann nur in unmittelbarer Auswertung des erklärten politischen Willens der führenden gesellschaftlichen Kraft, der Partei der Arbeiterklasse erfolgen". ...

Die Staatsanwaltschaft überwacht die Strafvollstreckung und übt die Aufsicht über alle Haft- und Strafanstalten (Strafvollzug) aus. Sie wirkt im Begnadigungsverfahren mit und führt das Strafregister. - Die Staatsanwaltschaft wird von dem Generalstaatsanwalt der DDR geleitet, dem in Bezirken (Bezirksstaatsanwalt) der Staatsanwalt des Bezirkes und in den Kreisen (Kreisstaatsanwalt) der Staatsanwalt des Kreises unterstehen. Sämtliche Staatsanwälte sind den Weisungen des Generalstaatsanwaltes unterworfen; er ernennt und entläßt Staatsanwälte. Fast alle Staatsanwaltschaften sind mit der SED angehörenden Absolventen von Volksrichter-Lehrgängen besetzt. ...<<

26.05.1952

Die SED-Regierung erläßt am 26. Mai 1952 die sog. Sperrzonen-Verordnung und errichtet entlang der Demarkationslinie ein Sperrgebiet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sperrgebiet" (x009/409-410): >>... (Das Sperrgebiet) ... umfaßt den 10-m-Kontrollstreifen, den 500-m-Schutzstreifen und die 5-km-Sperrzone. -

Das Leben in der Sperrzone unterliegt zahlreichen Beschränkungen. Der Aufenthalt in der Sperrzone bedarf einer besonderen polizeilichen Genehmigung; der Aufenthalt im Schutzstreifen erfordert zusätzlich die Genehmigung des zuständigen Grenzpolizei-Kommandos. Der abgeholzte und umgepflügte Kontrollstreifen darf nicht betreten werden; es wird ohne Warnung geschossen. -

Aus dem Sperrgebiet erfolgten im Sommer 1952 umfangreiche Zwangsevakuierungen, die eine Fluchtwelle auslösten.

Der politische Vorwand für die Schaffung des Sperrgebiets auf Grund der sog. Ermächtigungsverordnung war die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages vom 26.5.1952. ...<<

01.06.1952

Das "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" tritt am 1. Juni 1952 in Kraft.

12.07.1952

Auf der 2. Pressekonferenz der SED berichtet man am 12. Juli 1952 über die Errichtung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und verkündet den "Aufbau des Sozialismus".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Landwirtschaftlichen "Produktionsgenossenschaften" (LPG) in der SBZ (x009/337-338): >>Eine in Deutschland neuartige Erscheinungsform gemeinschaftlicher Landbewirtschaftung sowjetischer Prä-

gung, entstanden durch den Zusammenschluß bis dahin individuell wirtschaftender Bauern, Landarbeiter und auch sonstiger Berufszugehöriger zu einem kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb zwecks gemeinsamer Bewirtschaftung und Nutzung der eingebrachten und der öffentlich bereitgestellten Bodenflächen und Produktionsmittel ("sozialistischer Großbetrieb").

Die LPG sind keine Genossenschaften in unserem Sinne des Wortes. Es handelt sich nicht um freiwillige genossenschaftliche Zusammenschlüsse, die dazu dienen, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder, die einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen, zu fördern, sondern um Kooperationsformen der Landbewirtschaftung, die nach "sozialistischen Grundsätzen organisiert und geleitet werden".

LPG sind Zwangsgemeinschaften kommunistischer Art im Dienste des kollektiven Erwerbs, deren Verwaltung und Wirtschaftsgeschehen durch Gesetz und Musterstatuten zentral reglementiert und kontrolliert werden, so daß das Mitspracherecht der Mitglieder ihre Eigenverantwortung und Privatinitiative entscheidend unterbunden ist. ...

Bei der Eigentumsregelung wird zwischen "Eigentum der Genossenschaftsbauern" und "genossenschaftlichem Eigentum" unterschieden. Das Eigentum des Mitgliedes an Grund und Boden bleibt zwar formal erhalten, verliert jedoch seine Funktion, weil es unentgeltlich "zur gemeinsamen Nutzung eingebracht" und dem Eigentümer die Verfügungsgewalt darüber entzogen wird. Er wie sein Erbe dürfen den Grund und Boden "nur an den Staat, die LPG oder deren Mitglieder, die wenig oder gar kein Land besitzen", veräußern.

Hinzu kommt, daß jedes Mitglied beim Eintritt in die LPG III dieser auch sämtliches Inventar und alle Wirtschaftsgebäude zur allgemeinen Nutzung unentgeltlich übergeben muß, soweit sie nicht zur Führung der persönlichen Hauswirtschaft benötigt werden. ...

Die LPG wird durch den Vorstand, den Vorsitzenden und die Mitgliederversammlung geleitet. ... Die Überwachung und Kontrolle der Arbeitsleistungen und der wirtschaftlichen Entwicklung obliegt dem Buchhalter, der den Vorsitzenden bzw. die Revisionskommission darüber regelmäßig unterrichtet. Dies erfordert einen umfangreichen Verwaltungsapparat, dessen Kosten die LPG belasten, ganz abgesehen davon, daß die darin beschäftigten Menschen der Güterproduktion entzogen werden. ...<<

23.07.1952

Um die sog. "Demokratisierung der Verwaltung" durchzusetzen, läßt das SED-Regime am 23. Juli 1952 die bisherigen Länder in 14 Bezirke zerschlagen.

07.08.1952

Der Ministerrat beschließt am 7. August 1952 die Bildung der "Gesellschaft für Sport und Technik" und des "staatlichen Komitees für Filmwesen".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Gesellschaft für "Sport und Technik" (x009/413-414): >>Organisation zur vormilitärischen Ausbildung von jugendlichen und jüngeren Einwohnern beiderlei Geschlechts.

Gegründet durch Regierungsverordnung vom 7.8.1952 als "Körperschaft des öffentlichen Rechts". Beitritt vom 14. Lebensjahr, formell freiwillig. ...

Die Gesellschaft für Sport und Technik soll ihren Mitgliedern "militärische Grundkenntnisse auf den Gebieten des Segel- und Motorflugsportes, des Flugmodell- und Fallschirmsportes sowie des Motor- und Seesportes und des Amateurfunkens als Massensport vermitteln". Sie soll "die Regierung der DDR bei der Organisation der bewaffneten Verteidigung der Heimat und des sozialistischen Aufbaus unterstützen". So hieß es im 1. Statut vom August 1952.

Da motorsportliche Möglichkeiten lockten und auf offene Bindung an die SED verzichtet wurde, hatte die GST bis Ende 1952 starken Zulauf. Die Einführung einer Pflichtausbildung in Schießen und Geländedienst und einer Art Politschulung drosselte den Zulauf und brachte Austritte. ...

Seit Sommer 1955 wird die GST auch an Normkaliberwaffen ausgebildet. Im Interesse der

Luftwaffe werden Segelflieger und Fallschirmspringen stark betrieben, die Nachrichtentechnik soll allen Waffengattungen zugute kommen.

Die Geländekunde und der Felddienst werden oft als "Touristik" umschrieben. Die Erziehung zum Patriotismus und zum Kommunismus wird in der Gesellschaft für Sport und Technik je offener gefordert, je mehr sie ein Werbeplatz der Kasernierten Volkspolizei (KVP), seit 1956 der Nationalen Volksarmee geworden ist. Die vormilitärische Ausbildung erfolgt oft durch Angehörige der Volkspolizei und zunehmend durch Funktionäre der Gesellschaft für Sport und Technik, die schon Reservisten der Volksarmee oder Polizeitruppen sind.

Seit 1955 darf die Gesellschaft für Sport und Technik, obwohl ihre Funktionäre meist älter sind, nur 14- bis 24jährige ausbilden. Ausbildung der älteren Männer ist den Kampfgruppen vorbehalten. Einheiten der Gesellschaft für Sport und Technik wirken meist an den großen Kampfübungen der Kampfgruppen mit. Jede Hoch- und Fachschule hat eine Grundeinheit der GST, wenn auch die Nationale Volksarmee die anschließende Ausbildung vornimmt (militärische Studentenausbildung). ... Sie ist nicht nur vormilitärische Erziehungsorganisation, sondern in ihrem aktiven Kern eine militärähnliche Miliz.<<

19.08.1952

Das ZK der SED gibt der Jugendorganisation "Junge Pioniere" am 19. August 1952 den Namen: Pionierorganisation "Ernst Thälmann" und erteilt ihr die Weisung, "ein treuer Helfer der Partei der Arbeiterklasse" zu sein. Die "Uniform" der Jungen Pioniere besteht aus weißen Hemden und Blusen, einer blauen Hose oder einem blauen Rock sowie einem roten, dreieckigen Halstuch (1.-3. Schulklasse: blaues Halstuch).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (x009/203): >>... Seit dem IV. Parlament der FDJ (1952) ist das Aufnahmealter auf sechs Jahre festgesetzt. ...

Zu jeder größeren Schule gehört ein hauptamtlicher Pionierleiter. Unter den Bezirks- und Kreisverbänden stehen die Freundschaften (für ganze Schulen), Gruppen (für Schulklassen) und Zirkel.

Laut Beschluß des Politbüros der SED vom 8.10.1957 wurden die Jungen Pioniere, deren Arbeit oft nur äußerlicher Drill und Phrasendrescherei ist, im Rahmen der FDJ selbständiger organisiert. Der Zentralrat der FDJ gab den Jungen Pionieren am 10.12.1957 eine eigene Zentraleitung. ...<<

28.08.1952

Durch Verordnung vom 28. August 1952 wird die Gerichtsverfassung der sogenannten "Verwaltungsreform" angeglichen und zugleich das Rechtsmittel der Revision beseitigt.

02.10.1952

Ein Volkskammergesetz hebt am 2. Oktober 1952 die im November 1949 festgelegten Einschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP auf.

Diese Regelung gilt jedoch nicht für Personen, die "wegen Kriegsverbrechen" verurteilt wurden.

Am 2. Oktober 1952 wird das Gerichtsverfassungsgesetz erlassen und eine neue Strafprozeßordnung tritt in Kraft.

15.10.1952

Die SED-Regierung führt am 15. Oktober 1952 staatliche Notariate ein.

31.10.1952

Die "Bereitschaftspolizei" wird am 31. Oktober 1952 in "Kasernierte Volkspolizei" (KVP) umbenannt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kasernierte Volkspolizei" (x009/210-211): >>Von Oktober 1952 bis Januar 1956 Tarnbezeichnung für die

Armee der SBZ. ...

Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde im Frühjahr 1948 auf Befehl der SMAD als "Bereitschaftspolizei" aufgestellt und seit Januar 1952 nach dem Muster der Sowjetarmee ausgebildet und bewaffnet. Seit Oktober 1952 hatte die KVP, der Sowjetarmee ähnlich, olivgrüne Felduniformen und militärische Rangbezeichnungen.

... Die KVP wurde von Sowjetniks (sowjetische Offiziere, die zur Überwachung der SBZ-Armee abkommandiert wurden) gelenkt, durch Offiziere des Staatssicherheitsdienstes überwacht und erhielt Politschulung im Sinne der SED.

Amtlich bezeichnete man sie seit 1952 nicht als Armee, aber zuweilen als Nationale Streitkräfte. ...<<

27.11.1952

Wegen der angespannten Versorgungslage wird am 27. November 1952 der Verkauf von Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen an West-Berliner verboten (x009/513).

1952

Im Jahre 1952 fliehen 182.393 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

04.01.1953

Das ZK der SED kündigt am 4. Januar 1953 weitere Überprüfungen von Parteimitgliedern an, um die SED zu "säubern".

22.01.1953

Die Ablieferungsmengen für mittlere und größere Bauern werden am 22. Januar 1953 drastisch erhöht.

Januar 1953

Das Staatssicherheitsministerium (MfS) übernimmt im Januar 1953 das Kommando über die Transportpolizei.

25.02.1953

Interzonenreisende aus der SBZ müssen ab 25. Februar 1953 ihren Personalausweis abgeben. Sie erhalten vorübergehend einen Interzonenpaß.

26.02.1953

Der Ministerrat beschließt am 26. Februar 1953 die Festlegung einer staatlichen Preispolitik.

Februar 1953

Das SED-Regime läßt im Februar 1953 an der Ostseeküste zahlreiche Hotel- und Fremdenheimbesitzer wegen "Wirtschaftsverbrechen" festnehmen ("Aktion Rose").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aktion Rose" (x009/19): >>Schlagartig im Februar 1953 durchgeführte Aktion an der Ostseeküste.

Innerhalb weniger Tage wurden wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen eine große Anzahl von Hotel- und Fremdenheimbesitzern nach vorangegangener Haussuchung - die meistens keine Ergebnisse brachte - verhaftet und in die Strafanstalt Bützow-Dreibergen verbracht. Hier wurden sie durch Sondergerichte in Schnellverfahren zu Zuchthausstrafen und Vermögenseinziehung verurteilt.

Während die Freiheitsstrafen in vielen Fällen nach einiger Zeit im Gnadenwege erlassen wurden, blieb die Vermögenseinziehung bestehen. Damit waren begehrte Objekte aus Privathand in Volkseigentum übergegangen.<<

21.04.1953

Die lutherischen Bischöfe protestieren am 21. April 1953 gegen den verschärften Kirchenkampf der SED.

24.04.1953

Die SED-Presse beschuldigt den evangelischen Jugendverband "Junge Gemeinde" am 24. April 1953, Spionagedienste für amerikanische Geheimagenten zu leisten.

01.05.1953

Die Bevölkerung wird ab 1. Mai 1953 nach Häusern und Häuserblocks zusammengefaßt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Haus- und Hofgemeinschaften" in der SBZ (x009/177): >>Seit Mai 1953 erfolgte die Zusammenfassung der Bevölkerung nach Häusern und Häuserblocks im Rahmen der Nationalen Front.

"Sie sind die kleinsten, bis in die Familien reichenden Gemeinschaften und bieten große Möglichkeiten für die individuelle Aufklärung und für die Entwicklung der schöpferischen Initiative aller Schichten".

Die Haus- und Hofgemeinschaften sollen mindestens einmal im Monat unter Leitung eines Agitators über die aktuellen politischen Ereignisse und Maßnahmen der Regierung "diskutieren". Außerdem werden die Haus- und Hofgemeinschaften zu gemeinschaftlichen "freiwilligen" Arbeitseinsätzen herangezogen; u.a. sollen sie alle Reparaturarbeiten in ihren Häusern möglichst selbst ausführen.

Von der Bevölkerung abgelehnt, stehen die Haus- und Hofgemeinschaften vielfach nur auf dem Papier, doch wird neuerdings versucht, in Verbindung mit den Brigaden der sozialistischen Arbeit auch die Haus- und Hofgemeinschaften zu aktivieren.<<

05.05.1953

Chemnitz wird am 5. Mai 1953 in "Karl-Marx-Stadt" umbenannt.

11.05.1953

Der evangelische Bischof Dibelius protestiert am 11. Mai 1953 in einer Mitteilung an die miteldeutschen Kirchengemeinden gegen kirchenfeindliche SED-Zwangmaßnahmen.

14.05.1953

In der SED werden am 14. Mai 1953 wieder politische "Säuberungen" durchgeführt.

15.05.1953

Die Rechtsanwälte der SBZ werden ab 15. Mai 1953 in Kollegien zusammengefaßt.

Diese Verordnung über die "Bildung von Kollegien der Rechtsanwälte" wird erlassen, damit sich die Rechtsanwaltschaft zu einem "sozialistischen Organ der Rechtstätigkeit in der DDR" entwickeln soll.

28.05.1953

Die SED-Regierung ordnet am 28. Mai 1953 eine Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 % an.

Die Sowjetische Kontrollkommission wird am 28. Mai 1953 in eine Hohe Kommission umgewandelt.

29.05.1953

Das Politbüro der KPdSU mahnt am 3. Juni 1953 die SED-Regierung, den bisherigen radikalen "Aufbaukurs des Sozialismus" zu ändern.

11.06.1953

Die Bezeichnung "Republikflucht" wird am 11. Juni 1953 erstmalig in amtlichen Gesetzen und Verordnungen verwendet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Republikflucht" (x009/368): >>Bezeichnung für das fluchtartige Verlassen der "DDR", zunächst nur Ausdruck des Parteijargons, seit 11.6.1953 amtlicher Ausdruck in Gesetzen und Verordnungen.

Etwa seit 1961 verschwand der Begriff Republikflucht mehr und mehr. In Vorbereitung der Maßnahmen des 13. August wurde von Abwerbung, "Kopfjägern" und "Menschenhandel" gesprochen. ...

Nach der Verordnung über die Ausgabe von Personalausweisen der DDR" vom 29.10.1953 haben Personen, die die "DDR" vorübergehend verlassen, ihren Ausweis bei der Volkspolizei abzugeben. Nichtabgabe zieht gemäß § 10 der Verordnung Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und Geldstrafe nach sich. ...<<

16.06.1953

In Ost-Berlin protestieren am 16. Juni 1953 DDR-Bauarbeiter öffentlich gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, die in der "Tribüne" (Zeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR) am 16. Juni 1953 angekündigt werden (x128/240): >>Der Beschluß des Ministerrats über die Erhöhung der Arbeitsnormen besagt vor allem, daß auf den Grundlagen der Verbesserungen der Arbeitsorganisation, der Qualifizierung der Arbeiter, der Anwendung neuer Arbeitsmethoden, der Verbesserung der technischen Bedingungen, der Beseitigung von Verlustzeiten und der Festigung der Arbeitsdisziplin im Betrieb die Erhöhung der Arbeitsnormen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität entsprechend den Kennziffern der Betriebe durchgeführt werden soll.

In vielen Betrieben haben die Betriebsleitungen und die Betriebsgewerkschaftsleitungen gewissenhaft nach diesem Beschluß gehandelt. Es gibt jedoch nicht wenige Betriebe, die den Beschluß des Ministerrats nicht durchführten und verletzten. So wurde z.B. zum Schaden des erfolgreichen Kampfes um die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Erhöhung der Arbeitsnormen eine gefährliche und reaktionäre "Theorie" und Praxis entwickelt, die darauf hinausläuft, daß die Normenerhöhung eine Lohnsenkung zur Folge haben muß.

Die Gewerkschaften wenden sich entschieden gegen eine solche Auffassung, die die Autorität der Partei der Arbeiterklasse, des Ministerrats und des Präsidiums des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes gröblich mißbrauchen und damit die Interessen aller Werktätigen auf das tiefste und empörendste verletzen. ...<<

17.06.1953

Die öffentlichen Proteste in Ost-Berlin und in der DDR (Gründe: allgemeiner Lohnkampf, Proteste gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, politische und soziale Mißstände usw.) weiteten sich am 17. Juni 1953 zur Massendemonstration gegen das SED-Regime aus.

Die sowjetische Besatzungsmacht verhängt daraufhin den Ausnahmezustand und greift sofort militärisch ein, um das Ulbricht-Regime zu stützen. Der Volksaufstand wird schließlich durch brutale Gewalt und Strafmaßnahmen niedergeschlagen.

Die Regierung der DDR berichtet später über den Volksaufstand im Juni 1953 (x243/206, x300/209): >>... Störungen in der Wirtschaft ... (führten) zu Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung und auch einem Teil der Arbeiter. ... Die imperialistischen Kräfte fürchteten aber die Festigung der Lage in der DDR. ...

Am 17. Juni gelang es Agenten ... in Berlin und einigen anderen Orten der Republik, einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen zu verleiten. ... Gruppen von Provokateuren und Kriminellen ... legten Brände ... und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht. ...

Durch das entscheidende Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse ... und gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen. ...<<

>>... Die in der DDR stationierten Truppen durchkreuzten durch ihr entschlossenes Eingreifen die Absicht des Imperialismus, blutige Auseinandersetzungen zu provozieren, die den Westmächten als Anlaß für eine militärische Intervention dienen sollten. Im Geiste des proletarischen Internationalismus traten Seite an Seite Einheiten der Sowjetarmee, der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, klassenbewußte Arbeiter und andere Werktätige den Putschisten entgegen und setzten ihrem Wüten ein Ende.

Ernüchert durch den faschistischen Terror und die offen verkündeten revolutionären Ziele der Putschisten, wandte sich die Mehrheit der irregeleiteten Werktätigen bald von ihnen ab und begann zu erkennen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen gehandelt hatte. ...

Unter Führung der Parteiorganisationen der SED entfernten die klassenbewußten Arbeiter feindliche Elemente aus ihren Betrieben und halfen den Sicherheitsorganen bei der Zerschla-

gung zahlreicher Agentengruppen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Widerstand" in der SBZ (x009/485): >>Da der Bolschewismus die parteiliche Einseitigkeit seines Regimes fordert, nicht bereit ist, die Macht mit anderen Anschauungen und ihren Trägergruppen zu teilen und keinen Platz für eine konstruktive Opposition beläßt, bestehen für Andersdenkende in kommunistischen Staaten nur die Alternativen, die Flucht in den Westen zu wagen, wobei die Möglichkeiten für die Bewohner vieler Ostblockstaaten außer der SBZ, seit jeher gering waren, sich in die innere Emigration zurückzuziehen, zu kapitulieren oder aber Meinungen und Gesinnungen und möglicherweise Verhaltensweisen zu vertreten, die vom Regime als "feindlich" verfolgt werden.

Vor allem 4 Gruppen von Opponenten sind in Erscheinung getreten:

Exponenten des bürgerlichen und bäuerlichen Konservatismus, vor allem aus der älteren Generation, die, vom Regime ohnehin als potentielle Klassenfeinde beargwöhnt, von vornherein einen schweren Stand hatten;

überzeugte Christen, und zwar sowohl Protestanten wie auch Katholiken aus den kleinen katholischen Enklaven - Eichsfeld! -, und hier auch vielfach Angehörige der jungen Generation (Junge Gemeinde);

Exponenten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, vor allem in den Räumen Leipzig, Dresden, Halle, Magdeburg und Ost-Berlin;

schließlich auch zahlreiche Vertreter der akademischen Intelligenz einschließlich des "parteilich erzogenen Hochschulnachwuchses".

Der Widerstand dieser Gruppen hat aber in der Regel nur die Form passiver Resistenz und der ängstlich im Privatbereich gehüteten Solidarität der Andersmeinenden angenommen, was zur Folge gehabt hat, daß das Regime trotz häufiger terroristischer Maßnahmen diesen Widerstand bis heute nicht hat brechen können.

Lediglich der Juni-Aufstand 1953 stellte eine gegnerische Großaktion von wirklich politischer Dimension dar, die ohne das Eingreifen der Sowjettruppen zweifellos zum Zusammenbruch des SED-Regimes geführt hätte.

Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die in der SBZ im Unterschied zu den übrigen Volkdemokratien günstige Chance zur Flucht, die im Jahresdurchschnitt von 150.000 bis 250.000 Personen wahrgenommen worden ist, im Laufe der Jahre zu einer Aushöhlung der Bereitschaft zum aktiven Widerstand geführt hat.

Dennoch finden sich in den Strafanstalten der SBZ 8.000 bis 12.000 politische Häftlinge. In den Jahren 1950 bis 1953 waren es etwa 25.000.<<

Die mitteldeutschen und sowjetischen Schüler werden später während des Geschichtsunterrichts über den Volksaufstand im Juni 1953 folgendermaßen informiert (x301/146): >>... Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin massenhaft in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR eingeschleust worden waren, in Berlin und einigen Orten der Republik einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten.

In Berlin und in einigen anderen Städten plünderten Gruppen von Provokateuren und Kriminellen. Sie legten Brände, rissen Transparente herunter, mißhandelten und ermordeten Funktionäre der Arbeiterbewegung, holten verurteilte Kriegsverbrecher aus Gefängnissen und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht.

Doch der junge sozialistische Staat bestand unter Führung der Partei auch diese Belastungsprobe. ... Durch das entschlossene Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen.

Der Versuch, die DDR und den Sozialismus auf deutschem Boden gewaltsam zu beseitigen,

war gescheitert. ...

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erregte den Haß der reaktionären Kreise in Westdeutschland. Am 17. Juni 1953 versuchten bewaffnete Banden den demokratischen Sektor von Berlin und andere Städte zu erobern und die DDR an Westdeutschland anzugliedern.

Aber die Bevölkerung und Regierung der Republik gebot dem konterrevolutionären Abenteuer energisch Einhalt. Die Provokationen der Imperialisten gegen die DDR hörten auch in den folgenden Jahren nicht auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Verhalten der Volkspolizei im Verlauf des Juni-Aufstandes (x009/289): >>Während des Juni-Aufstandes 1953 gingen Teile der allgemeinen Volkspolizei (DVP) zum Volke über, doch die Wachheiten des MfS ließen sich von der SED überall bedenkenlos neben den Sowjettruppen gegen das Volk einsetzen.

Die Zuverlässigkeit der KVP, auf deren Einsatz die Sowjetunion vorsichtshalber nur in äußersten Notfällen zurückgriff, wurde nicht ernsthaft geprüft. Nach dem 17. Juni ging die Mitgliederzahl der GST stark zurück, da FDJ und SED im Zeichen des "Neuen Kurses" die Zwangswerbung für sie zunächst abschwächten.

Die Erfahrungen mit der Volkspolizei (DVP) und der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) sowie die Ungewißheit darüber, wie sich die Kasernierte Volkspolizei (KVP) im Ernstfalle bewähren würde, bewogen die Regierung zu ständiger Siebung und Härtung der KVP in politischer und militärischer Beziehung. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 (x287/207): >>... (In) der ehemaligen Reichshauptstadt streikten Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, was für sie mit erheblichen Lohnsenkungen verbunden gewesen wäre. Aus diesem Streik entwickelte sich am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der DDR ein politischer Aufstand mit Forderungen nach freien Wahlen, Freizügigkeit in ganz Deutschland, ja nach der Einheit Deutschlands.

Kurz nach 11 Uhr wurde die auf dem Brandenburger Tor gehißte rote Fahne, das verhaßte Symbol der Zwangsherrschaft, unter Beifall Tausender Demonstranten heruntergeholt und zerrissen. Die ersten Schüsse peitschten auf. Um 13 Uhr verkündete der sowjetische Militärkommandant den Ausnahmezustand. Damit war der Arbeiteraufstand, der in der Bundesrepublik Deutschland als nationaler Gedenktag begangen wird, zusammengebrochen.

Die SED reagierte mit drakonischen Strafen, aber zugleich mit der Beteuerung, das "große nationale Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands, voranzubringen".

Anläßlich der Trauerkundgebung für die Opfer des 17. Juni betonten die Vertreter der Bundesregierung und der Regierende Bürgermeister vor dem Schöneberger Rathaus am 23. Juni 1953, daß diese erste Erhebung in einem kommunistisch regierten Land gezeigt habe, daß die Deutschen keine Sklaven mehr sein wollten.<<

11.07.1953

In der SBZ wird am 11. Juli 1953 der Ausnahmezustand aufgehoben. Nach offiziellen Angaben des SED-Regimes werden beim Arbeiteraufstand 4 Volkspolizisten und 21 Zivilisten getötet.

Die Zahl der Getöteten liegt aber wahrscheinlich zwischen 200 und 300. In der Folgezeit werden noch viele Teilnehmer des Aufstandes inhaftiert und zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Die SED ordnet später einen gemäßigten Kurs an, der nicht mehr ausschließlich durch Druck, sondern vor allem durch Agitation und Überredung geprägt wird.

23.08.1953

Die Sowjets verzichten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklären sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/366-368): >>Obwohl der Umfang der von Deutschland zu leistenden Reparationen praktisch erst mit dem Industriebeschränkungsplan vom März 1946 von den 4 Alliierten festgelegt wurde, führte die Sowjetunion bereits vor diesem Zeitpunkt in der SBZ umfangreiche Demontagen durch, von denen nicht bekannt ist, ob die Gegenwerte dem Reparationskonto gutgeschrieben wurden. Eine Abrechnung über die Entnahmen wird kaum jemals erfolgen, da die Sowjets im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen ohne Zustimmung der Westalliierten ungeheure Entnahmen aus der laufenden Produktion forderten.

Nach Unterlagen aus dem sowjetzonalen Amt für Reparationen und nach Schätzungen westlicher Experten wurden von den Sowjets seit 1945 bis 1953, d.h. bis zur offiziellen Beendigung sowjetzonaler Reparationsleistungen an die Sowjetunion, Werte in folgender Form und Höhe entnommen:

a) **Beuteaktionen:** Die Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee war mit einem rücksichtslosen Beutezug verbunden. Ohne Registrierung wurden riesige Sachwerte aus öffentlichem und Privatbesitz beschlagnahmt und ostwärts verfrachtet. Ferner erbeuteten die Sowjets Milliardenbeträge an Reichsbanknoten, mit denen sie später deutsche Lieferungen und sonstige Leistungen "bezahlten". Der Wert der bei den Beuteaktionen entnommenen Gegenstände wird auf etwa 2 Milliarden Mark geschätzt; die Menge der erbeuteten Banknoten muß mit 6 Milliarden Mark angenommen werden.

b) **Demontagen:** Die Sowjets hielten sich nicht daran, kriegswichtige Industrien zu entfernen, sondern demontierten und beschlagnahmten auch für die Friedenswirtschaft unentbehrliche industrielle Kapazitäten.

Folgende Abschnitte der Demontagen sind erkennbar:

1. Welle vom Mai bis Anfang Juli 1945. Bis zum Beginn der Besetzung Berlins durch alle 4 Alliierten räumten die Sowjets hier alle nur irgendwie demontierbaren Fabriken, vor allem in West-Berlin, aus. Etwa 460 Berliner Betriebe wurden von den Sowjets voll demontiert und abtransportiert, davon 149 Betriebe des Maschinen- und Apparatebaues, 51 Metallgießbetriebe, 46 Betriebe der Feinmechanik und Optik und 44 Betriebe der Elektroindustrie. Etwa 75 % der bei der Kapitulation noch vorhandenen Kapazitäten wurden betroffen.

2. Welle vom Anfang Juli bis Herbst 1945. Hiervon wurden industrielle Großbetriebe der ganzen Zone ebenso wie mittlere und kleinere Werke betroffen. Zu dieser Zeit begann auch der Abbau der zweiten Gleise auf sämtlichen Eisenbahnstrecken der Zone. Wieder wurden Produktionsstätten von Friedensindustrien abgebaut; Braunkohlenindustrie, Ziegeleien, Textil- und Papierfabriken usw.

3. Welle vom Frühjahr bis Spätsommer 1946. Nach einer vorbereiteten Liste wurden mehr als 200 große Industriebetriebe der chemischen Industrie, der Papierindustrie, Schuhfabriken, Textilwerke usw. demontiert.

4. Welle Oktober 1946 bis Frühjahr 1947. Obwohl Marschall Sokolowski bereits am 21.5.1946 die Demontagen für abgeschlossen erklärt hatte, setzte einige Monate später eine vierte Welle ein, von der z.B. die Zeiss-Werke Jena, Kraftwerke, Druckereien und einige Rüstungsbetriebe, die bis dahin für die Sowjets weitergearbeitet hatten, betroffen wurden.

5. Welle Herbst 1947. Nach einem weiteren halben Jahr wurden nochmals wichtige Betriebe der Friedensindustrie abgebaut: Braunkohlenwerke, Brikettfabriken, Kraftwerke und weitere 1.100 km Eisenbahngleise.

6. Welle Frühjahr 1948. Bei dieser letzten Welle wurden 3 Betriebe, die vorher zu SAG-Betrieben erklärt worden waren, voll oder zum Teil demontiert, darunter Anlagen des Buna-Werkes in Schkopau.

Von den Demontagen wurden oft auch solche Betriebe betroffen, die inzwischen durch die

deutschen Arbeiter wieder in Gang gebracht worden waren.

Der "Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung" gibt ... u.a. folgende Demontageverluste der SBZ im Vergleich zum Jahre 1936 an: Walzwerke 82 %, eisenschaffende Industrie 80 %, Hohlziegelerzeugung 75 %, Zementindustrie 45 %, Papiererzeugung 45 %, Energieerzeugung 35 %, Schuhindustrie 30 %, Textilindustrie 25 %, Zuckererzeugung 25 %, Braunkohlenbergbau 20 %, Brikettfabriken 19 %.

... Der Gesamtwert der Demontagen wird auf 5 Milliarden Mark geschätzt.

c) **Ausgabe von Besatzungsgeld:** Die Summe des verausgabten sowjetischen Besatzungsgeldes wird auf 9 Milliarden Mark geschätzt. Nur ein Teil wurde für den eigentlichen Besatzungshaushalt verwendet. Der weitaus größte Teil des Geldes wurde für den Kauf solcher Güter verwendet, die die Sowjets außer den offiziellen Reparationen zu erhalten wünschten. Mit diesem Gelde wurden die zahlreichen in der SBZ tätigen sowjetischen Handelsgesellschaften und anfangs auch der Milliardenbeträge verschlingende Uranbergbau für die Sowjets finanziert. Von 1947 bis 1953 sind allein für den Uranbergbau 7,75 Milliarden Mark aufgewendet worden.

d) **Beschlagnahme von Betrieben als SAG-Betriebe:** 213 Betriebe der SBZ wurden 1946 von der Sowjetunion beschlagnahmt und als SAG-Betriebe fortgeführt. ... Als Mindestwert wird von Fachleuten die Summe von 2,5 Milliarden Mark geschätzt. Sie dürfte höher liegen und möglicherweise das Zwei- bis Dreifache davon ausmachen. Der Preis, den die SBZ-Regierung 1953 für den Rückkauf zu zahlen hatte, betrug mindestens 2,5 Milliarden Mark. Vor der Übergabe in sowjetisches Eigentum mußten die Betriebe mit Finanzmitteln aus öffentlichen Haushalten ausgestattet werden. Vor dem Rückverkauf an die Sowjetzone wurden die Betriebe zum Teil von ihren Vorräten und Ausrüstungsteilen entblößt. Beide Formen der Entnahmen werden von Experten auf etwa 1 Milliarde Mark geschätzt.

e) **Lieferungen aus der laufenden Produktion:** Seit Wiederingangsetzung der Betriebe mußte die SBZ an die Sowjets erhebliche Teile der laufenden Produktion abliefern, und zwar in Form direkter Reparationslieferungen nach der Sowjetunion, Zulieferungen deutscher Betriebe an SAG-Betriebe, Lieferungen an die Sowjet-Armee, Lieferungen an sowjetische Handelsgesellschaften in der SBZ und Exporte für sowjetischen Nutzen.

Nur die direkten Reparationslieferungen nach der Sowjetunion wurden als Reparationen anerkannt. Alle anderen hier erwähnten Lieferungsformen sind jedoch ebenfalls als Reparationen anzusehen. Da die Sowjets dafür nur die unzureichenden "Stopp-Preise" des Jahres 1944 bezahlten, mußten den deutschen Lieferwerken umfangreiche Subventionen aus Steuermitteln geleistet werden.

Nach Unterlagen aus dem Amt für Reparationen haben die Sowjets von 1945-1953 Waren im Werte von 34,7 Milliarden Mark zu Stopp-Preisen aus der laufenden Produktion entnommen.

f) **Subventionen:** Die an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe 1946 bis 1953 gezahlten Preissubventionen für direkte und indirekte Reparationslieferungen und für Reparationsnebenkosten, d.h. die Kosten für Verpackung, den Versand frei Verwendungsort in der Sowjetunion und für Versicherungen werden mit 6,15 Milliarden Mark geschätzt.

g) **SAG-Entnahmen:** Aus den SAG-Betrieben entnahmen die Sowjets an Gewinnen und fin-
gierten Gebühren bis 1953 etwa 3,55 Milliarden Mark. ...<<

Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen die nachstehenden Reparationsleistungen der SBZ:

Reparationsleistungen der SBZ von 1945 bis 1953:	Mark (Mrd.)
Verluste an Sach- und Kunstwerken durch Beuteaktionen	2,00
Verluste durch Demontagen	5,00
Leistungen, die mit erbeuteten deutschen Banknoten bezahlt wurden	6,00
Leistungen, die mit Besatzungsgeld bezahlt wurden	9,00
Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, soweit sie über Reparationskonten verrechnet wurden	34,70
Nebenkosten der Reparationslieferungen	2,85
Stopp-Preissubventionen an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe für Reparationslieferungen	3,30
Ausstattung der SAG-Betriebe mit Umlaufmitteln (vor 1950) und Kapitalentzug 1952/53	1,00
Gewinne aus SAG-Betrieben	3,55
Rückkauf der SAG-Betriebe	2,55
Insgesamt	69,95

In dieser Zusammenstellung sind 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, sind sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.

Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

01.09.1953

Zur Fachausbildung und politischen Schulung von Mitgliedern und Führungskräften der LPG wird am 1. September 1953 die LPG-Hochschule in Meißen gegründet.

14.09.1953

Der Ministerrat beschließt am 14. September 1953, die Erzeugung von Verbrauchsgütern zu erhöhen.

21.11.1953

Die SED-Regierung stimmt am 21. November 1953 der Abschaffung von Interzonenausweisen zu, stellt aber für jeden Reisenden Interimsausweise (Personalbescheinigungen) aus.

31.12.1953

Die Sowjets geben am 31. Dezember 1953 die sog. SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaften) an das SED-Regime zurück.

1953

Im Jahre 1953 fliehen 331.390 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

01.01.1954

In einigen Zweigen der "volkseigenen" Wirtschaft wird ab 1. Januar 1954 zunächst versuchsweise die Produktions- und Dienstleistungsabgabe nach dem Vorbild der sowjetischen "differenzierten Umsatzsteuer" eingeführt.

Sie tritt an die Stelle der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Beförderungssteuer und der Verbrauchsabgaben.

Die sowjetische Wismut-AG (Uranbergbau in der SBZ) wird ab 1. Januar 1954 in eine

deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Uranbergbau" in der SBZ (x009/449): >>Der Uranbergbau in der SBZ wird von der sowjetischen Wismut-AG, seit 1.1.1954 angeblich zu einer deutsch-sowjetischen Aktiengesellschaft umgewandelt, betrieben.

Die Sowjets schufen damit ein völkerrechtliches Novum, da erstmalig die Siegermacht eines Krieges ohne Fühlungnahme mit früheren Verbündeten nach eigenem Ermessen in dem von ihr besetzten Gebiet die Bodenschätze als Reparationsleistung ausbeutet. ...

Die Hauptverwaltung Wismut-AG in Siegmarschönau bei Chemnitz (Sachsen) untersteht direkt sowjetischen Stellen in Moskau. Auch die Umfirmierung der Wismut-AG in eine sog. "deutsch-sowjetische Gesellschaft" 1954 hat nichts daran geändert, daß es sich um ein rein sowjetisches Unternehmen handelt.

... Die Wismut-AG hat seit 1946 systematisch allen Boden der SBZ, der irgendein Uranvorkommen vermuten ließ, durch sog. "Geologenbrigaden" nach Uranvorkommen untersucht. Nach vergeblichen Schürfungen im Harz und im Zittauer Gebirge, die 1951/52 wieder eingestellt wurden, konzentriert sich der Uranbergbau gegenwärtig auf folgende Gebiete:

1. Erzgebirge und Vogtland mit Hauptzentren um Johanngeorgenstadt, Falkenstein und Schneeberg;
2. Thüringen mit Hauptzentrum Ronneburg.

Nach zuverlässigen Schätzungen betrug der Beschäftigungsgrad bei der Wismut-AG im Herbst 1951 etwa 225.000. Diese Zahl entsprach rund 10 % aller Beschäftigten in Industrie und Bergbau der SBZ. Gegenwärtig dürften noch immer etwa 140.000 Arbeitnehmer tätig sein. Die Ausbeutungsergebnisse des Uranbergbaus werden streng geheimgehalten. –

SED und FDGB unterstützen die Anwerbung deutscher Arbeitskräfte für den sowjetischen Uranbergbau. Trotz der Lohnkürzung seit Mitte Mai 1950 werden im Uranbergbau noch relativ hohe Löhne gezahlt. Sie stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den geforderten Leistungen.

Art und Höhe der Finanzierung liegen völlig im dunkeln, da weder aus dem Staatshaushalt noch aus Unterlagen der Planungsstellen offene Angaben ersichtlich sind. Rückschlüsse aus der wechselnden Zahl der Beschäftigten und den im Erzbergbau allgemein üblichen Kosten ergeben allein für 1946 bis 1953 einen Gesamtaufwand von 7,75 Milliarden Mark. ... Die Ausbeute ist, besonders im Erzgebirge, in den letzten Jahren zurückgegangen. Trotzdem - so wird von Fachleuten geschätzt - dürfte vielleicht erst wenig mehr als die Hälfte der Uranvorräte abgebaut sein. Die Vorräte im Raum Ronneburg sollen, bisherigen Personalbestand vorausgesetzt, eine Abbautätigkeit von etwa 15 Jahren ermöglichen.<<

07.01.1954

Die SED gründet am 7. Januar 1954 das "Ministerium für Kultur".

04.03.1954

Gemäß Verordnung vom 4. März 1954 wird das Gewinnspiel "Lotto" eingeführt.

25.03.1954

Die Sowjetunion gibt am 25. März 1954 eine Souveränitätserklärung für die "DDR" ab, aber die DDR bleibt weiterhin von der Sowjetunion abhängig (x009/66).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Souveränität" der DDR (x009/395-396): >>Den Anspruch auf Souveränität erhebt die SBZ seit dem 25.3.1954, seit ihr die Sowjetunion die Souveränität zusprach. ...

"Die DDR ist ein souveräner Staat, der frei nach eigenem Ermessen über seine internen und äußeren Angelegenheiten entscheidet, ohne die Rechte anderer Staaten und die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts zu verletzen. Durch die allseitige Mitarbeit der Bevölkerung an allen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, durch ihre Einflußnahme auf die

Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz ist in der DDR auch zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands die Volkssouveränität verwirklicht." –

Von einer echten demokratischen Rechtfertigung ihrer angemessenen Souveränität durch freie, geheime, unmittelbare Mehrlisten-Volkswahlen wagt das Regime der SBZ nicht zu sprechen. ...<<

14.04.1954

Innenminister Willi Stoph, Chef der KVP, erklärt am 14. April 1954, daß er es für erforderlich hält, "... den Ungeist des Pazifismus ... entschieden zu bekämpfen" (x009/290).

06.05.1954

Die SED-Regierung beginnt am 6. Mai 1954 mit einer Ferienaktion für westdeutsche Kinder. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ferienaktion" in der SBZ (x009/126): >>Die SED, die Staatsbehörden, die FDJ samt ihrer "Pionierorganisation Ernst Thälmann" und der FDGB veranstalten alljährlich große Ferienlager für Schüler und andere Jugendliche.

Für diese Lager in Zelten, Baracken und Heimen wenden SED, Staat und Massenorganisationen viele Millionen auf.

In der "Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage für alle Kinder in der DDR" vom 4.3.1957 heißt es: "Die Kinderferiengestaltung ... dient vor allem der Erholung der Kinder und trägt zur sozialistischen Erziehung bei." Der "Einfluß der Arbeiterklasse" soll gesichert werden, unterstützt durch "die Tätigkeit der FDJ" und der "Pionierorganisation Ernst Thälmann". § 4 bestimmt: "Der zentrale Ausschuß für Kinderferiengestaltung ist für die Anleitung und Kontrolle der Kinderferiengestaltung verantwortlich." Er wird gelenkt vom Amt für Jugendfragen, das dem Ministerium für Volksbildung untersteht.

Mit dieser Propagandaeinrichtung sucht die SED seit 1954 (mit Hilfe ihrer Tarnorganisationen) auch Kinder aus der Bundesrepublik zu erfassen. Dafür warb, im Auftrag des Amtes für Jugendfragen, die Organisation "Frohe Ferien für alle Kinder" (in Düsseldorf), die am 1.7.1961 in der Bundesrepublik als verfassungswidrig verboten wurde. ...<<

10.06.1954

Am 10. Juni 1954 wird die "Verordnung über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen" erlassen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen (x009/431): >>... (Durch diese Verordnung) wurde ... "das Ministerium des Innern ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Generalstaatsanwalt der DDR, dem Ministerium der Justiz, dem Ministerium der Finanzen den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen in eigener Zuständigkeit neu zu regeln".

Damit hat die Volkspolizei - das Referat "Produktion" in den Bezirksverwaltungen Strafvollzug - eine Generalvollmacht zur Festsetzung der Arbeitsbedingungen für Strafgefangene und der Vergünstigungen erhalten.<<

17.06.1954

Die SED gründet Am 17. Juni 1954 die atheistische "Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse".

31.10.1954

Das sowjetische Militärtribunal übergibt am 31. Oktober 1954 alle verurteilten deutschen Häftlinge an die DDR-Behörden.

13.11.1954

Die SED-Regierung veröffentlicht am 13. November 1954 einen Aufruf zur Einführung der Jugendweihe.

16.11.1954

Die von der Volkskammer "gewählte Regierung der DDR" übernimmt am 16. November

1954 offiziell die sowjetische Bezeichnung "Ministerrat".

30.11.1954

Die evangelische Kirche protestiert am 30. November 1954 gegen die Einführung der Jugendweihe in der DDR.

26.12.1954

Die katholische Kirche lehnt am 26. Dezember 1954 die Jugendweihe entschieden ab.

29.12.1954

Bei einer Konferenz (29. bis 31.12.1954) in Prag vereinbaren die CSR, Polen und die DDR den gemeinsamen Schutz ihrer Staatsgrenzen.

1954

Im Jahre 1954 fliehen 184.198 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Im Jahre 1954 wird die "GSOW", die für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen zuständig ist, an den Konsum-Spezialhandel und später an den HO-Spezialhandel übertragen, der mit 4 Großhandelsbetrieben (Zentrallagern) und 24 Einzelhandelsunternehmen die Besatzungstruppen mit Waren der SBZ-Produktion beliefert (x009/167).

Im Jahre 1954 führt die Justiz der DDR das Instrukteurwesen ein.

Im Jahre 1954 fordert das Statut der SED in § 2 g jedes Mitglied auf, "seine Arbeit ... in den Massenorganisationen entsprechend den Beschlüssen der Partei ... durchzuführen" (x009/280).

07.01.1955

Der evangelische Bischof Dibelius erklärt am 7. Januar 1955 nochmals, daß Konfirmation und Jugendweihe unvereinbar sind.

25.01.1955

Die Sowjetunion beendet am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.

Polen, die Tschechoslowakei und andere kommunistische Satelliten-Staaten folgen später diesem Beispiel (x009/50).

01.02.1955

Die Deutsche Grenzpolizei übernimmt ab 1. Februar 1955 die Bewachung der DDR-Staatsgrenzen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die deutsche "Grenzpolizei" der SBZ (x009/164): >>Seit 1.2.1955 erhielt die Deutsche Grenzpolizei, da die sowjetische Besatzungsmacht darauf verzichtete, "die alleinige Bewachung und Kontrolle an den Staatsgrenzen der DDR" und am Ring um Berlin. ...

Die Einheiten der Deutschen Grenzpolizei verfügen über "Aufklärungstruppen", d.h. Agenten für politische Überwachungs- und Geheimaufgaben (Aufklärung). Als halbaktive Auffüllungsmannschaften für Ernstfälle und z.T. als Spitzel sind mit der Deutschen Grenzpolizei etwa 8.000 Grenzpolizeihelfer verbunden. Ausbildung und Dienst der Deutschen Grenzpolizei sind überwiegend nicht polizeilich, sondern militärisch. Seit jeher war sie eine Truppe, die im Grenzbereich militärische Aufgaben zu erfüllen hat, zugleich aber neben und mit der Armee einsetzbar ist.

Uniform: seit Oktober 1952 olivbraun nach dem sowjetischen Muster, mit grünen Kragenspiegeln. Sie hat nicht Polizei- sondern Militärdienstgrade. Stärke: rd. 48.000 Mann; ohne 8.000 Grenzpolizeihelfer. ...<<

31.03.1955

Die Sowjets beschließen am 31. März 1955 die Rückgabe von Gemälden der Dresdner Galerie.

01.04.1955

Die SED gründet am 1. April 1955 das "Kuratorium für den Aufbau nationaler Gedenkstät-

ten".

16.04.1955

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mittel-deutschen Spezialisten": >>Atom-Spezialisten kehren heim

Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.

Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und Optikspezialisten (über 3.000) mußte er für die Sowjets arbeiten.<<

01.05.1955

Die Kampfgruppen der SED und Gesellschaft für Sport und Technik (GST) stehen am 1. Mai 1955 erstmalig im Vordergrund der Mai-Veranstaltungen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/208-209): >>Militärähnliche Verbände der SED in Betrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Behörden, Schulen und Anstalten aller Art, 1952 zunächst in Großbetrieben der Volkseigenen Industrie in Anfangs- und Vorformen errichtet. (Der damals übliche Name Betriebskampfgruppen ist veraltet).

Unter dem Eindruck des Juni-Aufstandes betrieb die SED die Aufstellung bewaffneter Kampfverbände, Angehörige der KVP, der GST (Gesellschaft für Sport und Technik), vor allem der Deutschen Volkspolizei waren als Ausbilder tätig. ...

... Die Kampfgruppen sollen, so heißt es, zu kampfkraftigen Einheiten - zu Arbeiterbataillonen - entwickelt werden. Sie sollen in die Lage versetzt werden, als wirksames Instrument der Heimatverteidigung sowohl die Betriebe zu schützen als auch, wenn es die Situation erfordert, gemeinsam mit der Deutschen Volkspolizei ... innerhalb ihres Heimatgebietes zu kämpfen und die innere Sicherheit der Republik zu garantieren (damit verlangte die SED sinngemäß den Einsatz der Kampfgruppen an der Seite der Armee, die 1955 noch als Kasernierte Volkspolizei getarnt war).

Den Kampfgruppen werden die Altersgruppen von 25 bis 60 Jahren vorbehalten, während die GST die jüngeren Jahrgänge ausbildet.<<

14.05.1955

Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehört, schließen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellen sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

15.05.1955

Das ZK der SED gibt am 15. Mai 1955 die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte (Nationale Volksarmee) bekannt.

18.05.1955

Die SED läßt am 18. Mai 1955 ein "Amt für Jugendfragen" einrichten.

Juni/Juli 1955

Das SED-Regime begnadigt Mitte 1955 erstmalig "politische Verbrecher" (x009/398): >>Mitte 1955 setzte Wilhelm Pieck erstmalig einen Teil der unmenschlich hohen Strafen herab. Diese Strafherabsetzungen hatten keine Haftentlassungen zur Folge. Auch nach dem "Gnadenerlaß" blieben in der Regel noch Reststrafen von 2 bis 5 Jahren Zuchthaus zu verbüßen. ...<<

03.08.1955

Das Ministerium für Staatssicherheit beauftragt die deutsche Volkspolizei am 3. August 1955, "Vertrauensleute" anzuwerben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Spitzelwesen" in der SBZ (x009/410-411): >>Die Sicherheit und die Existenz des Regimes in der SBZ stützen sich in weitem Umfang auf das Spitzelwesen, das zu einem ausgedehnten System entwickelt worden ist.

Die geheime Tätigkeit der Spitzel soll eine Psychose der Allgegenwart des SSD erzeugen, durch die die Aktivität des möglichen oder wirklichen Gegners auf ein Minimum beschränkt werden soll. Das Spitzelsystem des SED-Regimes erstreckt sich nicht nur auf Feinde des Systems, sondern auch auf die SED und den Regierungsapparat. Ideologische Begründung für das Spitzelwesen: "Proletarische Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse."

Das neue FDJ-Statut z.B. verpflichtet jedes FDJ-Mitglied zur Unterstützung der Staatssicherheitsorgane.

Die von Spitzeln gesammelten oder von Denunzianten freiwillig gemachten Informationen landen bei den "Organen der Staatssicherheit". Diese nennen ihre Spitzel "Geheime Informanten" (GI).

Oft haben die GI einen fest umrissenen Spitzelbereich, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben, z.B. in einem VEB, im Sekretariat einer Partei usw., d.h. in einer Umgebung, deren Überwachung dem SSD notwendig erscheint und in der der GI einen natürlichen Platz hat (Ingenieur, Werkmeister, Stenotypistin usw.), der ihm einen größtmöglichen Einblick in die Verhältnisse gestattet. Sie können auch zur Personenüberwachung und zur Tätigkeit jenseits der Grenzen der SBZ eingesetzt werden.

Über ihre Beobachtungen haben sie ihre Auftraggeber regelmäßig Berichte zu erstatten, die sie mit ihrem Decknamen unterzeichnen müssen. Nach den Arbeitsrichtlinien des SSD sollen nach Möglichkeit nur solche Personen als GI verwendet werden, denen die Bevölkerung wegen ihrer dienstlichen oder parteipolitischen Tätigkeit nicht mit besonderer Zurückhaltung begegnet.

Spitzel werden entweder durch Überzeugung oder unter Druck angeworben und verpflichtet. Befindet sich in dem vom SSD zu überwachenden Gebiet kein "freiwilliger Mitarbeiter", dann werden Druckmittel gegenüber einem in Aussicht genommenen "Kandidaten" angewendet, indem z.B. Kenntnis von "kriminellen Verfehlungen" oder "negativen politischen Äußerungen" behauptet wird. Zusätzlich wird mit Angeboten sozialer und wirtschaftlicher Vergünstigungen (Prämie!) gearbeitet.

Im August 1955 wurden auch die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) beauftragt, ein eigenes - zusätzliches - "System von Vertrauenspersonen" aufzubauen.

"Vertrauenspersonen sind Bürger, die das besondere Vertrauen des ABV verdienen und ihm vertrauliche Mitteilungen geben, die für die Volkspolizei von Interesse sind. Durch die Heranziehung von Vertrauenspersonen soll es dem ABV ermöglicht werden, noch besser als bisher mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, um jederzeit allseitige Informationen über Gegner unserer demokratischen Ordnung und andere verbrecherische Elemente zu erhalten und die Stimmung in seinem Abschnitt kennenzulernen" (Instruktion Nr. 1 zum Befehl Nr. 45 des Chefs der deutschen Volkspolizei vom 3.8.1955).

Dieser Spitzelapparat des ABV setzt sich ausschließlich aus Freiwilligen zusammen.

Mit dem wenig später ergangenen Befehl Nr. 49 des Chefs der deutschen Volkspolizei erhielt auch die Kriminalpolizei den Auftrag zum Aufbau eines eigenen Spitzelapparates. Dieser stützt sich vornehmlich auf Rechtsbrecher, denen Straferlaß für den Fall in Aussicht gestellt wird, daß sie die ihnen erteilten Aufträge in vollem Umfang erfüllen.

Die GI der Kriminalpolizei stehen also ständig unter dem Druck, daß, wenn ihre Arbeit als ungenügend angesehen wird, eine gegen sie erkannte Strafe vollstreckt oder ein zunächst eingestelltes Verfahren wiederaufgenommen wird.

Die Zusammenarbeit zwischen der Kriminalpolizei und dem SSD wird in der Bezirksverwal-

tung durch einen Verbindungsoffizier hergestellt, der dafür sorgt, daß die für den SSD wesentlichen Erkenntnisse diesem mitgeteilt werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die revolutionäre "Wachsamkeit" in der SBZ (x009/472): >>Die bolschewistische Forderung an alle Menschen in einem kommunistischen Staat, zur Entlarvung und Bestrafung von "Agenten", "Saboteuren" und allen Feinden des Systems durch Mitteilung über ihre Tätigkeiten und ihre Auffassungen an die staatlichen Sicherheitsorgane beizutragen, wird im Parteijargon als revolutionäre Wachsamkeit bezeichnet.

Mitglieder kommunistischer Parteien in allen Ländern haben überdies revolutionäre Wachsamkeit zu entfalten, um das Eindringen "partei-feindlicher Elemente" und antibolschewistischer Auffassungen in die Partei zu verhindern. ...<<

18.08.1955

Der Ministerrat ordnet am 18. August 1955 die Bildung von handwerklichen Produktionsgenossenschaften an.

01.09.1955

Anstatt der bisherigen 8klassigen Grundschule wird am 1. September 1955 die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule zur Pflichtschule.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Erziehungswesen" in der SBZ (x009/117-118): >>... Das in der Stalin-Ära aufgebaute öffentliche Erziehungswesen, dessen Kern die damals geschaffene kommunistische Lernschule war, ist seit 1955 weitgehend reorganisiert worden. ...

An die Stelle der 8klassigen Grundschule tritt die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule als Pflichtschule. Sie hat zusammen mit den sonstigen Formen des Schul- und Hochschulwesens die Aufgabe, Erziehung und Bildung aufs engste mit dem Leben, vor allem mit der gesellschaftlichen Produktion zu verbinden. ...

... Die Schule hat zusammen mit anderen Institutionen des Erziehungswesens die Aufgabe, "Kinder und Jugendliche auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft" vorzubereiten.

Der Realisierung der politischen und pädagogischen Zielsetzung dient ein Erziehungswesen, das dem Modell der kommunistischen Ordnung angepaßt ist.

1. Das Erziehungswesen ist total politisiert. Das Prinzip der Einheit von Erziehung und Politik zwingt alle Institutionen und Pädagogen zu strenger "Parteilichkeit".
2. Die Arbeit der Schulen und Jugendverbände wird durch ein System von Plänen dirigiert und damit dem planrationalen Charakter der kommunistischen Ordnung angepaßt. Lernen ist Training in der Sollerfüllung.
3. Erziehung und Unterricht zielen auf die Erzeugung von Handlungsbereitschaften, die den Anforderungen einer industriellen Gesellschaft und der kommunistischen Herrschaftsordnung entsprechen.
4. Der Lehrstoff der Schulen, Hochschulen u.a. entspricht der marxistisch-leninistischen Einheitswissenschaft.
5. Das Erziehungswesen richtet sich nicht auf den Einzelnen als Einzelnen, sondern als Mitglied einer Gruppe.
6. Das kommunistische Erziehungswesen arbeitet trotzdem mit der Methode des Wettbewerbs. Gute Leistungen werden mit erhöhtem Prestige (z.B. Diplome, Medaillen) und materiellen Vorteilen (Stipendien, Karriere) belohnt.
7. Die Erfüllung der behördlichen Anordnungen wird durch ein doppeltes Kontrollsystem gesichert. Neben staatlichen Kontrollinstanzen stehen SED-Organisationen in Schulen, Hochschulen, Instituten und Behörden. Sie werden auf dem Sektor des Erziehungswesens von der Lehrerschaft und der FDJ unterstützt.
8. Das öffentliche Erziehungswesen, kontrolliert von der SED, entscheidet immer mehr über

die zukünftige Position und die Möglichkeiten der Teilnahme am Konsum. Wohl soll die Schulleistung bei der Auslese immer stärker bewertet werden, aber nur im Zusammenhang mit der geforderten politischen Loyalität und der Herkunft (bevorzugte Behandlung von Arbeiter- und Bauernkindern). ...

Der Intensivierung der Erziehung dient auch die für die nahe Zukunft projektierte Entwicklung von Ganztagschulen durch Ausbau der Schulhorte. ...

Es ist nicht zu bestreiten, daß die SBZ relativ hohe Mittel für die öffentliche Erziehung aufwendet. Das ist die Konsequenz der "gesellschaftlichen Umwälzung"; sie nötigt die kommunistische Führung, die Erziehung als ein Mittel zur Erhaltung und Befestigung der totalitären Machtordnung und der Entwicklung der planrationalen Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen und die Traditionen des Erziehungswesens zu liquidieren bzw. zu manipulieren.<<

15.09.1955

Das SED-Regime erläßt am 15. September 1955 eine Verordnung zum Schutz der Jugend, um die "Schund- und Schmutzliteratur" zu bekämpfen.

Die sowjetische Agentur TASS berichtet am 15. September 1955 (x300/195): >>Die Sowjetregierung betrachtet die Deutsche Bundesrepublik als einen Teil Deutschlands. Ein anderer Teil Deutschlands ist die Deutsche Demokratische Republik.

Im Zusammenhang mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik hält es die Regierung der UdSSR für erforderlich zu erklären, daß die Frage der Grenzen Deutschlands durch das Potsdamer Abkommen gelöst worden ist und daß die Deutsche Bundesrepublik ihre Jurisdiktion (Rechtsprechung) auf dem Gebiet ausübt, das unter ihrer Hoheit steht. ...<<

20.09.1955

Das Amt des Hohen Kommissars entfällt am 20. September 1955 und die Kontrollratsbeschlüsse für das Gebiet der SBZ werden außer Kraft gesetzt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/67): >>... Am 20.9.1955 hob die Sowjetunion (unmittelbar nach Abschluß des Moskauer Vertrages mit der DDR) das "Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland" auf und übertrug dem Botschafter der UdSSR in der DDR die Aufgabe der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen zu den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Deutschen Bundesrepublik in Fragen, die sich aus den Beschlüssen der 4 Mächte über Gesamtdeutschland ergeben; die entsprechenden Aufgaben im militärischen Bereich erhielt der Oberkommandierende der Sowjetstreitkräfte in Deutschland. –

Zugleich setzte die Sowjetunion alle Kontrollratsgesetze u.ä. für die DDR außer Kraft, doch dies "berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber Gesamtdeutschland, die sich aus entsprechenden Beschlüssen der 4 Mächte ergeben".

Obwohl dem Buchstaben nach die DDR unabhängig ist, hängt ihr Bestand, auch gegenüber der Bevölkerung Mitteldeutschlands, weitgehend von der Sowjetunion und von der Anwesenheit der sowjetischen Truppen ab.<<

Der Moskauer Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR bestätigt am 20. September 1955 die "Souveränität" der DDR und nennt sie "frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik". Die Besetzung der SBZ wird als "zeitweilig ... mit Zustimmung der Regierung der DDR" bezeichnet (x009/50).

26.09.1955

Die Volkskammer beschließt am 26. September 1955 eine Verfassungsergänzung.

Diese Ergänzung erhebt den Verteidigungsdienst zur "nationalen Ehrenpflicht der Bürger der DDR". Die Wehrpflicht wird jedoch zunächst nicht allgemein durchgesetzt (x009/290).

1955

Im Jahre 1955 fliehen 252.870 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Die DDR-Zeitschrift "Bauerfibel" berichtet im Jahre 1955 über die "Kollektivierung auf dem Lande" (x243/207): >>... Jeder wird (vom Staat) zur Rechenschaft gezogen und bestraft, der versucht, werktätige Bauern oder Landarbeiter zum Eintritt (in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft - LPG) ... durch Zwang ... zu veranlassen.<<

03.01.1956

Das Fernsehprogramm des "Deutschen Fernsehfunks" nimmt am 3. Januar 1956 den offiziellen Sendebetrieb auf.

18.01.1956

Die Volkskammer nimmt am 18. Januar 1956 das Gesetz über den Aufbau einer Nationalen Volksarmee an (Ende der "verdeckten Aufrüstung").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nationale Volksarmee" (x009/304): >>Bezeichnung für die aus der früheren Kasernierten Volkspolizei hervorgegangenen Armee.

Am 18.1.1956 wurde in der Volkskammer das "Gesetz über die Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" verabschiedet: Die Armee sei "für die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und die Sicherheit der DDR" notwendig. Sie besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften. "Die zahlenmäßige Stärke wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutze des Territoriums der DDR, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung." ...<<

Der Fahneid der Nationalen Volksarmee (NVA) lautet wie folgt (x243/211): >>Ich schwöre: Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauernregierung gegen jeden Feind zu schützen.

Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat jederzeit bereit zu sein ...

Ich schwöre: ... Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/290-291): >>Bereits die kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde mit dem Anspruch erzogen, sie sei die eigentlich berufene gesamtdeutsche Armee.

Seit dem 18.1.1956, seit der Umbenennung der KVP in Nationale Volksarmee (NVA) wird dieser Anspruch stärker betont. Sie soll "den Interessen des ganzen deutschen Volkes dienen ... auf der Wacht für die Sicherung des Friedens", so erklärte Stoph am 18.1.1956, als er die Errichtung des Ministeriums für Nationale Verteidigung ankündigte. Sie soll ein Machtinstrument werden, das entscheidend an der geplanten Bolschewisierung auch der Bundesrepublik mitwirkt. ...

Die NVA trägt wieder die feldgraue deutsche Uniform des Ersten und Zweiten Weltkrieges, aber die Sowjetarmee gilt als ihr Vorbild. Unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus soll sie zu einem Werkzeug des Sowjetimperialismus erzogen werden. Deshalb untersteht die Volksarmee auch dem Oberkommando des Warschauer Beistandspaktes. Als bolschewistische Armee arbeitet sie unter strengster Geheimhaltung.<<

27.01.1956

Der Techniker W. Heldt und der Elektriker W. Rudert werden am 27. Januar 1956 vom Obersten Gericht der "DDR" wegen Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) zum Tod verurteilt.

Nach Protesten der Bundesrepublik Deutschland läßt Pieck (Präsident der Republik) die Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umwandeln (x009/10-11).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Abwerbung" in der SBZ (x009/10-11): >>Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht, 1955 in der

Rechtsprechung erstmalig in diesem Sinne gebraucht.

Seitdem wurde die Abwerbung als eine Erscheinungsform der Boykotthetze im Sinne des Art. 6 der Verfassung angesehen und als Staatsverbrechen mit schweren Strafen geahndet.

Die Strafpolitik nahm keine Rücksicht auf die eigene Verfassung, die in Art. 8 die Freizügigkeit, in Art. 10 das Recht auf Auswanderung garantiert. ... Durch das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11.12.1957 wurde der Tatbestand der "Verleitung zum Verlassen der "DDR" gesetzlich festgelegt.

Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren kann danach bestraft werden, wer es im Auftrage von Agentenorganisationen, Spionageagenturen oder ähnlichen Dienststellen oder von Wirtschaftsunternehmen unternimmt, eine Person zum Verlassen der "DDR" zu verleiten.

Gefängnis nicht unter 6 Monaten ist für denjenigen angedroht, der es ohne besonderen Auftrag unternimmt, einen Jugendlichen, einen in der Berufsausbildung stehenden Menschen oder eine Person wegen ihrer beruflichen Tätigkeit oder wegen ihrer besonderen Fähigkeiten oder Leistungen (z.B. Sportler) mittels Drohung, Täuschung oder Versprechen zum Verlassen der "DDR" zu verleiten.

Es kommt nach dieser gesetzlichen Neuregelung also nicht mehr darauf an, ob das Verlassen des "Abgeworbenen" auf legalem Wege oder durch "Republikflucht" erfolgen soll. Als Methode der Abwerbung erwähnt Jahn schon "die Verherrlichung der westdeutschen Verhältnisse ... Zu dieser Methode sind alle Fälle zu zählen, in denen die Täter auf angebliche Vorzüge im Westen hinweisen" ...

Eine besondere Rolle spielte die Abwerbung für die Begründung der Abriegelungsmaßnahmen des 13.8.1961 (Beginn des Mauerbaues in Berlin).

Die allgemeine Sprachregelung ging von Abwerbung auf "Menschenhandel" und "Kopffjägeri" über. In 2 großen Prozessen vor dem Obersten Gericht im August 1961 wurden angebliche "Menschenhändler und Kopffjäger" zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Für das künftige Strafgesetzbuch wird eine Erweiterung des Tatbestandes der Abwerbung vorgeschlagen, die eine Rückkehr zur früheren Rechtsprechung gegen Boykotthetze bedeutet. "Die Abwerbung ... muß generell für strafbar erklärt werden, ... gleich gegen welche Personen sie sich richtet ..." ...<<

28.01.1956

Die DDR-Streitkräfte werden am 28. Januar 1956 in die Streitkräfte des Warschauer Beistandspaktes einbezogen.

15.02.1956

Das SED-Regime verbietet am 15. Februar 1956 den Religionsunterricht an Ost-Berliner Oberschulen.

15.03.1956

Am 15. März 1956 wird die "Verordnung über Kosten im Strafverfahren" erlassen.

01.04.1956

Am 1. April 1956 tritt die Verordnung über die Allgemeine Sozialfürsorge in Kraft.

06.05.1956

Das ZK der SED stellt am 6. Mai 1956 klar, daß bei einer Wiedervereinigung die politischen und sozialen Errungenschaften der DDR erhalten bleiben müssen.

11.06.1956

Die SED-Regierung ruft am 11. Juni 1956 alle jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge auf, in die DDR zurückzukehren.

01.07.1956

Fast alle ehemaligen Offiziere der Deutschen Wehrmacht werden ab 1. Juli 1956 aus den Kommandostellen der Nationalen Volksarmee entfernt.

17.07.1956

Um die Finanz- und Wirtschaftsnot der SBZ zu beheben und um sie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen, erläßt die UdSSR dem SED-Regime am 17. Juli 1956 die Hälfte der Besatzungskosten und gewährt zusätzlich beträchtliche Kredite.

20.07.1956

Gemäß "Verordnung über das Berichtswesen in der DDR" vom 20. Juli 1956 sind sämtliche statistischen Erhebungen nur mit Genehmigung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zulässig.

29.07.1956

Das ZK der SED hebt am 29. Juli 1956 die Haftstrafen für ehemalige Parteimitglieder (Ackermann, Dahlem, Jendretzky und andere) auf und rehabilitiert sie.

06.08.1956

Das SED-Regime erläßt am 6. August 1956 eine Anordnung, um den Lehrermangel zu beheben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Anordnung (x009/258): >>Der wachsende Lehrerberuf hat zu Bemühungen um die Heranziehung von Produktionsarbeitern zum Lehrstudium der ersten beiden Kategorien geführt (Anordnung vom 6.8.1956). Vielfach haben sie Vorkurse durchlaufen.

Die Absolventen der angeführten Studiengänge, aber auch der Pädagogischen Schulen für Kindergärten und der Institute für Heim- und Horterzieher haben eine 2jährige Probezeit zu absolvieren, die evtl. auf ein Jahr verkürzt werden kann. ...<<

30.08.1956

Die Volkskammer nimmt am 30. August 1956 zwei Gesetze zur "Demokratisierung" an.

14.11.1956

Während der 29. Sitzung verlangt das ZK der SED am 14. November 1956, daß die Kampfgruppen eine besonders "gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf" erhalten sollen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/209): >>... Nach dem Volksaufstand in Ungarn verlangte das ZK der SED auf seiner 29. Sitzung (14.11.1956) eine besonders "gründliche Ausbildung im Orts-, Straßen- und Häuserkampf". Die Kampfgruppen lösen, so wurde betont, ihre Aufgaben "gemeinsam mit den Polizeikräften und erforderlichenfalls mit den Einheiten der Nationalen Volksarmee". ... SED-Mitglieder und zuverlässige Parteilose im Alter von 25-60 Jahren werden von den örtlichen SED-Parteileitungen dienstverpflichtet.

Die Kampfgruppenkommandeure und Unterführer werden teils von der NVA, teils in besonderen Schulen ausgebildet. Auch ehemalige Offiziere der NVA werden in die Stäbe der Kampfgruppen aufgenommen, um das Kampfgruppen-Führerkorps zu heben. Verantwortliche Ausbilder sind Instrukteure der Volkspolizei, die SED-Mitglieder sein müssen. Politkommis-sare einer jeden Einheit ist der Sekretär der zuständigen Parteileitung. Frauen werden nur als Sanitäterinnen eingesetzt. Ausbildung: 4 Stunden wöchentlich, zusätzlich zur Arbeitszeit an Infanteriewaffen und im Gelände.

Die Waffen der Kampfgruppen, zu denen auch mittelschwere Infanterie-Begleitwaffen kommen (Schützen-Panzerwagen, schweres MG, schwere Granatwerfer, Pak), werden von der Vopo aufbewahrt. ...<<

22.11.1956

In der DDR wird am 22. November 1956 ein Komitee für Touristik und Wandern gegründet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Touristik" in der SBZ (x009/443-444): >>Am 22.11.1956 konstituierte sich ein Komitee für Touristik und Wandern, das aus Vertretern der Massenorganisationen und "erfahrenen Fachleuten der Touri-

sten- und Wanderbewegung" besteht und dessen Hauptaufgabe die "Erhöhung des politisch-erzieherischen, des fachlichen und kulturellen Niveaus der Touristen- und Wanderbewegung sein soll ("Jahrbuch der DDR", 1957).

Auf "gut geplante Kollektivfahrten" soll dabei mehr Wert gelegt werden als auf "Einzelgänger", "um auch dabei den organisierten Massensport zu entwickeln" ("Presse - Informationen", 5.2.1958). ...

Unter der Kontrolle der Ämter organisieren die Komitees die Touristen- und Wanderbewegung besonders unter der Jugend, erschließen und markieren Wanderrouen, planen und überwachen die Wanderliteratur, sorgen für die Errichtung von Wanderunterkünften und Zeltplätzen, leiten die Arbeit dort und in den Jugendherbergen an, sollen schließlich das Wandersparen betreiben und die internationalen touristischen Beziehungen pflegen.

Das Komitee für Touristik und Wandern organisiert auch Wandertreffen mit mehr oder weniger verhüllter SED-Propaganda. Reisen in die Sowjetunion werden besonders verbilligt und gefördert.

... Es gibt ein Herbergs- und ein Zeltlagerverzeichnis; bis zum Frühjahr 1960 erwarben etwa 75.000 Touristen die Touristenabzeichen in Bronze, Silber und Gold. ...<<

29.11.1956

Das ZK der SED läßt am 29. November 1956 Regimekritiker (Harich und andere "Abweichler") verhaften.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Abweichungen in der SBZ (x009/10): >>Stehender Begriff des Parteijargons für Auffassungen, die nicht der als "Generallinie" vom ZK der KPdSU in Moskau bzw. von den periodisch durchgeführten Konferenzen und Führungen der bolschewistischen Parteien verkündeten Lehre des Marxismus-Leninismus und ihrer häufig wechselnden Auslegung entsprechen: sie werden seit Lenin auf das schärfste bekämpft.

Abweichungen gelten nicht nur als Verstoß gegen die Parteidisziplin, sondern auch als Verrat am Sozialismus und an den Interessen der Arbeiterklassen, die den Interessen des Volkes gleichgesetzt werden. Je nachdem, ob die Abweichungen, gemessen an der jeweils "gültigen Parteilinie", zum Radikalismus oder zur Mäßigung bzw. zum Ausgleich mit den Gegnern neigen, werden sie als Linksabweichungen oder Rechtsabweichungen gebrandmarkt.

Zur Bekämpfung aller Abweichungen wird immer wieder die revolutionäre Wachsamkeit der Parteimitglieder gefordert. Abweichungen innerhalb der kommunistischen Parteien werden in leichten Fällen durch das Verfahren der Kritik und Selbstkritik ausgemerzt. In schweren Fällen, und wenn die Betroffenen nicht widerrufen, ist Parteiausschluß die Folge; außerdem (wenigstens bis zum XX. Parteitag der KPdSU von 1956) gegebenenfalls gesellschaftliche Vernichtung in Zwangsarbeitslagern oder Liquidierung mit oder ohne Gerichtsverfahren.<<

11.12.1956

Der Minister für Volksbildung erläßt am 11. Dezember 1956 eine Anordnung über die Errichtung von Jugendwerkhöfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Jugendwerkhöfe" in der SBZ (x009/203): >>Angeblich neue Form von Zwangserziehungsheimen, geht auf den Gedanken und Versuche des sowjetischen Pädagogen Makarenko zurück.

In der Anordnung über die Durchführung der Aufgaben in den Jugendwerkhöfen, die der Minister für Volksbildung am 11.12.1956 erlassen hat, werden Jugendwerkhöfe als "Erziehungseinrichtungen" bezeichnet, "in denen erziehungsschwierige Jugendliche entsprechend dem Erziehungsziel der deutschen demokratischen Schule zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft und zu bewußten Bürgern der DDR erzogen" und mit Hilfe der Patenschaftsbetriebe ... zu qualifizierten Arbeitern entwickelt werden.

Für sog. politische Delikte kommen Einweisungen in Jugendwerkhöfe nicht in Frage. Vorzei-

tige Entlassung aus Jugendwerkhöfen erfolgt nur bei Meldung zur Nationalen Volksarmee.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Heimerziehung" in der SBZ (x009/177): >>Die Heimerziehung hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche, deren Erziehung nicht durch das Elternhaus gesichert ist, mit Hilfe der Schule zu betreuen. ... Kinder und Jugendliche, die auf Grund häuslicher Verhältnisse erziehungsschwierig oder straffällig wurden, werden überwiegend in Spezialheime eingewiesen. Neben Spezialkinderheimen für Ober- und Hilfsschüler gibt es Jugendwerkhöfe. ... Die Einweisung in Jugendwerkhöfe erfolgt auf Grund von Entscheidungen der Jugendgerichte oder werden vom Rat des Kreises angeordnet. ...<<

1956

Im Jahre 1956 fliehen 279.189 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Im Jahre 1956 werden erstmalig Zahlen über die Kriminalität in der Sowjetzone veröffentlicht.

01.01.1957

Ab 1. Januar 1957 wird die Handelsabgabe eingeführt. Die Handelsabgabe entspricht dem sowjetischen Steuersystem ("Instrument des Klassenkampfes").

17.01.1957

Die Volkskammer beschließt am 17. Januar 1957 das "Gesetz über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen" und das "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht".

30.01.1957

Walter Ulbricht fordert am 30. Januar 1957 auf der 30. Tagung des ZK der SED, die DDR als gleichberechtigten deutschen Staat anzuerkennen.

25.04.1957

Während der 16. Tagung des FDJ-Zentralrates am 25. April 1957 betont der Zentralrat, daß die FDJ die führende sozialistische Jugendorganisation der DDR ist.

27.04.1957

Seit dem 27. April 1957 sind die sowjetischen Militärtribunale (SMT) nur noch für die Aburteilung strafbarer Handlungen von Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte oder deren Familienangehörigen zuständig, die sich gegen die Sowjetunion, gegen Armeeingehörige oder deren Familienangehörige richten.

In Ost-Berlin beginnt am 27. April 1957 die Gründungskonferenz des Deutschen Turn- und Sportbundes.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Sport" in der SBZ (x009/412-413): >>... 1957 wurde der "Deutsche Turn- und Sportbund" (DTSB) gebildet, der alle Aufgaben des damit aufgelösten DSA übernahm. ... Die Industrie-Sportvereinigungen nach sowjetischem Muster bilden die Grundlagen des Sports.

Sie sind selbständige Organisationen der Gewerkschaften, die 10 % des gesamten Beitragsaufkommens für den Sport verwenden müssen. Sie heißen für alle Sportarten: Aktivist (IG Bergbau), Aufbau (IG Bau Holz), Empor (IG Handel), Einheit (IG VBV), Fortschritt (IG Textil), Chemie (IG Chemie), Lokomotive (IG Post, Transport und Verkehr), Medizin (IG Gesundheitswesen), Motor (IG Metall), Rotation (IG Druck und Papier), Stahl (IG Metallurgie), Turbine (IG Energie), Wismut (IG Wismut) und Wissenschaft (IG Erziehung, Wissenschaft).

Außerdem gibt es die Sportvereinigungen "Vorwärts" und "Dynamo" der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei.

Die Grundeinheiten der Sportvereinigungen sind die Betriebssportgemeinschaften (BSG).

Den Berufssportler gibt es in der "sozialistischen Gesellschaftsordnung" nicht. An seine Stelle ist der Staatsamateur getreten.

Auf Anweisung des Komitees für Körperkultur und Sport sind in vielen Sportarten "Schwerpunkte" gebildet worden. In diesen Sportclubs werden die Spitzensportler unter besonders qualifizierten Trainern zusammengezogen. Die Spitzensportler erhalten, ohne zu arbeiten, hohe Gehälter und genießen als "Repräsentanten der DDR" eine Vorzugsstellung und besondere Verehrung (z.B. Straßenradrennfahrer Gustav Adolf (Täve) Schur oder Skispringer Helmut Recknagel).

Dafür müssen sie sportliche Höchstleistungen vollbringen - bis 1960 sollten sämtliche deutschen Rekorde im Besitz der SBZ sein - und sich als Agitatoren für die Politik der SED betätigen. ...

... Der Förderung des Wehrsports dient das dem entsprechenden sowjetischen Wehrsportabzeichen nachgebildete Sportleistungsabzeichen "Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens".

Geländemarsch, Hindernislauf und Kleinkaliberschießen gehören zu den Übungen für Männer, Frauen und Jugendliche. ...<<

04.05.1957

Der SED-Staatssekretär für das Hochschulwesen verkündet am 4. Mai 1957 die Einführung einer einjährigen Arbeitsdienstpflicht für Studienbewerber.

09.05.1957

Am 9. Mai 1957 tritt der zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Vertrag für die sowjetischen Besatzungstruppen in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die sowjetischen "Besatzungstruppen" in der SBZ (x009/67): >>... Erst seit dem 9.5.1957 (also lange nach der formellen Beendigung der Besatzungspolitik), gilt für die sowjetischen Besatzungstruppen der ... zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Truppenvertrag.

In dessen Einleitung findet sich die formelhafte Erklärung, er regele die "zeitweilige Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR".

Im Vertrag wird u.a. behauptet,

1. die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungstruppen beeinträchtigt nicht die "Souveränität der DDR";

2. die Stärken, Standorte und zusätzliche Manövergebiete der sowjetischen Besatzungstruppen würden mit der Regierung der DDR beraten und vereinbart. ...

Diese Scheinzugeständnisse an die Regierung der SBZ entwertet der § 18:

"Im Falle der Bedrohung der Sicherheit der sowjetischen Streitkräfte, die auf dem Territorium der DDR stationiert sind, kann das Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der DDR bei entsprechender Konsultation der Regierung der DDR und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage ... Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Bedrohung treffen."

Dieser § 18 legt auch formell die Macht über die SBZ in die Hand der sowjetischen Besatzungstruppen, sofern deren Oberkommando oder die Sowjetregierung es für notwendig halten. Die strenge Geheimhaltung der sowjetischen Besatzungstruppen und ihre Absperrung gegen die Bevölkerung machen genaue Angaben über Stärke und Standorte unmöglich.

Die "Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland" (Hauptquartier Wünsdorf südlich von Berlin) zählt unter dem Marschall J. E. Konjew mindestens 350.000 Mann; einschließlich aller Nachschubverbände, Stabs- und Verwaltungskräfte wahrscheinlich sogar 400.000 Köpfe. ...<<

04.11.1957

Die zuständigen SED-Behörden beschließen am 4. November 1957, durch verstärkte Agitation und administrativen Druck alle Jugendlichen für die Jugendweihe zu gewinnen.

16.11.1957

Die Demarkationslinie wird seit dem 16. November 1957 amtlich als "Staatsgrenze West"

bezeichnet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Demarkationslinie" (x009/90-92): >>Die Trennung zwischen der SBZ und der Bundesrepublik verläuft von der Lübecker Bucht nach Süden bis an die Elbe, schließt Mecklenburg, die ehemalige preußische Provinz Sachsen sowie Thüringen ein und trifft ostwärts von Hof auf die tschechoslowakische Grenze.

Diese Linie ist keine Grenze, sondern eine Demarkationslinie. ... Die Demarkationslinie ist 1.381 km lang. Seit 1952 befindet sich außer Wachttürmen und elektrisch geladenem Stacheldraht auf der sowjetzonalen Seite der Demarkationslinie ein Sperrgebiet.

Auch die derzeitige Grenzlinie zwischen der SBZ und Polen (Oder-Neiße-Linie) ist nach dem Potsdamer Abkommen nur eine Demarkationslinie, nicht aber eine Staatsgrenze.

Auf der Demarkationslinie duldet die Regierung der SBZ nur wenige Übergänge (Kontrollpunkte), die nicht als Grenzübergänge bezeichnet werden dürfen. Es sind die folgenden Übergänge auf der Interzonen-Demarkationslinie (auf der Seite der Bundesrepublik):

1. Lübeck-Schlutup (Straße),
2. Lübeck (Bahn),
3. Büchen, südlich von Lübeck (Bahn),
4. Lauenburg/Elbe in Holstein (Straße),
5. Hohnstorf, Bezirk Lüneburg (Elbe),
6. Schnackenburg, Bezirk Lüneburg (Elbe),
7. Rühren, nordwestlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Mittellandkanal),
8. Vorsfelde, östlich von Wolfsburg, Bezirk Braunschweig (Bahn),
9. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Autobahn),
10. Helmstedt, Bezirk Braunschweig (Bahn),
11. Walkenried, südlich von Goslar, Bezirk Braunschweig (Bahn),
12. Herleshausen/Werra, Bezirk Kassel (Autobahn),
13. Hönebach, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
14. Widdershausen, östlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
15. Philippstal, südöstlich von Bebra, Bezirk Kassel (Bahn),
16. Ludwigstadt, Bezirk Oberfranken (Bahn),
17. Töpen, Bezirk Oberfranken (Autobahn),
18. Hof, Bezirk Oberfranken (Bahn). ...<<

11.12.1957

Gemäß Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957 wird der Tatbestand der "Verleitung zum Verlassen der DDR" gesetzlich festgelegt.

Durch das Gesetz zur Abänderung des Paßgesetzes vom 11. Dezember 1957 verbietet die Volkskammer das Verlassen der DDR ohne Erlaubnis (auch die Reise in das Bundesgebiet und nach West-Berlin).

Das Paßänderungsgesetz sieht für "Republikflucht" Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren vor.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Republikflucht" (x009/368-369): >>... "Wer ohne erforderliche Genehmigung das Gebiet der DDR verläßt, ... wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Vorbereitung und Versuch sind strafbar."

Mit dieser gesetzlichen Neuregelung wurde das in der Verfassung garantierte Grundrecht der Freizügigkeit und das Recht auf Auswanderung endgültig beseitigt. Im Gegensatz zum bisherigen Zustand kann jetzt schon jede tatsächliche oder vermeintliche Vorbereitungshandlung zum Verlassen der SBZ wie das vollendete Delikt der Republikflucht mit Gefängnis bis zu 3 Jahren geahndet werden.

Der "Republikflüchtling" verliert praktisch sein in der SBZ zurückgelassenes Vermögen. Per-

sonen, die Bürger der "DDR" zum Verlassen der Zone bewegen, werden wegen Abwerbung zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Umsiedler" (x009/447): >>Ursprünglich Bezeichnung der Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten.

Umsiedler werden heute Personen genannt, die aus Westdeutschland in die SBZ übersiedeln. Während jede Verleitung zur Republikflucht in der SBZ als Staatsverbrechen bestraft wird, bemüht sich die SED, Bürger der Bundesrepublik zur Übersiedlung in die SBZ zu veranlassen. Mit großem propagandistischem Aufwand soll der negative Eindruck der Massenflucht aus der SBZ verwischt und der Anschein einer Fluchtbewegung aus dem Westen in die Zone erweckt werden.

Die in der SBZ veröffentlichten Zahlen der Umsiedler entbehren ebenso wie der der Rückkehrer jede Grundlage. Soweit nicht familiäre Gründe vorliegen, handelt es sich bei der Mehrzahl der Umsiedler um gescheiterte Existenzen, die sich häufig gerichtlichen Verfahren entziehen wollen.

Mitgliedern der ehemaligen KPD, die ohne dringenden Grund in die SBZ übersiedeln wollen, wird grundsätzlich die Einreise in die SBZ verweigert. Sie sollen in der Bundesrepublik bleiben und dort die politischen Ziele der SED unterstützen.

Die Umsiedler werden zunächst in Umsiedler-Lager eingewiesen. Hier werden sie eingehend vom Staatssicherheitsdienst politisch durchleuchtet, der häufig diese Gelegenheit benutzt, solche Umsiedler, die wegen krimineller Delikte die Bundesrepublik verlassen haben, zu Spitzeldiensten zu verpflichten. Unzuverlässig erscheinende oder kriminelle Umsiedler werden manchmal wieder in die Bundesrepublik abgeschoben. ...

Nach einer Anweisung des Justizministeriums dürfen Umsiedler für Schulden aus Teilzahlungsgeschäften, die sie vor ihrer Übersiedlung im Westen abgeschlossen haben, grundsätzlich nicht in Anspruch genommen werden.

Die Zwangsvollstreckung aus westdeutschen Schuldtiteln wird grundsätzlich nicht genehmigt.<<

25.12.1957

Anstatt der kirchlichen Taufe wird am 25. Dezember 1957 erstmalig die staatliche "Namensweihe" (auch sozialistische Namensgebung) durchgeführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Namensweihe" in der SBZ (x009/301): >>Am ersten Weihnachtstag 1957 wurden in Altenburg 3 Kinder vom Beauftragten für Personenstandswesen durch einen festlichen Akt "in die sozialistische Gemeinschaft aufgenommen".

Nach diesem Vorbild und mit Vorschlägen für eine atheistische "Liturgie" sucht die SED die Taufe durch einen pseudosakralen Staatsakt, die Namensweihe (früher als "sozialistische Namensgebung" bezeichnet), zu verdrängen; die Eltern leisten dabei ein "sozialistisches Gelöbnis"; häufig dient ein Sparkassenbuch für das Kind als Lockmittel. Der Vollzug der Namensweihe wird in das Familienstammbuch eingetragen.<<

1957

Im Jahre 1957 fliehen 261.622 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

23.01.1958

Die SED und die Zentralleitung der Jungen Pioniere beschließen am 23. Januar 1958, eine sozialistische Massenorganisation für Kinder zu bilden.

Januar 1958

Die SED-Führung ordnet Anfang 1958 an, daß Mannschaften der Kampfgruppen, die über 55 Jahre alt sind, nur noch an örtlichen Einsätzen teilnehmen sollen.

01.02.1958

Am 1. Februar 1958 tritt das Strafrechtsergänzungsgesetz in Kraft.

03.02.1958

Die Politbüro-Mitglieder Schirdewan, Wollweber und Oelßner werden am 3. Februar 1958 aus allen Parteiämtern entfernt ("Säuberungen" des ZK der SED).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Säuberungen" in der SBZ (x009/378): >>... Auf dem 35. Plenum des ZK im Februar 1958 richtete sich eine Säuberung gegen die "partei-feindliche Gruppe Schirdewan, Wollweber und andere" ...

Wegen Unterstützung dieser Gruppe wurde Oelßner aus dem Politbüro ausgeschlossen, nachdem vorher Wollweber und Schirdewan aller Funktionen entbunden worden waren. Auch Selbmann wurde scharf angegriffen.

Neben den bereits genannten Funktionären sind seit der Gründung der SED aus dem Zentralsekretariat bzw. Politbüro entfernt worden: Ackermann, Beling, Buchwitz, Gniffke, Karsten, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Otto Meier, Steinhoff. Prominenteste Opfer von Säuberungen im Staatsapparat sind: Dertinger, Hamann.

Säuberungen haben auch in den übrigen SBZ-Parteien und in den Massenorganisationen wiederholt stattgefunden.<<

05.02.1958

Verschleppte mitteldeutsche Wissenschaftler kehren am 5. Februar 1958 aus der UdSSR zurück.

11.02.1958

Das Bezirksgericht Leipzig verurteilt am 11. Februar 1958 mehrere Zeugen Jehovas wegen Verbreitung von "staatsgefährdender Propaganda und Hetze".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Hetze" in der SBZ (x009/179-180): >>... "Staatsgefährdende Propaganda und Hetze" (ist ein) politischer Straftatbestand im Strafergänzungsgesetz vom 11.12.1957 (§ 19).

Mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft, "wer den Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder propagiert oder gegen andere Völker oder Rassen hetzt, oder wer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht hetzt, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit oder gesellschaftlichen Organisation hetzt, Tötlichkeiten begeht oder sie mit Gewalttätigkeiten bedroht".

Das entscheidende Merkmal "hetzt" ist bewußt allgemein gehalten und läßt eine gleich weite Auslegung wie der Begriff Boykotthetze zu.

Illegale Einfuhr und Verbreitung von Schriften der Zeugen Jehovas ist Hetze im Sinne des § 19 StEG (Urteil des Bezirksgerichtes Leipzig vom 11.2.1958 ...). Bei der Beurteilung, ob eine Äußerung Hetze im Sinne des § 19 StEG ist, kann nicht allein von ihrem Wortlaut ausgegangen werden. Entscheidend sind vielmehr die äußeren und inneren Umstände, die zu ihrer Bekanntgabe führten und Aufschluß darüber geben, ob damit andere Bürger gegen die Deutsche Demokratische Republik aufgewiegelt werden sollten" (... "Neue Justiz" 1958, S. 717).

Nach dem Beschluß des Staatsrates "über die weitere Entwicklung der Rechtspflege" vom 30.1.1961 ist die Abgrenzung zwischen Hetze, Staatsverleumdung und strafloser Nörgelei in der Person des Angeklagten zu finden. Der Tatbestand der Hetze ist zu bejahen, wenn es sich bei dem Täter um einen "Feind der sozialistischen Staatsmacht und Gesellschaftsordnung" handelt. Während Hetze in aller Regel nicht anzunehmen ist, wenn der Täter nur ein "irregeleiteter" oder "im Bewußtsein zurückgebliebener" Mensch ist.

Kritik zu den Absperrmaßnahmen des 13. August 1961 wurde in einer großen Anzahl von Prozessen als Hetze mit sehr harten Strafen geahndet.<<

12.02.1958

Das Volksbildungsministerium ordnet am 12. Februar 1958 an, Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre" aufzuklären.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/215): >>Im Frühjahr 1958 setzten Massenpropaganda und erstmalig offene Nötigung ein.

Eine Anordnung des Volksbildungsministeriums vom 12.2.1958 verlangte Maßnahmen zur Aufklärung der Eltern über "die Schädlichkeit der Überbeanspruchung der Kinder durch die Christenlehre".

Weitere Beispiele für die mit verschiedenen Mitteln durchgeführte Absicht, der Kirchenarbeit den Boden zu entziehen, sind:

Die Schließung der evangelischen Bahnhofsmissionen und die Verhaftung zahlreicher Helfer dieser Missionen unter der Anschuldigung der Sabotage und Republikfluchtbegünstigung, die Kürzung der staatlichen Zuschüsse an die Kirchen, die Beschränkung der kirchlichen karitativen Tätigkeit "auf den kirchlichen Raum", die Verächtlichmachung führender Geistlicher in der Öffentlichkeit, die Verweigerung jeden Kirchenbaues im neuen Industriegebiet "Schwarze Pumpe" in "Stalinstadt" usw., Schließung kirchlicher Kinderheime, Verspottung des Weihnachtsfestes ("Eulenspiegel" Nr. 52/57), die Einschränkung der Sammelerlaubnis und die Einführung von Ersatzriten für Taufe, Trauung und Begräbnis.<<

17.02.1958

Die SED meldet am 17. Februar 1958, daß man die sowjetischen Besatzungstruppen erheblich reduziert hat.

18.03.1958

Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" publiziert am 18. März 1958 eine Rede des Mitglieds des SED-Politbüros, Hermann Matern, während der VII. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig (x156/26): >>Die Staatsmacht in den Händen zu haben, das ist eine große Sache. ...

Wir denken nie daran, die Arbeiter- und Bauernmacht wieder aufzugeben. Bei uns lassen wir nicht zu, daß jemand bei den Wahlen kandidiert, der den Kapitalismus wieder aufbauen will.

Es geht doch um eine Macht, und die Macht ist keine Kleinigkeit, versteht ihr?

Ich kenne keinen Fall in der Geschichte der Arbeiterbewegung, wo die Arbeiterklasse durch die Stimmzettel die Macht erobert hat. Diese Möglichkeit kann und wird im Laufe der Geschichte eintreten, je stärker das sozialistische Lager wird.

Aber anders ist doch die Lage jetzt angesichts der Herrschaft und der ökonomischen und politischen Macht des Monokapitals und der Reaktion in Westdeutschland, Da wären wir doch rückständige Menschen, wenn wir zulassen würden, die Macht mit dem Stimmzettel zu verlieren. Was wären wir denn für Politiker und für Arbeiterfunktionäre. Nein, das dürft ihr von uns nicht erwarten.

Ihr könnt alles erwarten, aber daß wir sagen, bitte schön, wir treten ab und der Kapitalismus kann die Macht wieder übernehmen – das kommt nicht in Frage.

Und wenn wir einmal die Macht gemeinsam erobert haben, sollten wir dann vielleicht erlauben, daß uns die Bourgeoisie und ihre Parteien mit dem Stimmzettel die Macht wieder wegnehmen könnten? Dann wären wir doch Trottel, dann müßten uns die Arbeiter zum Teufel jagen! ...

Und es gibt bei uns auch keine Partei, die den Standpunkt vertritt, bei uns den Kapitalismus wiederherzustellen. Deshalb gibt es also auch keine Opposition nach bürgerlichen Vorstellungen. Das ist unsere sozialistische Demokratie und darüber muß man sich klar sein.

Wir betrachten alles unter dem Gesichtswinkel: Wie machen wir unsere Volksmacht stärker, um die Macht in Westdeutschland gemeinsam zu erringen.<<

08.05.1958

Das Zentralkomitee der SED dankt am 8. Mai 1958 "den tapferen Helden" der Sowjetarmee.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Danksagung (x009/67): >>Das ZK (Zentralkomitee) der SED dankte am 8.5.1958 "den tapferen Helden der Sowjetarmee, die ... die Voraussetzung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in der Geschichte Deutschlands schufen".

Während des Juni-Aufstandes (1953) und im November 1956 wurde deutlich, wie sehr die Herrschaft der SED auf die sowjetischen Besatzungstruppen angewiesen ist.<<

28.05.1958

Am 28. Mai 1958 werden in der SBZ und Ost-Berlin zum letzten Mal Lebensmittelkarten ausgegeben, die zu niedrigen Preisen zum Bezug rationierter Lebensmittel (Fett, Fleisch, Zucker, Milch) berechtigen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lebensmittelkarten" in der SBZ (x009/256): >>Neben einer sog. Grundkarte gab es 5 Typen von Zusatzkarten, die differenziert nach Berufsgruppen ausgegeben wurden.

Kinder erhielten besondere Lebensmittelkarten. Da die Zuteilungen keineswegs ausreichten, mußten zusätzliche Nahrungsmittel zu überhöhten Preisen in HO-Geschäften gekauft werden. Mit der 1958 erfolgten, seit Jahren angekündigten Abschaffung der Lebensmittelkarten wurde zugleich auch das doppelte Preisniveau beseitigt. Man senkte die entsprechenden Preise der HO-Waren und erhöhte die Preise der bisher rationierten Lebensmittel. Die dadurch verursachte zusätzliche Belastung wurde bei niedrigen Einkommen durch Lohnerhöhungen und Lohnzuschläge ausgeglichen; ausgenommen davon waren Handwerker, private Unternehmer und Gewerbetreibende sowie die freischaffende Intelligenz. ...

Die Bezugsberechtigungskarten für Milch, Kartoffeln und Kohlen mußten wegen der Versorgungslücken 1961 um Kundenlisten zum rationierten Butterbezug erweitert werden.<<

04.06.1958

Gerhart Eisler appelliert am 4. Juni 1958 in der "Jungen Welt" an das Nationalbewußtsein und den Patriotismus (x009/324): >>... Als Sozialisten sind wir natürlich deutsche Patrioten, und daher wollen wir ja auch, daß ganz Deutschland einmal das wahre Vaterland aller Deutschen und auch der ganzen deutschen Jugend sein kann. ...

Auch für die westdeutsche Jugend ist die DDR das wahre Vaterland. Die Loyalität der ganzen deutschen Jugend kann nur der DDR gehören. Denn die DDR steht auch nicht im Gegensatz zu den Interessen der westdeutschen Jugend, sondern ist im Gegenteil der stärkste Vorkämpfer zur Erfüllung aller ihrer berechtigten, sozialen und kulturellen Wünsche.<<

21.07.1958

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern des Staates (Grotewohl, Maron, Eggerath) und Vertretern der evangelischen Kirche (in Abwesenheit von Propst Grüber) erscheint am 21. Juli 1958 ein gemeinsames Kommuniqué (x009/215-216): >>... Die kirchlichen Vertreter erklärten, daß

1. die Kirchen in der DDR an den Militärseelsorgevertrag nicht gebunden sind,
2. die Kirchen grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der DDR und ihrer Regierung übereinstimmen,
3. die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit erfüllen,
4. die Christen die Entwicklung zum Sozialismus respektieren und zum friedlichen Aufbau des Volkslebens beitragen,
5. die Kirchen den gegen den Staat erhobenen Vorwurf des Verfassungsbruches nicht aufrechterhalten.

Die Regierung der DDR erklärte: Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik.

Beide Seiten geben zu erkennen, daß klärende Aussprachen über die Beseitigung etwaiger Mißstände durchgeführt werden sollten. Trotzdem äußerte der Rat der EKD bereits im Oktober 1958 ernste Sorge über die Behinderung des kirchlichen Lebens, insbesondere auf dem Gebiet der Jugendziehung. Zur gleichen Zeit legte Propst Grüber sein Amt als Bevollmächtigter der EKD nieder. ...<<

01.08.1958

Die SED ordnet am 1. August 1958 weitere Enteignungen von Privatvermögen an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Enteignungen" in der SBZ (x009/110-111): >>Die kalte Enteignung des Privateigentums wird schließlich durch steuerliche Maßnahmen (Steuern, Erbrecht) und im Wege des Konkursverfahrens betrieben. Bis zu dem im Juni 1953 verkündeten neuen Kurs und wieder seit August 1958 wird das Flüchtlingsvermögen praktisch enteignet.

Die enteigneten Vermögenswerte sind grundsätzlich lastenfrei in das Volkseigentum übergeführt worden. Das bedeutet eine entschädigungslose Enteignung der privaten Gläubiger des Enteigneten, deren Rechte an enteigneten Grundstücken und beweglichen Sachen und deren Ansprüche gegen das eingezogene Vermögen nicht anerkannt werden. ...

Aus Anlaß eines Rechtsstreites eines in der SBZ enteigneten und in das Volkseigentum überführten Zweigbetriebes und des westdeutschen Hauptbetriebes hat das Oberste Gericht entschieden, daß die Enteignung für ganz Deutschland wirksam sei. Demgemäß sei auch das dem westdeutschen Betrieb gehörende Warenzeichen auf den volkseigenen Betrieb übergegangen. ...<<

28.08.1958

Außenminister Dr. Bolz fordert am 28. August 1958, die DDR als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches anzuerkennen.

01.09.1958

Am 1. September 1958 wird im neuen Schuljahr der sog. "polytechnische Unterrichtstag" eingeführt.

16.09.1958

Das amtliche Blatt "Die Volksarmee" erklärt am 16. September 1958 zur Stellung der sowjetischen Besatzungstruppen (x009/67): >>Die Sowjetarmee ... sichert gemeinsam mit uns, der Nationalen Volksarmee, den Aufbau des Sozialismus in der DDR. ...<<

16.10.1958

Gemäß Verordnung des Ministerrats vom 16. Oktober 1958 sind "Werktätige der DDR" als Helfer der Staatlichen Kontrolle einzusetzen.

27.10.1958

Ulbricht behauptet am 27. Oktober 1958 während einer Versammlung (x009/518): >>... Ganz Berlin liege auf dem Territorium der DDR.<<

Oktober 1958

Im Oktober 1958 werden auf Anweisung des Justizministeriums zahlreiche eingeleitete Strafverfahren und Fahndungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge eingestellt.

10.11.1958

Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, 1958-1964 Ministerpräsident) erklärt am 10. November 1958 in Leipzig (x009/518): >>... Es wäre an der Zeit, den Viermächte-Status in Berlin aufzuheben.<<

16.11.1958

Die Wahl zur Volkskammer, zu den Bezirkstagen und zur Stadtverordnetenversammlung für Ost-Berlin wird am 16. November 1958 durchgeführt.

Mit 99,87 % Ja-Stimmen ergibt diese Wahl das erwartete Ergebnis und die entsprechende Zusammensetzung der Volkskammer. Die Lage der angeblich noch nicht kommunistisch geführ-

ten Parteien wird danach noch ungünstiger (x009/466).

1958

Im Jahre 1958 fliehen 204.092 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

01.01.1959

Anfang 1959 wird die zum Ministerium für Staatssicherheit gehörende "Hauptverwaltung Aufklärung" mit rund 800 Mitarbeitern in Berlin-Lichtenberg zusammengefaßt

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese "Hauptverwaltung Aufklärung" (x009/295-296): >>Sie entstand im Mai 1956 aus der Hauptabteilung XV und wurde dem Minister (Erich Mielke) unmittelbar unterstellt. - Seit 1.1.1959 hat sie 12 Abteilungen (HVA - Leitung: Generalmajor Markus J. Wolf):

1: Politische Spionage in Regierungsstellen der Bundesrepublik einschließlich des Verteidigungsministeriums;

2: Politische Spionage in Parteien und politischen Vereinigungen in der Bundesrepublik;

3: Ausländische Vertretungen in der Bundesrepublik; militärische Spionage im Ausland;

4: Militärische Spionage in der NATO;

5: Wirtschaftsspionage;

6: Einschleusung von Agenten;

7: Auswertung;

8: Diversion (Sabotagevorbereitungen in der Bundesrepublik);

9: Verbindungen, Funk- und Chiffrierwesen;

K: Dokumentation, Ausweiskfälschung;

R: Kartei, Registratur;

K/S: Kader und Schulung.

Alle Wirtschafts- und Verwaltungsabteilungen des Hauptteils des Ministeriums für Staatssicherheit wie der HVA sind in der HVB (Bewirtschaftung und Verwaltung) zusammengefaßt, die in Berlin-Lichtenberg sitzt. - Das Ministerium für Staatssicherheit wird von einem sowjetischen Beraterstab überwacht und angeleitet. ...<<

Das Deutschland-Archiv berichtet später über die "Kaderabteilungen" (x243/205): >>... "Kader" (bezeichnet) eine planmäßig herangebildete Elite, ... die beauftragt ist, in wichtigen Führungspositionen dem Parteiregime zu dienen. ... Kaderabteilungen (erfassen) ... das gesamte Personal des staatlichen Sektors und kontrollieren (es. Sie) bestehen in allen VEB, Massenorganisationen und staatlichen Institutionen. Sie sind ausschließlich mit linientreuen Genossen besetzt, unterliegen geheimen Bestimmungen und kooperieren eng mit der Staatssicherheit (MfS). ...

Über jede von der Kaderabteilung registrierte Person wird eine ... Akte geführt. ... Das Nichterscheinen zur Maidemonstration kann dort ebenso aufmerksam notiert werden wie Diskussionsbeiträge oder die Spende für Nordvietnam. ...<<

01.02.1959

Das SED-Regime warnt am 1. Februar 1959 vor vermeintlichen Angriffsplänen der Bundeswehr.

23.03.1959

Ministerpräsident Otto Grotewohl fordert am 23. März 1959 in einer Rede vor Kulturschaffenden, daß die atheistische Denkweise mit staatlichen Mitteln durchzusetzen ist (x009/216).

20.04.1959

Der evangelische Bischof Dibelius beschwert sich am 20. April 1959 in einem Offenen Brief über die Anwendung staatlicher Machtmittel gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

April 1959

5 Studenten der TU Dresden werden im April 1959 durch das Bezirksgericht Dresden wäh-

rend eines Schauprozesses zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schauprozesse" in der SBZ (x009/379): >>... In der letzten Zeit wurden die Prozesse gegen 24 Studenten der Universität Jena vor dem Bezirksgericht Gera im September/Oktober 1958 (Gesamtstrafen: 110 Jahre Zuchthaus), der Prozeß gegen 5 Studenten der TU Dresden vor dem Bezirksgericht Dresden im April 1959 (Gesamtstrafen: 37,5 Jahre Zuchthaus), der Prozeß gegen den ehemaligen Grenzpolizei-Oberleutnant Smolka vor dem Bezirksgericht Frankfurt (Todesstrafe) ... besonders bekannt.<<

15.05.1959

Ein FDJ-Statut verlangt am 15. Mai 1959 von allen Mitgliedern der FDJ, sich vormilitärische Kenntnisse anzueignen.

01.06.1959

Während der Genfer Außenminister-Tagung bekräftigt die DDR am 1. Juni 1959 ihren Souveränitätsanspruch.

24.07.1959

Die SED-Regierung versichert am 24. Juli 1959, es werde niemals einen unfreiwilligen Zwangseintritt in die LPG geben.

09.09.1959

In der Regierungserklärung vom 9. September 1959 betont das SED-Regime, "daß Verhandlungen über Deutschland ohne die Teilnahme beider deutscher Staaten unmöglich sind" (x009/52).

01.10.1959

Die neue DDR-Flagge wird am 1. Oktober 1959 offiziell vorgestellt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flagge" der DDR (x009/130): >>Die Flagge der DDR besteht aus den Farben Schwarz-Rot-Gold (Gesetz vom 26.9.1955). Seit dem 1.10.1959 trägt sie auf beiden Seiten in der Mitte das Wappen Hammer und Zirkel, umgeben von einem Ährenkranz.

Den ständigen Bemühungen, der DDR und der These von den beiden deutschen Staaten Anerkennung zu verschaffen, dienen auch die Versuche, die Flagge in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland vor allem bei internationalen Kongressen oder Sportveranstaltungen zu zeigen, die bisher meist am Widerstand der Veranstalter gescheitert sind.

Dieser politische Zweck hat der neuen Flagge den treffenden Namen "Spalterflagge" eingebracht.<<

06.10.1959

Seit Bestehen der DDR sind bis zum 6. Oktober 1959 rd. 2,3 Millionen Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen geflohen.

07.10.1959

Das ZK der SED behauptet am 7. Oktober 1959, dem 10. Jahrestag der Gründung der DDR, daß die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands bewerkstelligt hätten (x009/405).

10.11.1959

Die evangelische Ostkonferenz bezeichnet am 10. November 1959 die Kinder-, Jugend-, Ehe- und Grabweihe als gottlos.

31.12.1959

Nach umfassenden Propagandamaßnahmen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen steigt die Zahl der PGH (Produktionsgenossenschaften des Handwerks) Ende 1959 auf 3.053 Genossenschaften mit 105.789 Mitgliedern (x009/174).

Von den 30.913 Gaststätten und Hotels entfallen Ende 1959 rd. 21 % auf Betriebe der HO (Handelsorganisation), 13 % auf Konsumgenossenschaften, 17 % auf Kommissionshandelsbe-

triebe und 47 % auf Privatbetriebe (x009/172).

Dezember 1959

Im Dezember werden 333 neue LPG gegründet.

Das Endstadium der zwangsweisen Kollektivierung der Landwirtschaft beginnt.

1959

Im Jahre 1959 gibt es in der DDR 1.389 Filmtheater mit 539.111 Sitzplätzen. Fast alle Theater hat man entschädigungslos enteignet (x009/128).

Im Jahre 1959 fliehen 143.917 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Ein kolumbianischer Reporter berichtet im Jahre 1959 über die damaligen Zustände in Ostberlin (x303/149): >>... Die Läden sind schäbig mit geschmacklosen Artikeln von mittelmäßiger Qualität. Es gibt ganze Straßen mit zerbombten Gebäuden. ... Die Menschen leben (darin) zusammengedrängt in den unteren Stockwerken, ohne sanitäre Anlagen und ohne Wasser. ...

Nachts leuchtet anstelle der Leuchtreklamen (Westberlin) auf der Ostseite der rote Stern. ...

Das Verdienst dieser dunklen Stadt ist, daß sie der wirtschaftlichen Realität des Landes entspricht.<<

01.01.1960

Von den rd. 11.700 mitteldeutschen Ärzten besitzen Anfang 1960 nur noch etwa 3.200 Ärzte ihre eigene Praxis. Ungefähr 50 % dieser Ärzte sind bereits über 65 Jahre alt.

11.01.1960

Ein SED-Mitglied in Zwickau erhält am 11. Januar 1960 folgenden "Parteiauftrag" (x243/-207): >>Lieber Genosse! - ...

Parteiauftrag: Du wirst als selbständiger Agitator bei dem Einzelbauer D., Bruno (13,91 ha) in Niedermülsen Nr. 24 mit dem Genossen W., Bernhard eingesetzt.

Dieser Parteiauftrag hat so lange Gültigkeit, bist Du o.a. Bauern für den Eintritt in die LPG Morgenröte Niedermülsen gewonnen hast. ...

Mit sozialistischem Gruß

K./Werkdirektor . W./1. Sekretär (der SED Zwickau).<<

22.01.1960

Der Nationalrat der "Nationalen Front" beschließt am 22. Januar 1960 die beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft.

24.01.1960

Nach langen Verhandlungen kann man sich am 24. Januar 1960 über eine gesamtdeutsche Mannschaft für die Olympischen Winterspiele in Squaw Valley/USA einigen.

17.03.1960

Ein Parteifunktionär berichtet am 17. März 1960 in der SED-Zeitung "Neues Deutschland" (x296/208 L): >>Werter Genosse Walter Ulbricht!

Wir sind sehr erfreut, Ihnen mitteilen zu können, daß sich nunmehr alle Bauern im Bezirk Neubrandenburg entschlossen haben, den Schritt vom Ich zum Wir zu tun und gemeinschaftlich zu arbeiten. ...

Durch die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus möglich gewordene demokratische Bodenreform erfolgte der erste entscheidende Schritt, das böse Erbe der unseligen Vergangenheit abzuwerfen.

Durch den jetzigen Zusammenschluß aller bisher einzelbäuerlichen Betriebe zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beginnt eine neue, höhere Stufe der Entwicklung für alle Bauern unseres Bezirkes. ...

Damit erhält auch der Bezirk Neubrandenburg ein neues Gesicht, geprägt von einer schönen sozialistischen Perspektive.

Gegenwärtig sind unsere Genossenschaftsbauern, unterstützt durch die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossenen patriotischen Kräfte und den

Staatsapparat, dabei, mit großem Schwung die Frühjahrsbestellung in Angriff zu nehmen. ...<<

Ein geflohener mitteldeutscher Bauer berichtet später über die kommunistische Zwangskollektivierung der Landwirtschaft im März 1960 (x243/207): >>Täglich kamen 6-8 Mann und verlangten den Eintritt in die LPG. Oft kamen sie täglich zwei- bis dreimal oder blieben bis nachts zwei Uhr. Unter den Werbern befanden sich Polizei, SED-Funktionäre. ...

Mein Sohn studierte an der TH in Dresden, und sie äußerten sich dahingehend, daß mein Sohn im Falle einer Weigerung von der TH entlassen würde. ...<<

>>... Anfang März ... kamen etwa 40 Werber ... mit Omnibussen in den Ort. ... Jeder Einwohner ... wurde von mehreren Werbern bearbeitet. ... Nachts waren die Ein- und Ausfahrtsstraßen des Dorfes durch Volkspolizei mit aufgepflanztem Seitengewehr bewacht. Lautsprecher fuhren durch das Dorf und forderten die Einzelbauern namentlich auf. ...<<

07.04.1960

Das SED-Regime erläßt am 7. April 1960 eine neue Beförderungsordnung für Lehrer. Den Lehrern werden unter bestimmten Voraussetzungen folgende Titel verliehen: Oberlehrer, Studienrat, Oberstudienrat, Professor. Diese Titel sind mit Beförderungszulagen zum Grundgehalt verbunden.

15.04.1960

"Karl-Marx-Stadt" (Chemnitz) meldet am 15. April 1960 als letzter DDR-Bezirk den Abschluß der Zwangskollektivierung aller landwirtschaftlichen Betriebe (x009/519).

18.04.1960

Die evangelische und die katholische Kirche protestieren am 18. April 1960 gegen die willkürliche Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

12.07.1960

Das SED-Politbüro bestätigt am 12. Juli 1960 die führende Rolle der SED und die Degradierung aller nachgeordneten Organe.

12.09.1960

Die Volkskammer beschließt am 12. September 1960 ein Gesetz über die Bildung eines Staatsrates, der die Funktionen des Präsidenten der Republik wahrnehmen soll.

17.09.1960

Am 17. September 1960 wird dem Päpstlichen Nuntius für Deutschland, Erzbischof Dr. Bafille, das Betreten des Sowjetsektors von Berlin verwehrt (x009/216): >>... Da gegenwärtig noch keine Vereinbarungen zwischen dem Vatikan und der Regierung der DDR bestehen, ist es nicht möglich, daß ausgerechnet ein Vertreter des Vatikans bei der Bonner Kriegsregierung in der Hauptstadt der DDR auftritt ("Neues Deutschland" ...).<<

26.09.1960

Walter Ulbricht beteuert am 26. September 1960, daß die DDR "die Sicherung des Friedens und die Abrüstung" will.

Ulbricht behauptet in dieser Erklärung zur Außenpolitik (x009/52): >>... Es stehen sich ... gegenüber die friedliebende DDR und die Friedenskräfte in Westdeutschland auf der einen Seite und die Revanchisten und Militaristen mit ihrer Bundesregierung in Westdeutschland auf der anderen Seite.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Walter Ulbricht (x051/591): >>Ulbricht, Walter, geboren in Leipzig 30.6.1893, gestorben in Berlin 1.8. 1973, deutscher Politiker; Möbeltischler, 1912 SPD-Beitritt, 1919 zur KPD, 1920 hauptamtlicher Parteifunktionär, 1928-33 MdR.

Ulbricht, der sich flexibel den jeweils herrschenden Strömungen in der Partei anzupassen verstand, war 1929-33 Leiter des KPD-Bezirks Berlin-Brandenburg und damit direkter Gegenspieler des Berliner Gauleiters der NSDAP Goebbels, mit dem er trotz zahlreicher Stra-

ßenschlachten beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik (November 32) gemeinsame Sache machte. Das bewahrte ihn 1933 natürlich nicht vor Verfolgung und zwang ihn zur Emigration zunächst nach Frankreich und 1937 in die Sowjetunion.

Im Krieg agitierte Ulbricht in Gefangenenlagern gegen Hitler, war beteiligt am Aufbau des Nationalkomitees "Freies Deutschland" und kehrte am 30.4.45 an der Spitze der Gruppe Ulbricht nach Berlin zurück, um die Verwaltung und politische Ausrichtung der sowjetischen Besatzungszone zu organisieren. Ulbricht leitete die Fusion von SPD und KPD zur SED ein, die er 1950-71 führte, und war zwei Jahrzehnte lang mächtigster und unbeliebtester Mann der neu gebildeten DDR.

Er überstand den Volksaufstand des 17. Juni 53 ebenso wie die Entstalinisierung und erreichte mit dem Mauerbau in Berlin am 13.8.61 ein Ende der Massenabwanderung in den Westen. Die so stabilisierte DDR koppelte er dabei von der deutschen Geschichte ab, indem er die "kapitalistische" Bundesrepublik zum Alleinerben der nationalsozialistischen Schuld ernannte, ihren politischen Alleinvertretungsanspruch gleichwohl vehement bestritt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Außenpolitik" des SED-Regimes (x009/52): >>Seit der Sprengung der Pariser "Gipfelkonferenz" (Mai 1960) durch die Sowjetunion agiert das Regime der SBZ noch heftiger für atomare und nicht atomare Abrüstung und bezeichnet die Bundesrepublik als einzigen Störenfried.

Ferner erstrebt die SED nicht nur eine Koexistenz im Sinne der Sowjetunion und eine Konföderation zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Sie tritt auch immer wieder (gemäß Vorschlag der Sowjetunion vom 10.1.1959) für einen Friedensvertrag ein, der die Bundesrepublik (ohne vorherige geheime gesamtdeutsche Wahlen) von westlichen Truppen entblößen, aus der NATO lösen und ihr rasch das Schicksal der SBZ bereiten würde. Ein solcher Vertrag soll auch den Westteil Berlins zur "Freien Stadt" machen, als ersten Schritt zur Einverleibung in die SBZ.

Um den Ostblock zu stärken und ihre eigene Stellung zu festigen, versucht die SBZ, vor allem in Afrika und Vorderasien, Hilfe für Entwicklungsländer zu geben. Diese Versuche sollen der Außenpolitik und dem Außenhandel dienen. Ihre Wirksamkeit in Übersee ergänzt sie durch die propagandistische Behauptung, die Bundesrepublik entfalte einen Neukolonialismus, der durch seine Tarnung doppelt gefährlich sei.

Die eigene Bindung an den sowjetischen Machtblock versucht die SBZ zu vertuschen durch scharfe Angriffe auf den begonnenen Zusammenschluß der Staaten Westeuropas. Sie bezeichnet diesen Zusammenschluß als gefährliche Machenschaft des nordamerikanischen Imperialismus und Kolonialismus, verdächtigt aber auch die gemeinsamen europäischen Einrichtungen und die europäischen Teile der NATO als getarnte Werkzeuge eines bundesrepublikanischen Großmacht- und Blockstrebens in Europa wie in Afrika.

Mit dieser Diffamierungskampagne soll die Bundesrepublik Deutschland bei ihren Verbündeten wie bei Ländern der nichtkommunistischen Welt verleumdet und isoliert werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Wiedergutmachung" in der SBZ (x009/485-486): >>Eine individuelle Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts erfolgt in der SBZ nicht.

Auch mit anderen Staaten sind keine Wiedergutmachungsabkommen abgeschlossen. Nur die anerkannten, das heißt, noch heute für das kommunistische System in der SBZ eintretende Verfolgte des Naziregimes genießen einige Vorteile, darunter bei Erwerbsminderung Leistungen aus der Sozialversicherung, die denen bei Betriebsunfällen gleichen, auch wenn sie keine Versicherungszeiten aufweisen können.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Auslandspropaganda" der SBZ (x009/45): >>Ziel der Auslandspropaganda ist es, die nichtkommunistischen, vor allem die sogenannten neutralen Länder durch Herabsetzung der Bundesrepublik und

durch die Propagierung der friedlichen, "uneigennütigen" und "antikolonialistischen" Politik des SBZ-Regimes der Bundesrepublik Deutschland zu entfremden und für verbesserte und schließlich diplomatische Beziehungen zu gewinnen.

Im weiteren Sinne bezweckt die Auslandspropaganda: Gewinnung neutraler Potenzen im Ausland, ihre Indoktrinierung im kommunistischen Geist, den Aufbau einer Monopolstellung im Informationswesen besonders der afrikanisch-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten, die Intensivierung wirtschaftlicher Verbindungen.

Dafür werden außerordentlich hohe personelle und finanzielle Mittel aufgewendet; alle Handelsvertretungen, Konsulate usw. dienen als Schaltstellen der Auslandspropaganda, ebenso wie eine Vielzahl spezieller "Freundschaftsgesellschaften" ("Gesellschaft für Freundschaft zwischen Mexiko und der DDR" ...). Aber auch spezielle "Solidaritätskomitees" oder die "DDR-Sektion der Weltföderation der Partnerstädte" und ähnliche Institutionen sind im Rahmen und im Sinne der Auslandspropaganda aktiv tätig.

Zur Indoktrinierung von Gästen und Studenten aus dem nichtkommunistischen Ausland bedient sich die Auslandspropaganda u.a. spezieller Foren und Konferenzen ("Ostseewoche", "Konferenz zum Studium des westdeutschen Neokolonialismus"), des "Instituts für Ausländerstudium" an der FDGB-Hochschule in Bernau, des "Instituts für Ausländerstudium" an der Universität Leipzig und anderer Institutionen.

Spezielle Publikationen der Auslandspropaganda sind u.a. die vielsprachig erscheinende "DDR-Revue", "Bericht aus dem demokratischen Deutschland" und "Deutsche Stimmen".

Vom Staatlichen Rundfunkkomitee wird über den Sender "Radio DDR International" ein besonderer "Auslandsdienst des Deutschen Demokratischen Rundfunks" betrieben, der täglich mehrstündige Programme in Englisch, Französisch, Dänisch, Arabisch und in anderen Sprachen ausstrahlt.

Der Auslandspropaganda dienen schließlich die Weitergabe von Rundfunkprogrammen, die Werbung und Vermittlung ausländischer Besucher in der SBZ, offizielle und inoffizielle Reisen von Wissenschaftlern, Wirtschaftlern, Partei-, Gewerkschafts-, Jugend- und Staatsfunktionären.

... Zentrale Steuerungsstelle (für die Auslandspropaganda) ist in jedem Falle der SED-Parteiapparat.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Infiltration" der SBZ (x009/188): >>Sammelbezeichnung für die kommunistische Taktik des Einsickerns von Personen, Nachrichten und Gerüchten.

Durch Infiltration soll eine geschlossene Abwehr gegen den Bolschewismus untergraben werden. Anders als lautstarke Propaganda ist sie gefährlich durch ihre unmerkliche, auf die Dauer zersetzende Wirkung. Das Ziel der vielfältigen Infiltrationsmethoden sind alle Personenkreise, bei denen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen vorausgesetzt wird.

Während durch personelle Infiltration kommunistische Vertrauensleute in wichtige Stellungen des gesamten öffentlichen Lebens eingeschleust werden sollen, will die geistige Infiltration durch Ausstreuen von Gerüchten und Zwecknachrichten im Westen ein Gefühl der Unsicherheit und Schwäche verbreiten. Die wichtigsten westdeutschen Stützpunkte für die Infiltrationstaktik sind die kommunistischen Tarnorganisationen.

1960 erschienen für Zwecke der Infiltration mehr als 130 Zeitungen und Zeitschriften der Tarnorganisationen (größtenteils in der SBZ gedruckt) und 120 kommunistische Betriebszeitungen und mindestens 167 Zeitungen und Ortsblätter der verbotenen KPD. Ferner wurden monatlich 9 bis 10 Millionen Flugblätter und Briefzeitungen in die Bundesrepublik geschmuggelt.

Für die Infiltration, die eng mit der gesamtdeutschen Arbeit der SED, der Massenorganisationen und des Staatsapparates zusammenwirkt, werden sehr hohe Summen ausgegeben. Die

Richtlinien für die Infiltration erteilt das Politbüro der SED. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Tarnorganisationen" der SBZ (x009/435): >> Organisationen unter kommunistischer Leitung, die besonders außerhalb des kommunistischen Machtbereiches nichtkommunistische und politisch indifferente Kreise bearbeiten.

Sie sollen kommunistische Gedanken verbreiten und Aktionen gegen gesellschaftliche und politische Ordnung der Freien Welt vorbereiten. Auch sind Tarnorganisationen scheinbar harmlose Aushängeschilder für "gesamtdeutsche Gespräche" und "Friedensaktionen" sowie Stützen der Infiltration und der eingeschleusten Agenten und Spione. ...

Neben internationalen Tarnorganisationen gibt es kleine, z.T. örtliche Tarnorganisationen, die als "Aktionsausschüsse, Kreise, Komitees" o.ä. auftreten. Sie sind gefährlich, weil sie sich örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten anpassen und in der Lage sind, Mißstimmungen auch kleinerer Personengruppen auszunutzen.

In der Bundesrepublik sind Tarnorganisationen nach der Gründung der DDR und den kommunistischen Wahlniederlagen sehr rege. Gesteuert werden sie von der Abteilung "gesamtdeutsche Fragen" des ZK der SED und von der entsprechenden Abteilung des Bundesvorstandes des FDGB.

Die Zahl der Tarnorganisationen in der Bundesrepublik ging in die Hunderte. Ein großer Teil besteht nicht mehr. Denn sobald sie als kommunistische Werkzeuge entlarvt sind, stellen sie ihre Tätigkeit ein, um unter Führung der gleichen Leute, aber unter anderem Namen ihre Wählerarbeit wieder aufzunehmen.

Nach vorsichtigen Schätzungen belief sich die Zahl der Tarnorganisationen im Jahre 1953 auf etwa 90, während sie 1955 mit etwa 130 angegeben wurde. Es empfiehlt sich, in Zweifelsfällen Auskunft bei den zuständigen Bundes- und Landesbehörden einzuholen.<<

04.10.1960

Walter Ulbricht (Vorsitzender des Staatsrats) gibt am 4. Oktober 1960 eine programmatische Erklärung ab.

Die inhaltliche Bestimmung der "Religionsfreiheit" deckt sich demnach im wesentlichen mit der staatsrechtlichen Regelung der Sowjetunion.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchenpolitik" in der SBZ (x009/216): >>... Die Religionsfreiheit wird auf Kultfreiheit begrenzt, wenn Ulbricht sagt: "Die Angehörigen der Evangelischen Kirche, der Katholischen Kirche sowie der Jüdischen Gemeinde haben in unserer DDR die Möglichkeit, in der Kirche bzw. Synagoge ihre religiösen Anliegen zu pflegen." ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kirchensteuer" in der SBZ (x009/216): >>... Nach einer Erklärung des Ministers der Justiz müssen Kirchensteuern als Beiträge angesehen werden. Zwangsbeitreibungen sind nicht mehr möglich; der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Kirchensteuerämter sind auf Schätzungen angewiesen bzw. auf die Einsicht der zu Besteuernden, wahrheitsgemäße Erklärungen abzugeben. ...<<

15.11.1960

Die SED-Presse veröffentlicht am 15. November 1960 den Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches.

29.12.1960

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR vereinbaren am 29. Dezember 1960 eine Verlängerung des Interzonenhandelsabkommens.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Interzonenverkehr" (x009/194): >>... Während der Jahre 1951 bis 1960 wurden weit über 352 Millionen Pakete und Päckchen aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) nach der SBZ und den Sowjetsektor von Berlin verschickt. Etwa die Hälfte davon waren Pakete.<<

1960

Im Jahre 1960 fliehen 199.188 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flüchtlinge und Ostvertriebenen" in der SBZ (x009/131): >>In der SBZ werden Vertriebene aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und aus den osteuropäischen Ländern als Umsiedler oder Neubürger bezeichnet. ...

Für die SBZ liegen trotz der in den Jahren 1950-1960 erfolgten Zugänge von über 100.000 Aussiedlern aus Polen und den übrigen osteuropäischen Gebieten keine neuen Angaben über den Anteil der Umsiedler an der Bevölkerung vor.

Dagegen stieg in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil der Vertriebenen (ihr Anteil an den Antragstellern im Notaufnahmeverfahren schwankte während der Jahre 1952 bis 1960 zwischen 22,8 % und 24,4 %) bis zum 31.12.1960 auf 9,697 Millionen = 18,4 % der Bevölkerung.

Über die Verteilung der Vertriebenen auf die Bezirke sowie ihre berufliche Eingliederung existieren keinerlei amtliche Veröffentlichungen. ...

Den Vertriebenen ist jeder Zusammenschluß und jede Betätigung mit dem Ziel der Rückkehr in die Heimat verboten. Sie gehören im allgemeinen zu den schärfsten Gegnern des SED-Regimes.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Wohnungsbau" im Jahre 1960 in den SBZ (x009/494-495): >>Der Wohnungsbau ist in der SBZ seit Kriegsende zugunsten der Errichtung von Industrie-, Verwaltungs- und militärischen Bauten vernachlässigt worden, obwohl erhebliche Schäden an Wohnungen entstanden waren. ...

Zwischen Kriegsende und 1960 wurden in der SBZ durch Instandsetzung teilzerstörter Wohngebäude etwa 300.000 Wohnungen wieder wohnbar gemacht, höchstens 70.000 Wohnungen sind neu gebaut worden.

In diesem Zeitraum hatte die Bundesrepublik einen Reinzugang von rund 3,5 Millionen Wohnungen, d.h., auf die unterschiedliche Bevölkerungszahl umgerechnet eine fast 4fach größere Wohnungsbautätigkeit als die SBZ.

Erst ab 1957 stieg die Wohnungsbautätigkeit in der SBZ etwas stärker an, erreichte jedoch niemals den vergleichweisen Stand in der Bundesrepublik.

Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß die Wohnfläche je neu erstellter Wohneinheit in der Bundesrepublik in allen Jahren größer war als in der SBZ, z.B. 1960 BRD = 70 qm, SBZ 56 qm. Auch hinsichtlich der Qualität, des Komforts usw. befindet sich der Wohnungsbau in der SBZ im Rückstand.

Das SED-Regime verkündet neuerdings, es wolle sich nunmehr intensiv dem Wohnungsbau zuwenden, obwohl die unverminderte Mangelsituation bei Baustoffen, Baumaschinen und Baufacharbeitern allgemein bekannt ist.

Nach den vorliegenden Planzahlen des Siebenjahresplanes wird jedoch der Anteil des Wohnungsbaues an der gesamten Bauproduktion bis 1965 nur rund 20 % betragen, also noch weniger als in den vergangenen Jahren. Selbst wenn die Planziele erreicht werden, würde damit der vorhandene Wohnungsbedarf nach den Berechnungen westlicher Experten nur etwa zur Hälfte abgedeckt. ...<<

01.01.1961

Von den 1.482 mitteldeutschen Apotheken befinden sich Anfang 1961 nur noch 113 in Privatbesitz.

19.01.1961

Das Oberste Gericht der DDR entscheidet in einem Urteil vom 19. Januar 1961, daß eine Ehefrau in der sozialistischen Gesellschaft grundsätzlich keinen Unterhaltsanspruch gegen den Mann hat.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Gleichberechtigung der Frau" in der SBZ (x009/160): >>Art. 7 der Verfassung der DDR bestimmt: "Mann und Frau sind gleichberechtigt ..."

In der Auslegung dieses Artikels weist die SED-Propaganda darauf hin, daß wirkliche Gleichberechtigung der Frau nur dadurch möglich wird, daß auch die Frau neben dem Mann einer geregelten Berufstätigkeit nachgeht. Der Unterhaltsanspruch von Ehefrauen, insbesondere nach Ehescheidungen, wird unter Hinweis auf die Gleichberechtigung der Frau in der SBZ nicht anerkannt.

Mit der Parole "Einbeziehung der Frau in den Produktionsprozeß" versucht die SED, den akuten Arbeitskräftemangel zu verringern, und hofft, die Frauen an ihrem Arbeitsplatz besser politisch beeinflussen zu können. Bisher gelang es, 50-60 % der 6 Millionen Frauen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren in die Produktion einzuspannen. ... 93 % aller berufstätigen Frauen arbeiten in den untersten Lohngruppen, gehören also zu den schlechtest bezahlten Arbeitskräften in der SBZ.

Die nichtberufstätigen Frauen werden aufgefordert, in Hausfrauenbrigaden einzutreten und sich an "freiwilligen", unbezahlten Sondereinsätzen, hauptsächlich im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes zu beteiligen. Allein bei einem kurzfristigen Fraueneinsatz 1959 sollen angeblich 1,8 Millionen fälliger Lohngehälter eingespart worden sein. Als Gegenleistung wird den Frauen versprochen, sie könnten gleichberechtigt jede Position erreichen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Frauenarbeit" in der SBZ (x009/139): >>Alle gesetzlichen Bestimmungen über Frauenarbeit gehen zurück auf Artikel 7 der Verfassung der "Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung entgegenstehen, sind aufgehoben." ...

Die verstärkte Frauenarbeit erwies sich vor allem zur Durchführung des Fünfjahresplanes (von 1951 bis 1955) als notwendig. Wegen des großen Arbeitskräfteproblems wird die Halbtagsarbeit für Frauen mit Familie in zunehmendem Maße propagiert (Hausfrauenbrigaden). Nachtarbeit ist zulässig. Der besondere Arbeitsschutz für Frauen ist stark eingeschränkt. Zwar ist die Frauenarbeit für eine ganze Reihe von Tätigkeiten verboten, doch gilt das Verbot nicht, wenn die Produktionstechnik die Frauen angeblich nicht gefährdet.

Der Schutz für Schwangere beschränkt sich auf das Verbot von Arbeiten, "die nach Urteil des Betriebs- oder Beratungsarztes der Sozialversicherung Leben und Gesundheit des zu erwartenden Kindes gefährdet" (§ 21 der Verordnung zum Schutz der Arbeitskraft vom 25.10.1951) ...<<

30.01.1961

Der Staatsrat beschließt am 30. Januar 1961, die Strafen gegenüber "Feinden der Arbeiter- und Bauernmacht" zu verschärfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428): >>Eine richtige Strafpolitik soll gewährleisten, daß die noch vorhandene Kriminalität mehr und mehr verschwindet, und daß sich das sozialistische Bewußtsein in vollem Umfange entfaltet.

Um in der richtigen Weise mit strafrechtlichen Mitteln auf bestimmte Handlungen oder Unterlassungen reagieren zu können - um also eine richtige Strafpolitik zu treiben -, bedarf es einer ständigen Analyse der jeweiligen Situation im Klassenkampf. Anleitungen an die Richter für eine im Sinne der SED liegende Strafpolitik hat es wiederholt gegeben.

Von besonderer Bedeutung ist der Beschluß des Staatsrates "über die weitere Entwicklung der Rechtspflege" vom 30.1.1961. Dieser ordnet an, daß "gegenüber Feinden der Arbeiter- und Bauernmacht und solchen Personen, die schwere Verbrechen im Auftrage oder unter Einfluß imperialistischer Agenturen begehen, die Gesetze mit aller Härte" anzuwenden sind, während bei den anderen straffällig gewordenen Personen, deren Straftat zu ihrem sonstigen - politisch-

sozialistischen - Verhalten in Widerspruch steht, "in der richtigen Weise zu differenzieren" ist.

Damit ist also das entscheidende Kriterium für eine strafrechtliche Sanktion und für die einer Straftat innewohnende Gesellschaftsgefährlichkeit darin zu sehen, ob der Täter als "Feind der Arbeiter und Bauernmacht" zu bezeichnen ist oder nicht. ...<<

31.01.1961

Die SED-Regierung verbietet am 31. Januar 1961 eine Tagung der gesamtdeutschen Evangelischen Synode in Ost-Berlin.

22.04.1961

Das Oberste Gericht der Deutschen Demokratischen Republik begründet am 22. April 1961 härtere staatliche Zwangsmaßnahmen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Strafpolitik" in der SBZ (x009/428-429): >>... In seiner Richtlinie Nr. 12 vom 22. April 1961 ("Neue Justiz" 1961, S. 289) erklärt das Oberste Gericht die Freiheitsstrafe als härteste staatliche Zwangsmaßnahme (neben der Todesstrafe) für notwendig "bei Verbrechen gegen den Frieden und die Deutsche Demokratische Republik, bei anderen schweren Verbrechen, insbesondere gegen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung, und bei Verbrechen von Tätern, die aus bisherigen Bestrafungen keine Lehren gezogen haben oder sich hartnäckig einem geordneten Leben in der sozialistischen Gesellschaft entziehen".

Kurzfristige Freiheitsstrafen sollen in den Fällen verhängt werden, in denen der Charakter der Tat trotz des Fehlens schwerwiegender Folgen die sofortige kurzfristige Isolierung des Täters erfordert, um ihn der weiteren erzieherischen Entwicklung durch die Gesellschaft zugänglich zu machen.

Strafen ohne Freiheitsentzug erfordern eine "positive Grundeinstellung des Täters zur Gesellschaft, zum sozialistischen Staat". Sie sollen angewendet werden gegen Personen, die aus zeitweiliger Undiszipliniertheit oder Pflichtvergessenheit, aus ungefestigtem gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtsein, anderen rückständigen Auffassungen oder aus persönlichen Schwierigkeiten Straftaten begehen, ohne sich damit außerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu stellen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Todesstrafe" in der SBZ (x009/442): >>Die Todesstrafe ist im Strafrecht der SBZ angedroht für das Verbrechen des Mordes und für schwere Fälle einiger Staatsverbrechen: des Staatsverrats, der Spionage, der Diversion und der Sabotage.

"Die Todesstrafe im Strafrechtsergänzungsgesetz (StEG) ist im Interesse der gesamten friedliebenden Menschheit in der augenblicklichen Entwicklungsphase nicht zu entbehren und beweist unsere Entschlossenheit, wenn es sein muß, auch mit den schärfsten Mitteln gegen die vorzugehen, die sich zu Handlangern der Unmenschlichkeit und der Kriegspolitik herabwürdigen".

Jedes Todesurteil muß nach Eintritt der Rechtskraft dem Vorsitzenden des Staatsrates zur Entschließung vorgelegt werden, ob er von seinem Gnadenrecht Gebrauch machen will. In diesen Fällen wird nach internen Weisungen immer eine Stellungnahme des Politbüros der SED herbeigeführt.

In der Mehrzahl der Fälle erfolgt keine Begnadigung: die Todesurteile werden durch Enthauptung vollzogen. Nach westlichen Beobachtungen, die nicht vollständig sein können, wurden von 1949 bis 1960 160 Todesurteile verhängt, davon 103 in politischen Strafverfahren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatsverrat" in der SBZ (x009/421): >>Schwerstes Staatsverbrechen strafbar nach § 13 StEG.

Mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren und Vermögenseinziehung, in schweren Fällen mit Todesstrafe oder lebenslanglichem Zuchthaus wird bestraft, wer es unternimmt,

1. die verfassungsmäßige Staats- oder Gesellschaftsordnung der DDR durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung zu beseitigen.
2. mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmäßige Tätigkeit des Staatsrates der Republik, seines Vorsitzenden oder seiner Stellvertreter, seiner Mitglieder oder seines Sekretärs, der Volkskammer oder der Länderkammer oder des Ministerrates oder ihrer Präsidien oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern,
3. das Gebiet der DDR einem anderen Staat einzuverleiben oder einen Teil desselben von ihr loszulösen".

Nach dieser Strafbestimmung wurden z.B. Ende 1958 24 Studenten der Universität zu insgesamt 110 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie in kleinen Gruppen Pläne zu einer politischen Neuordnung der SBZ diskutierten, ohne dabei die verfassungsmäßige Staatsordnung beseitigen zu wollen.

Den Tatbestand des "Verfassungsverrats" im eigentlichen Sinne kennt das sowjetzonale Strafrecht nicht.<<

01.05.1961

Während der Maifeier wird die NVA am 1. Mai 1961 zum "hohen sozialistischen Bewußtsein und zur Beherrschung der modernen Waffentechnik ermahnt".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Maifeier" in der SBZ (x009/270): >>Nach 1945 wurde in der SBZ die Maifeier zunächst wieder wie vor 1933 begangen als Kampf- und Feiertag der internationalen Solidarität der Werktätigen und als Bekenntnis zum Achtstundentag und zu den Zielen der Gewerkschaftsbewegung.

Doch mehr und mehr mißbrauchten die SED und der FDGB die Maifeier für ihre Agitationszwecke. Der 1. Mai 1952 wurde hingestellt als Tag des Friedenskampfes im sowjetischen Sinne, als Werbetag für eine "Aktionseinheit der Arbeiterklasse". ...

Die Losungen zum 1. Mai 1961 beweisen, wie sehr die Maifeier aus einer ursprünglich gewerkschaftlich-freiheitlichen Kundgebung zu einem Mittel der Parteiagitation und der Staatsmachtpropaganda wurde.

Losung Nr. 21 fordert: "Erhöht die Arbeitsproduktivität ..."

Nr. 23 verlangt: "Genossenschaftlich arbeiten, mehr produzieren ..."

In Nr. 34 heißt es: "Kampfgruppen, lernt aus den revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung!"

35 ermahnt die NVA: "Hohes sozialistisches Bewußtsein und Beherrschung der modernen Waffentechnik ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Staatsfeiertage in der SBZ (x009/418-419): >>Zu den herkömmlichen Feiertagen, unter denen der 1. Mai ("Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen") als Staatsfeiertag begangen wird, wurden durch Gesetz vom 21.4.1950 noch der "Tag der Befreiung" (8. Mai) und der "Tag der Republik" (7. Oktober) zu Staatsfeiertagen erklärt.

Außerdem wurden 1961 offiziell begangen am 1.3. der "Tag der nationalen Volksarmee", am 21.4. der "Vereinigungsparteitag" ("Gründungstag der SED"), am 24.4. der "Internationale Tag der Jugend gegen Kolonialismus und für friedliche Koexistenz", am 10.5. der "Tag des freien Buches", am 11.6. der "Tag des deutschen Eisenbahners", am 12.6. der "Tag des Lehrers", am 2.7. der "Tag des Bergmanns", am 10.9. der "Gedenktag für die Opfer des Faschismus" und am 10.11. der "Weltjugendtag".<<

15.06.1961

Walter Ulbricht erklärt am 15. Juni 1961 während einer internationalen Pressekonferenz in Ost-Berlin (x296/211 L): >>... (Frage des Korrespondenten der "Frankfurter Rundschau":) ... Herr Vorsitzender! Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Ihrer Meinung nach, daß die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsa-

che mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?

(Walter Ulbricht:) Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau; und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Ich habe vorhin schon gesagt: Wir sind für vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen West-Berlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist der einfachste und normalste Weg zur Regelung dieser Fragen.<<

30.06.1961

Die sowjetischen Besatzungstruppen verfügen am 28. Juni 1961 über 10 Panzer- und 10 mechanisierte Divisionen (mit rund 7.500 Panzern), 1 Luftarmee (mit rund 900 Flugzeugen) sowie Raketen-Einheiten (x009/67).

01.07.1961

Am 1. Juli 1961 meldet die SED, daß es rd. 1 Million Fernsehteilnehmer gibt (Bundesrepublik Deutschland = 4 Millionen).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Fernsehen" in der SBZ (x009/127): >>... Das Fernsehen steht im Dienst der politischen Propaganda. "Die ständige Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern im Dorf verleiht auch dem Fernsehen den Charakter eines kollektiven Propagandisten, Agitators und Organisators" ("Der Rundfunk", Nr. 42/1952, S.2).

Das Fernsehen soll vor allem auf dem flachen Land eingeführt werden, weil Presse und Rundfunk dort die geringste Resonanz haben.

Auf die Möglichkeit des Empfangs in der Bundesrepublik wird mit technischen Mitteln und Sondersendungen hingezielt; andererseits empfängt ein beträchtlicher Teil (etwa 70 %) der Fernsehteilnehmer in der SBZ westdeutsche Sendungen. Durch den Bau von Gemeinschaftsantennen, die ausschließlich auf den Kanal des Ostfernsehens ausgerichtet sind, versucht man seit Herbst 1959, den Empfang westdeutscher Sendungen zu verhindern.

1965 soll das sowjetzonale Fernsehen auf 95 % des Gebietes der SBZ empfangen werden können; zur Zeit werden nur knapp über 60 % erreicht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Rundfunk" in der SBZ (x009/374): >>... Die Programmgestaltung des gesamten Rundfunks der SBZ ist der Propaganda und den sonstigen politischen Erfordernissen des Regimes angepaßt; sie erfolgt an Hand von detaillierten Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED.

Durch 400 Störsender versucht die SBZ, den Empfang westlicher Rundfunkstationen zu verhindern. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nachrichtenpolitik" in der SBZ (x009/301): >>Die Nachrichtenpolitik wird als Mittel des Klassenkampfes angesehen.

"Es gibt keine Nachricht schlechthin", vielmehr besitzt "die Nachricht Klassencharakter". Grundsätzlich sollen nur solche Nachrichten veröffentlicht werden, die "den Leser am besten und lebendigsten von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung zu überzeugen" vermögen (Neue Presse, Nr. 3/1954, S. 31). Nachrichten und parteilicher Kommentar werden nicht getrennt.

Die Einheitlichkeit der Nachrichtenpolitik wird durch das Nachrichtenmonopol des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) garantiert. Negatives darf nur im Rahmen der Kritik und Selbstkritik publiziert werden. Nachrichten aus der Sowjetunion und aus den anderen Ostblockstaaten werden von der sowjetischen Agentur TASS und den übrigen Osblock-

Agenturen übernommen.

Nachrichten westlicher Agenturen über die Bundesrepublik werden häufig sinnverfälschend zusammengestrichen oder verdreht. Über wirtschaftliche Fortschritte u.ä. in kapitalistischen Staaten darf positiv nicht berichtet werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bewußtseinsbildung" in der SBZ (x009/74): >>Die Bedeutung der Bewußtseinsbildung ist in totalitären Herrschaftssystemen früher erkannt worden als in Demokratien, und der Ausdruck Bewußtseinsbildung entstammt daher auch ihrem Vokabular.

Auch die totalitäre Diktatur sucht ihre Bestätigung und Legitimation im "Volkswillen", veranstaltet zu diesem Zweck von Zeit zu Zeit akklamatorische Abstimmungen oder plebiszitäre Wahlen, muß aber deren Ergebnisse durch einen zentral gesteuerten Apparat der Bewußtseinsbildung, durch Polizeiterror und vielfach noch durch nachträgliche Fälschung manipulieren.

Vielfältige Methoden der Bewußtseinsbildung dienen dazu, die Bürger geistig und seelisch im Sinne des Machthabers zu formen, daß sie den ihnen vorgeschriebenen Denkstil annehmen und zu Urteilen und Entschlüssen kommen, die den Zielen der Regierung entsprechen.

In der SBZ wie in allen kommunistischen Staaten ist die Ideologie das wichtigste Argument der Bewußtseinsbildung. Genau dosierte Kenntnisse über diese Ideologie zu verbreiten, ist Aufgabe aller Institutionen zur Schulung, insbesondere der Kader.

Der Verbreitung der Ideologien und damit der Bewußtseinsbildung dienen aber auch das Erziehungswesen, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen sowie im weiteren Sinne alle Arten von Agitation und Propaganda, zur Bewußtseinsbildung gehört schließlich alles, was zur Festigung eines sozialistischen Bewußtseins und zur Ausrichtung eines jeden Bürgers der DDR auf die Staats- und Parteiziele beitragen kann, z.B. Kunst und Literatur, das Filmwesen und Produktionspropaganda.

Die kommunistische Bewußtseinsbildung ist in ihrem Wesen nach ausschließlich; sie schirmt darum die von ihr Erfassten gegen Einflüsse anderer geistiger Herkunft ab, vermeidet echte Diskussionen und ist intolerant und kritikfeindlich. Erfolg oder Mißerfolg der kommunistischen Bewußtseinsbildung sind nicht einheitlich zu beurteilen. ... Da viele Menschen bestimmte politische Begriffe überhaupt nur nach kommunistischer Definition kennen, bewegen sie sich in kommunistischen Kategorien auch dann, wenn sie gegen das Regime Stellung beziehen.

Folge der kommunistischen Bewußtseinsbildung ist auch, daß die Politisierung des gesamten Lebens hingenommen, ihr Fehlen im "Westen" unter Umständen als Schwäche empfunden wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ideologie" in der SBZ (x009/186): >>Wörtlich Ideenlehre ... In der modernen politischen Praxis dient die Ideologie der geistig-weltanschaulichen Verklärung und Rechtfertigung machtpolitischer Handlungen, vornehmlich in totalitären Staaten. Indem jeglicher Zweifel an ihrem Wahrheitsgehalt als sündhaftes Verbrechen erklärt und geahndet wird, erhält sie scheinreligiösen Charakter. Die Auslegung der "wahren Lehre" behalten sich die Machthaber jeweils im Sinne ihrer eigenen Interessen vor.

Der tatsächliche Einfluß einer Ideologie auf die Handlungen ihrer "Vollstrecker" ist schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall ist er weitaus geringer als vorgegeben und auch als vielfältig angenommen wird. Wenngleich die bolschewistischen Machthaber bedenkenlos und zynisch immer wieder gegen die Grundsätze ihrer Ideologie verstoßen, so sind ideologische Richtungskämpfe mindestens als Ausdruck von Machtkämpfen von Bedeutung. - In letzter Konsequenz ist die Ideologie ein geistiges Instrument zur Ausübung der Macht.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Propaganda" in

der SBZ (x009/343): >>... Nach herkömmlicher Auffassung wird unter politischer Propaganda eine Form der Aufklärung begriffen, die nicht so sehr den Verstand als die emotionalen Kräfte im Menschen anspricht und sich dazu weniger des überzeugenden Wortes in Rede und Schrift als vielmehr der massiveren und vielfach gleichzeitigen Wirkung von Bild und Ton bedient.

Die Wirkung der Propaganda ist unter rechtsstaatlichen Verhältnissen dadurch begrenzt, daß mißbräuchliche Anwendung ihrer Mittel leicht zurückschlägt, also der Absicht des Propagandisten entgegenwirkt, sei es, daß er durch allzu plumpe Methoden das Mißtrauen der Angesprochenen erregt, sei es, daß er durch Verstöße gegen die Wahrheit den Gegner auf den Plan ruft, der unter Umständen sogar Rechtsmittel gegen ihn in Anspruch nehmen kann.

Im totalitären Staatswesen (wie im Dritten Reich oder in der Sowjetunion und ihren Satelliten einschließlich der SBZ) fehlt es der politischen Propaganda an einer derartigen Kontrolle; infolgedessen beherrscht sie dort die staatsbürgerliche Aufklärung und das gesamte öffentliche Leben derart uneingeschränkt, daß schließlich die Bevölkerung jede amtliche Äußerung als Propaganda und damit als Schwindel ansieht.

Während in der Bundesrepublik die kritische Einstellung der denkenden Bürger die staatsbürgerliche Aufklärung weitgehend bestimmt, stellen die Propagandamethoden der SBZ eher noch eine Vergrößerung des nationalsozialistischen Propagandastils dar.

Unter dem Einfluß und nach dem Muster der Sowjetunion steuern Partei und Regime eine Propagandamaschinerie, die sich nicht nur der traditionellen Formen der Volksrede, der Plakate und Transparente bedient, sondern die vom Regime gegängelte Presse, den Rundfunk, den Film, das Theater, das Kabarett mit Beschlag belegt, vor allem aber die Bürger in den Aufklärungslokalen und in den von der Partei diktierten Briefaktionen beansprucht.

Obschon diese Häufung der Mittel die propagierten Lehren bei den Opfern der Propaganda nicht glaubwürdiger macht, darf man den einschüchternden Eindruck der Massierung nicht unterschätzen, dem vor allem die Jugend und leicht beeinflussbare Menschen ausgeliefert sind; er wird nur teilweise durch die Offensichtlichkeit von Schwindelparolen neutralisiert ...

Die Ausstrahlungen der sowjetzonalen Propaganda in die Bundesrepublik sind nur insoweit erst zu nehmen, als sie mit falschen Friedens- und Wiedervereinigungsparolen arbeitet ...<<

05.08.1961

In Moskau vereinbaren die Warschauer-Pakt-Staaten am 5. August 1961, bis Ende 1961 einen Friedensvertrag mit Deutschland, notfalls nur mit der DDR, zu schließen (x009/521).

12.08.1961

Die SED-Regierung bezeichnet am 12. August 1961 die Demarkationslinie zwischen dem Sowjetsektor und den Westsektoren als Teil der "Grenze der DDR" und ordnet Grenzkontrollen an (x301/147): >>... Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militärischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen.<<

Zugleich werden die bisherigen rund 80 Übergänge auf 12 vermindert (x009/92).

13.08.1961

Die Sektorengrenze und die Demarkationslinie nach West-Berlin werden im Einvernehmen mit den Warschauer-Pakt-Staaten am 13. August 1961 abgeriegelt.

Bis auf 7 Sektorenübergänge, die scharf kontrolliert werden, schließt man alle Übergänge nach West-Berlin. Ost-Berlin wird militärisch besetzt. An der Ost-Berliner Sektorengrenze errichtet man gleichzeitig Stacheldraht Hindernisse, um die eigene Bevölkerung gewaltsam im Land zu halten. Es ereignen sich vielerorts dramatische Zwischenfälle.

Die Abriegelungsmaßnahmen in der SBZ (Beginn des Mauerbaues in Berlin) werden vor al-

lem mit der Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) begründet. Allein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 fliehen 155.402 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen. Nach Sperrung der Grenze und dem Bau der Mauer versiegt der Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland und West-Berlin. West-Berliner dürfen Ost-Berlin nur noch mit Aufenthaltsgenehmigungen betreten.

Die Akademie der Wissenschaften der DDR berichtet später über den Beginn des Mauerbaues in Berlin (x243/208): >>Am 13. August (übernahmen) Einheiten der (NVA), der Kampfgruppen, ... im engen Einvernehmen mit den in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte den militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR.

Sie errichteten Grenzbefestigungen an der Staatsgrenze zu Westberlin. ... Die Sicherheitsmaßnahmen ... schoben der Wühl­tätigkeit, die von Westberlin gegen die sozialistischen Länder betrieben wurde, einen Riegel vor, durchkreuzten die Aggressionspläne des Imperialismus. ...<<

Der Leipziger Universitätsprofessor Ernst Bloch (1885-1977), der seit 1958 Vorträge in Westeuropa hält, schreibt später an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin (x148/63-64): >>Sehr verehrter Herr Präsident,

seit Mai 1949, nach meiner Rückkehr aus der Emigration in Amerika, lebte ich, nachdem ich eine Berufung auf den Leipziger Lehrstuhl für Philosophie angenommen hatte, in dem Staat, der sich nachher als Deutsche Demokratische Republik bezeichnete.

In den ersten Jahren meiner Universitätstätigkeit erfreute ich mich ungehindert der Freiheit des Wortes, der Schrift und der Lehre.

In den letzten Jahren hat sich diese Situation zunehmend geändert. Ich wurde in Isolierung getrieben, hatte keine Möglichkeit zu lehren, der Kontakt mit Studenten wurde unterbrochen, meine besten Schüler wurden verfolgt, bestraft, die Möglichkeit für publizistisches Wirken wurde unterbunden, ich konnte in keiner Zeitschrift veröffentlichen, und der Aufbau-Verlag in Berlin kam seinen vertraglichen Verpflichtungen meinen Werken gegenüber nicht nach. So entstand die Tendenz, mich in Schweigen zu begraben.

Demgegenüber gaben mir seit geraumer Zeit Universitäten, Zeitschriften und mein Verlag in Westdeutschland Gelegenheit, zu lehren, zu publizieren und meine bisherigen Arbeiten ungestört fortzusetzen.

Nach den Ereignissen vom 13. August, die erwarten lassen, daß für selbständig Denkende überhaupt kein Lebens- und Wirkungsraum mehr bleibt, bin ich nicht mehr gewillt, meine Arbeit und mich selber unwürdigen Verhältnissen ... auszusetzen. Mit meinen 76 Jahren habe ich mich entschieden, nicht nach Leipzig zurückzukehren.

Ich muß Ihnen deshalb, sehr verehrter Herr Präsident mitteilen, daß ich bei künftigen Sitzungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften, deren ordentliches Mitglied ich bin, zu meinem wahren Bedauern nicht mehr anwesend sein kann.

In besonderer Wertschätzung sehr ergeben

Ernst Bloch<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Bau der Berliner Mauer (x287/195): >>Am 15. Juni hatte der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch versichert: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Aber unter dem zunehmenden Druck der Fluchtbewegung aus der DDR und Ost-Berlin durch das Schlupfloch nach West-Berlin entschließen sich die Führungen in Moskau und in Ost-Berlin, die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern.

Ulbricht läßt daher am 13. August 1961 beide Teile Berlins auf einer Länge von 45 km und die Westsektoren von der DDR auf einer Länge von 120 km durch eine Mauer trennen, um die "Abstimmung mit den Füßen" gegen sein Regime zu stoppen.

Die Teilung Deutschlands ist damit zementiert. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Grenzübergänge" der SBZ (x009/164-165): >>In der SBZ amtlich als Kontrollpunkte bezeichnet.

Das Regime der SBZ wendet die Bezeichnung Grenzübergänge widerrechtlich auch auf Übergänge über die Demarkationslinien an.

Zulässig ist die Bezeichnung nur für die Übergänge aus der SBZ ins tschechoslowakische Staatsgebiet: 1. Schandau/Elbe (Bahn); 2. desgleichen für Binnenschiffe; 3. Zinnwald (Kreis Dippoldiswalde) südlich Altenberg/Erzgebirge (für Straßenverkehr), das am 1.10.1958 an die Stelle von Schmilka/Elbe (südöstlich von Schandau) trat; b) für die Seeübergänge aus der SBZ (... Fährschiffe) nach Dänemark und Schweden; Warnemünde und Saßnitz (Rügen).

Nicht als Grenzübergänge dürfen an sich bezeichnet werden a) die Übergangspunkte auf der Demarkationslinie zwischen der SBZ und der Bundesrepublik (fälschlich oft Zonengrenze genannt); b) die Übergänge zwischen der SBZ und den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten (Oder-Neiße-Linie) dies sind: 1. Frankfurt/Oder (Bahn und Straßenverkehr); ... 3. Görlitz (Bahn), 4. Gartz (West-Oder, nordöstlich Angermünde (Binnenschiffe); c) Die Übergänge auf der besonders geregelten Linie zwischen einerseits den Westsektoren Berlins (West-Berlin) und andererseits dem Sowjetsektor Berlins und der SBZ. Hier ist besonders wichtig: Dreilinden, südwestlich von West-Berlin, Autobahn).

Abgesehen von einigen Sonderregelungen für örtlichen Wirtschaftsverkehr erlaubt die Regierung der SBZ für den allgemeinen Verkehr nur ganz wenige Übergänge: 3 in die Tschechoslowakei, 2 an der Ostsee, 4 in die polnisch besetzten deutschen Ostgebiete. ... An allen anderen Übergängen ist der Verkehr streng verboten und wird schärfstens verhindert. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Grenzgänger" (x009/163): >>... (Allgemeine) Bezeichnung für Personen, die in West-Berlin arbeiteten und in Ost-Berlin oder in dem sowjetzonalen Randgebiet wohnten oder umgekehrt dort arbeiteten und in West-Berlin wohnten) entstand nach der Währungsreform.

Die in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger erhielten nur einen Teil ihres Lohnes in DM West, der restliche Lohn wurde vom Arbeitgeber in DM Ost ausgezahlt. Der West-Berliner Arbeitgeber mußte den dem Ostgeldanteil entsprechenden Betrag in DM West an die Lohnausgleichskasse in West-Berlin abführen. Aus dieser Kasse wurde der Umtausch eines Teils des in Ostgeld empfangenen Lohnes der in Ost-Berlin oder in der SBZ arbeitenden Grenzgänger in Westgeld finanziert.

1949 arbeiteten mehr als 100.000 West-Berliner in Ost-Berlin und in der SBZ. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung West-Berlins und der Abnahme der Arbeitslosigkeit ging diese Zahl ständig zurück und betrug Anfang August 1961 nur noch 13.000. Darunter rd. 6.000 Eisenbahner und annähernd 3.500 freischaffende Künstler, Artisten und Schausteller.

Demgegenüber arbeiteten vor dem 13.8.1961 noch annähernd 60.000 Ost-Berliner oder Bewohner der Randgebiete in West-Berlin gegenüber etwa 70.000 im Jahre 1949.

Diese Grenzgänger waren seit 1952 ständiger Kritik des SED-Regimes und wiederholt größeren Schikanen der Zonen-Funktionäre ausgesetzt, durch die sie zur "freiwilligen" Aufgabe ihrer Arbeitsplätze in West-Berlin veranlaßt werden sollten.

Im Sommer 1961 begann ein förmliches Kesseltreiben gegen diese Grenzgänger. Sie wurden in Zeitungen und Versammlungen öffentlich diffamiert und als Verräter und Spekulanten angeprangert. Die Grenzgänger wurden vom Einkauf bestimmter Industriewaren ausgeschlossen und mußten ab 1.8.1961 die Miete und alle öffentlichen Gebühren in DM West bezahlen. Diese Zwangsmaßnahmen wurden durch Ausweisungen vieler Grenzgänger aus ihren Wohnungen und vor allem durch zahlreiche Strafverfahren wegen "illegaler Geldeinfuhr" ergänzt. Trotzdem sank die Zahl der in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger bis zum 13.8.1961 nur um etwa 3.000, fast ebenso viele flohen in dieser Zeit nach West-Berlin.

Durch die gewaltsamen Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13.8.1961 in

Berlin wurde den im sowjetischen Machtbereich wohnenden Grenzgängern die weitere Arbeit in West-Berlin unmöglich gemacht. Sie mußten sich bei ihren früheren Betrieben in Ost-Berlin melden oder bei den Arbeitsämtern ihres Wohnsitzes zum Nachweis einer "geeigneten Tätigkeit" registrieren lassen. Die meisten der ehemaligen Grenzgänger erhielten jedoch keine ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung. Sie mußten "zur Bewährung" schlecht bezahlte schwere körperliche Arbeit in sog. Schwerpunktbetrieben aufnehmen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flüchtlinge" aus der SBZ (x009/131-134): >>... Seit 1946/47 haben Hunderttausenden Deutsche, meist unter Zurücklassung ihrer Habe, in der Bundesrepublik Deutschland sowie West-Berlin Zuflucht gesucht. Solchen Flüchtlingen wurde seit 1947 nach den zwischen Beauftragten der westdeutschen Länder abgeschlossenen "Segeberger Beschlüssen" (1947) und den "Uelzener Vereinbarungen" (1949) das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland gewährt. Die Aufenthaltserlaubnis wurde an Flüchtlinge erteilt, die wegen ihrer politischen Einstellung verfolgt wurden (A-Fälle), und solche, denen aus Gründen der Menschlichkeit Asylrecht zuerkannt wurde (B-Fälle). ...

Über die Gesamtzahl der zugewanderten Flüchtlinge liegen keine vollständigen Unterlagen vor, da eine systematische Erfassung erst 1949 einsetzte. Der weitaus größte Teil der Zuwanderer, denen das Asylrecht oder die Notaufnahme verweigert wurde, blieb im Bundesgebiet. Eine Erfassung war nicht möglich.

Daneben sind in großer Zahl Menschen aus der SBZ nach Westdeutschland und nach West-Berlin eingeströmt, ohne die amtlichen Flüchtlingsstellen zu passieren (u.a. kamen bis zum Jahre 1953 rd. 930.000 Personen auf Grund von Zuzugsgenehmigungen der einzelnen Bundesländer, die nur z.T. später im Notaufnahmeverfahren erfaßt wurden).

Für die Zeit von 1945 bis Ende 1951 wird die Zahl der Zuwanderer aller dieser Gruppen mit 931.000 Personen angenommen. Von diesen wurden allein in der Zeit von 1949 bis 1951 allein 492.681 Personen von den amtlichen Flüchtlingsstellen erfaßt.

Seit 1952 (ab 4.2.1952 trat auch in West-Berlin das Bundesnotaufnahmegesetz in Kraft) meldeten sich jeweils innerhalb des halben Jahres nach ihrer Zuwanderung bei den Notaufnahmedienststellen Berlin, Gießen und Uelzen:

Jahr	Anzahl der Sowjetzonenflüchtlinge	Anteil der Sowjetzonenflüchtlinge (bis 24 Jahre)
1952	182.393	52,6 %
1953	331.390	48,7 %
1954	184.198	49,1 %
1955	252.870	52,4 %
1956	279.189	49,0 %
1957	261.622	52,2 %
1958	204.092	48,1 %
1959	143.917	48,3 %
1960	199.188	48,8 %
01.01.-13.08.1961	<u>195.828</u>	49,1 %
	<u>2.234.687</u>	49,9 %

Die hohe Flüchtlingszahl im Jahre 1953 war eine Folge des Juni-Aufstandes. Mit 47.433 Flüchtlingen im August 1961 wurde abermals ein Höchststand erreicht, wie er seit Jahren nicht verzeichnet wurde.

Unter den Sowjetzonenflüchtlingen befinden sich im Durchschnitt mehr als 60 % im Erwerbsleben stehende Personen. Auch ein beachtlicher Teil der Intelligenz kehrte dem "Ulbricht-Staat" den Rücken. ...

Es ist bezeichnend, daß zwischen 1954 und September 1961 allein 101.167 Angehörige landwirtschaftlicher Berufe, darunter 24.004 (23,1 %) selbständige Bauern, Tierzüchter, Forstwirte

und Gartenbauer geflüchtet sind.

Zur Eindämmung dieser unaufhörlich fortschreitenden Abwanderung wurde im Dezember 1957 - anstatt eines Versuchs zur Besserung der Lebensverhältnisse - eine Verschärfung der Bestimmungen für Vergehen gegen das Paßwesen geschaffen und die Ausgabe von Interzonenpässen für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland bedeutend eingeschränkt.

Infolgedessen ist auch die Zahl der Flüchtlinge, die im Interzonenverkehr kamen, ... zurückgegangen.

Das Bundesvertriebenengesetz stellt die "anerkannten Sowjetzonenflüchtlinge" bei allgemeinen Hilfsmaßnahmen den Flüchtlingen gleich. Der Entscheid der Notaufnahmediendienststellen über die Aufenthaltserlaubnis wegen "Zwangslage" gilt aber noch nicht als Entscheid über die Zuerkennung der Eigenschaft als "Sowjetzonen-Flüchtling". Hierüber und damit über die Erteilung des Bundes-Flüchtlingsausweises C entscheiden die Flüchtlingsbehörden der Länder. Seit 1954 bis 30.6.1961 wurden insgesamt 457.070 C-Ausweise für 624.817 Personen (einschließlich der darin eingetragenen Kinder bis 16 Jahren) ausgestellt.

Schon vor 1949, mehr noch seitdem war und ist der Strom der Flüchtlinge ein Beweis dafür, daß

1. die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der SBZ die dort herrschende staatskapitalistische Mißordnung ablehnt, und daß

2. Millionen so sehr bedrückt wurden, daß sie ihre Heimat und ihre Existenz preisgaben (von 1952-1961 rd. 2,2 Millionen Sowjetzonenflüchtlinge).

Die Flut der Flüchtlinge war und ist eine Abstimmung mit den Füßen gegen den Kommunismus.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Flüchtlingsvermögen" in der SBZ (x009/134-135): >>Das Vermögen von Flüchtlingen wurde nach Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17.7.1952 beschlagnahmt. Am 11. Juni 1953 ist diese Verordnung aufgehoben worden. Der Flüchtling, der die SBZ nach dem 10.6.1953 verlassen hatte, konnte seitdem einen Verwalter für die zurückgelassenen Vermögenswerte einsetzen. Tat er das nicht, war vom Staatlichen Notariat ein Abwesenheitspfleger oder in Sonderfällen vom Rat des Kreises ein Treuhänder zu bestellen.

Nach dem Inkrafttreten der Neufassung des Paßgesetzes im Dezember 1957 wurden die von den Flüchtlingen eingesetzten Verwalter von den Behörden der SBZ häufig nicht mehr anerkannt. ... Das Flüchtlingsvermögen wurde ... unter staatliche Treuhandverwaltung gestellt.

Nach internen Dienstanweisungen hat der Treuhänder die zurückgelassenen beweglichen Vermögenswerte zu verkaufen. Der Erlös des meist zu Schleuderpreisen verkauften Flüchtlingsvermögens sowie etwaige Guthaben bei Kreditinstituten werden an die Staatskasse abgeführt.

Grundstücke, mit gelegentlicher Ausnahme von Einfamilienhäusern, werden nicht verkauft, sondern durch den Rat des Kreises, VEB Kommunale Wohnungsverwaltung, verwaltet. Die Treuhandverwaltung wird in das Grundbuch eingetragen. Alle Grundstücke einer Treuhandverwaltung werden gemeinsam verwaltet und abgerechnet. Von diesem Gesamtkonto, auf das die Einnahmen aus sämtlichen Grundstücken eingezahlt werden, werden die öffentlichen Lasten und Zinsen von Hypotheken staatlicher Kreditinstitute bezahlt. Ansprüche privater Hypothekengläubiger werden im allgemeinen nicht befriedigt.

Betriebe von Flüchtlingen werden "volkseigenen" Betrieben oder Produktionsgenossenschaften zur Nutzung überlassen oder in einem Konkursverfahren aufgelöst.<<

15.08.1961

Die 3 westlichen Stadtkommandanten protestieren am 15. August 1961 gegen die Abschnürung Ost-Berlins und gegen den Bruch der Vier-Mächte-Vereinbarung.

Die Stacheldrahtverhaue werden durch Mauern ersetzt. DDR-Wachposten beschießen Flücht-

linge (x009/522).

23.08.1961

6 weitere Sektorenübergänge werden am 23. August 1961 geschlossen.

Die sowjetischen Truppen fordern, mindestens 100 m Abstand zur Sektorengrenze zu halten. Die westlichen Besatzungsmächte bringen daraufhin Geschütze und Panzer an der Sektorengrenze in Stellung (x009/522).

24.08.1961

Der Ministerrat erläßt am 24. August 1961 eine "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung". In dieser Verordnung droht das SED-Regime mit Zwangsarbeit und Verbannung.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aufenthaltsbeschränkung" in der SBZ (x009/43): >>Mit der "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung" vom 24.8.1961 hat der Ministerrat das Strafgesetzbuch um eine neue Straftat erweitert.

Aufenthaltsbeschränkung kann zusätzlich zu Freiheitsstrafe oder bei einer bedingten Verurteilung ausgesprochen werden, "wenn die Fernhaltung der Person von bestimmten Orten und Gebieten im Interesse der Allgemeinheit oder eines einzelnen geboten oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist" (§ 1 Abs. 2).

Auf Aufenthaltsbeschränkung kann aber auch durch Urteil eines Kreisgerichts auf Verlangen der örtlichen Organe erkannt werden, wenn der Betroffene keine Straftat im Sinne des Strafgesetzbuches begangen hat. Es genügt, daß die allgemeinen Voraussetzungen für eine Aufenthaltsbeschränkung (Gefahren für die Allgemeinheit oder einen einzelnen oder Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) als gegeben angesehen wird.

Durch die Aufenthaltsbeschränkung wird dem Verurteilten der Aufenthalt an bestimmten Orten untersagt, und es kann ihm der Aufenthalt in bestimmten Orten oder Gebieten vorgeschrieben werden. Er kann ferner verpflichtet werden, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen. Auch ohne Ausweisung kann Arbeitserziehung angeordnet werden.

Hält ein Verurteilter die ihm gegenüber verhängte Aufenthaltsbeschränkung nicht ein oder kommt er einer Arbeitsverpflichtung nicht nach, kann er mit Gefängnis bestraft werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitserziehung" in der SBZ (x009/29-30): >>Eine neue Art von Zwangsarbeit wurde durch die Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung vom 24.8.1961 eingeführt.

Danach kann einem Verurteilten auferlegt werden, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen. Ferner kann gegen "arbeitsscheue" Personen auch wenn sie keine strafbare Handlung begangen haben, auf Verlangen der örtlichen Organe der Staatsmacht durch Urteil des Kreisgerichts Arbeitserziehung angeordnet werden. Die Arbeitserziehung wird in Haftarbeitslagern verbüßt.

Da für "arbeitsscheu" jeder gehalten wird, der die Arbeitsdisziplin wiederholt verletzt hat, sind schrankenloser Willkür bei der Verhängung von Zwangsarbeit Tür und Tor geöffnet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die politischen "Häftlinge" in der SBZ (x009/170): >>... Nach dem 13. August 1961 nahm die Zahl der politischen Häftlinge auf Grund der verschärften Terrorjustiz wieder erheblich zu.

Heute befinden sich noch 10.000 bis 12.000 Menschen auf Grund rein politischer Strafurteile in Haft. Im Strafvollzug werden die politischen Häftlinge genauso behandelt wie die kriminell bestraften, eine Privilegierung oder zusammengefaßte Unterbringung gibt es nicht.

Die politischen Häftlinge werden im Gegenteil in der Regel zu bestimmten Funktionen oder Dienstverrichtungen (Brigadier, Zellenältester, Hausarbeiter), die möglicherweise Vergünstigungen zur Folge haben können, bewußt nicht herangezogen; Ärzte unter den politischen Häftlingen werden nur dann in ihrem Beruf beschäftigt, wenn kein anderer Arzt zur Verfügung steht. Literatur aus der Gefangenenbücherei erhalten politische Häftlinge unter erheblich größeren Schwierigkeiten als kriminell Bestrafte. In der Untersuchungshaft ist die Behandlung der politischen Häftlinge bewußt hart und schikanös.

Nach keinesfalls vollständigen Erfassungen in West-Berlin (Hilfskomitee für politische Häftlinge) wurden von 1945 bis 1960 49.178 Personen registriert, die von Zonengerichten oder sowjetischen Militärtribunalen ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen verurteilt worden sind; davon lauteten 528 Urteile auf Todesstrafe und 654 Urteile auf lebenslängliches Zuchthaus.<<

27.08.1961

An der Sektorengrenze wird am 27. August 1961 eine zweite Mauer errichtet (x009/522). Ministerpräsident Chruschtschow droht am 27. August 1961 mit der absoluten Blockade West-Berlins, falls der Westen wirtschaftliche Sanktionen gegen die DDR beschließen sollte.

August 1961

In der DDR werden zahlreiche politische Prozesse eröffnet, die man im Schnellverfahren abwickelt.

Im August 1961 verurteilt das Oberste Gericht 9 "Kopfjäger" und "Menschenhändler" in zwei Schauprozessen zu insgesamt 78 Jahren Zuchthaus (x009/379).

14.09.1961

Mit dem Befehl Nr. 39/61 vom 14. September 1961 widerruft der Minister des Innern alle bisher erteilten Registriervermerke, die zum Betreten und Bewohnen des Schutzstreifens und der Sperrzone berechtigen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Befehl Nr. 39/61 (x009/410): >>... Die Genehmigung wird seitdem nur noch Personen erteilt, "die durch ihr bisheriges Verhalten die Gewähr dafür bieten, daß die Sicherheit im Sperrgebiet nicht gefährdet wird". Erneute Zwangsevakuierungen aus dem Sperrgebiet folgten diesem Befehl.<<

15.09.1961

Die Deutsche Grenzpolizei wird am 15. September 1961 von der Nationalen Volksarmee übernommen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die deutsche "Grenzpolizei" der SBZ (x009/163): >>Bis 1961 militärähnliche Polizeitruppe zur Absperrung der Demarkationslinien und übrigen Grenzlinien der SBZ, zugleich eine Verfügungstruppe.

Die Deutsche Grenzpolizei wurde am 15.9.1961 als "Kommando Grenze" in die Nationale Volksarmee übernommen.<<

01.10.1961

Die Ost-Berliner Bevölkerung muß ab 1. Oktober 1961 innerhalb von 3 Tagen alle DM-Guthaben umtauschen.

02.10.1961

Die CSR und Polen veröffentlichen am 2. Oktober 1961 in Prag eine Erklärung, in der die Entschlossenheit bekundet wird, noch im Jahre 1961 einen Separatfrieden mit der DDR abzuschließen.

22.10.1961

US-Militärpolizisten erzwingen am 22. Oktober 1961 die unkontrollierte Einfahrt eines hohen nordamerikanischen Diplomaten nach Ost-Berlin.

Oktober 1961

Die Gesellschaft für Sport und Technik zählt im Herbst 1961 etwa 600.000 nominelle Mitglieder, davon sind etwa 180.000 aktive Kampfgruppenmitglieder (x009/414).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Stärke der "Nationalen Volksarmee" der SBZ im Oktober 1961 (x009/306): >>Die Machthaber der SBZ vermeiden es grundsätzlich, die Stärke ihrer bewaffneten Kräfte anzugeben. Naturgemäß ist es schwierig, Nachrichten über die Rüstung der SBZ zu beschaffen und richtig einzuschätzen.

Nach zuverlässigen Berichten war die Nationale Volksarmee (NVA) mindestens 190.000 Mann stark: davon Luftwaffe 18.000 und Seestreitkräfte 17.000, unter Kommando Grenze:

48.000. Die Zunahme beruht darauf, daß von August bis Oktober 1961 das Aufgebot der "FDJ-Regimenter" mindestens 50.000 Rekruten für die NVA ergab. ... (Die Bundeswehr verfügte im Jahre 1961 über 320.000 Soldaten). ...<<

13.11.1961

In Ost-Berlin wird am 13. November 1961 die Stalinallee in Karl-Marx-Allee bzw. Frankfurter Allee umbenannt.

19.11.1961

An der Berliner Sektorengrenze beginnt am 19. November 1961 der Bau einer 2. Panzersicherungsmauer (x009/523).

09.12.1961

Ministerpräsident Chruschtschow lehnt am 9. Dezember 1961 die Forderung des nordamerikanischen Präsidenten John F. Kennedy ab, die Autobahn nach Berlin für den internationalen Verkehr freizugeben.

Schlußbemerkungen

Die Deutsche Demokratische Republik war bis zum Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" kein souveräner Staat, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist.



Abb. 80 (x067/206): "Zwei Volk, zwei Reich, zwei Führer." Karikatur aus dem "Simpl", 1949. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukt der sowjetischen Siegermacht, aber um keinen Staat im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt.

Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) war kein demokratischer Staat, sondern eine Diktatur. Die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteiendiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht. Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche.

Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen seit 1945 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen. In den Schulen mußte Russisch - ab Klasse 5 - als erste Fremdsprache gelehrt werden.

Die Kommunisten strebten besonders die Zusammenfassung von Atheisten und Gläubigen an und ließen fast keinen Raum für irgendeine Religion. Nach dem Mauerbau im Jahre 1961 wurde die Reisefreiheit der DDR-Bürger drastisch eingeschränkt. Die allgegenwärtigen Mitarbeiter der Stasi bespitzelten und bekämpften danach noch eifriger alle potentiellen Staatsfeinde.

Alle DDR-Bürger wurden regelmäßig fast überall überwacht und Andersdenkende systematisch unterdrückt. Persönliche Freiheitsrechte gab es nicht. Jegliche freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Zeitungen, Radio, Fernsehen und sonstige kulturelle Einrichtungen wurden systematisch zensiert.

Die "Thüringer Allgemeine" berichtete später (am 8. Oktober 2014): >>"Die DDR als Diktatur und Unrechtsstaat"

Der Politikwissenschaftler und scheidende Vorsitzende der Stiftung Ettersberg, Hans-Joachim Veen, erläutert in einem Gastbeitrag, warum die DDR für ihn ein Unrechtsstaat war. ...

Das kennzeichnet einen Unrechtsstaat:

- a) das Fehlen grundlegender individueller Menschen- und Freiheitsrechte,
- b) fehlende Freizügigkeit, keine Meinungsfreiheit, keine legale Oppositionsmöglichkeit,
- c) das Einsperren der Menschen bei Gefahr ihrer Tötung, wenn sie den Staat verlassen wollen,
- d) kein Schutz gegen Verwaltungswillkür, keine Verwaltungsgerichte,
- e) keine Gewaltenteilung, keine unabhängige richterliche Gewalt zum Schutz der Rechte des Einzelnen,
- f) die Ausbürgerung von Menschen und der Entzug ihrer bürgerlichen Rechte,
- g) das Fehlen freier Wahlen, keine Entscheidungsrechte des Volkes,
- h) keine demokratische Legitimierung der Herrschaft auf Zeit, sondern eine ideologische Legitimierung der Herrschaft auf unbegrenzte Zeit - die absolute Herrschaft einer Partei und die Ausbildung einer Einparteien-Diktatur,
- i) ein Geheimdienst, der außerhalb des Rechts steht und Menschen unbegrenzt, ungehemmt und unkontrolliert bespitzeln, verfolgen, zersetzen und sogar töten kann,
- j) eine parteiliche Rechtsprechung, die die Justiz als Instrument der Partei begreift,
- k) schließlich ein ausuferndes politisches Strafrecht und Staatsschutzstrafrecht mit Gummi-paragraphen, die den Einzelnen sehr rasch und willkürlich ins Unrecht setzen und Strafverfolgung und Schikane ermöglichen. ...

Was kennzeichnet die Diktatur in der DDR?

... Wesentliche Kennzeichen einer Diktatur sind:

- a) das Ziel einer totalen Erfassung und Gleichschaltung der Bevölkerung durch eine Partei und die ihr untergeordneten gesellschaftlichen Massenorganisationen;
- b) das Nachrichtenmonopol des Herrschaftssystems, d.h. also die Unterdrückung einer freien Presse und eines politischen Pluralismus der Medien;
- c) die rechtliche oder faktische Existenz eines Einparteienstaates mit dem Entscheidungsmonopol der Partei, die als Massenpartei organisiert ist, zugleich aber den Anspruch erhebt, die politische Elite zu verkörpern;
- d) der Einsatz terroristischer Machttechniken, greifbar in der Existenz einer Geheimpolizei und eines entsprechenden Überwachungs-, Spitzel-, und Unterdrückungsapparates;
- e) eine dem Anspruch nach allein- und allgemeingültige Herrschafts- und Gesellschafts-ideologie.

Im Gegensatz dazu läßt sich die Demokratie knapp kennzeichnen als ein politisches System mit Grund- und Freiheitsrechten, die die Staatsgewalt begrenzen, mit periodischen freien Wahlen und Herrschaft auf Zeit, mit frei konkurrierenden Parteien und Interessenpluralität, mit Gewaltenteilung und mit Rechtsstaatlichkeit. ...

Das Rechtsverständnis der DDR

Das Recht in der DDR verstand sich ausdrücklich als "sozialistisches Recht". ...

... Individuelle vorstaatliche Grundrechte werden nicht garantiert, außer dem Recht auf Religionsfreiheit.

Doch wer dieses Recht in Anspruch nahm, wurde diskriminiert und um berufliche Chancen gebracht. Meinungsfreiheit wird nur "im Rahmen der Verfassung" gewährt, d.h. durch den Führungsanspruch der Partei konterkariert.

Für die DDR galt, wie für andere sozialistische Staaten auch, eindeutig der Primat der Politik gegenüber dem Recht. Eine unabhängige richterliche Gewalt gab es in der DDR nicht, und das bedeutete, daß der Rechtsschutz der Bürger bis zum Schluß unterentwickelt blieb. ...

So konnten die Menschen langjährig schikaniert werden.<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über die "Deutsche Demokratische Republik" (x313/400-402): >>Die Deutsche Demokratische Republik (1949-1990) war weder demokratisch noch eine Republik, tat aber alles, um die Illusion einer Demokratie aufrechtzuerhalten. Auch die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim. Zwar waren verschiedene Parteien zugelassen, die allerdings streng kontrolliert wurden. Der Ausgang bei den Wahlen stand von vorneherein fest. Sie wurden stets euphorisch als Sieg des Systems gefeiert.

Russisch war die erste Fremdsprache, die in den Schulen gelehrt wurde. Rund 16 Millionen Ostdeutsche (bzw. Mitteldeutsche) wurden damals auf die marxistische Ideologie eingeschwo- ren und "umerzogen".

Am Anfang bemühte sich die (von den Sowjets kontrollierte) Regierung, das Land schnell wieder auf die Beine zu bringen und die Industrieproduktion anzukurbeln. Mit Hilfe von Fünf- jahresplänen erzielte man besonders im Bereich der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Energiewirtschaft (Braunkohle) erstaunliche Produktionserfolge. Zu Beginn der 70er- Jahre war die DDR kurzzeitig das zehntgrößte Industrieland der Erde. ...

Auf der anderen Seite gab es in der DDR nicht genügend Konsumgüter (Autos, technische Geräte, Telefone), und auch andere Handelsgüter waren knapp. Die Infrastruktur hinkte hin- terher, und die Produktionsmethoden wurden mit der Zeit ineffizient. Am erbärmlichsten war es um die Freiheit bestellt. Über alles wachte der Staat, alles kontrollierte er. Der Staat schien allgegenwärtig zu sein, das Individuum war nichts, der Staat alles.

... Die Ausbildung war zum Teil hervorragend, doch wenn es um geisteswissenschaftliche Fächer ging, dann wurde stramm in Richtung Marxismus/Leninismus indoktriniert.

Genau genommen wurden die Menschen in der DDR nach Strich und Faden belogen und be- trogen. Mithilfe einzelner, sichtbarer Erfolge (im Hochleistungssport etwa) versuchte man, so etwas wie ein eigenes deutsches Bewußtsein zu schaffen, doch das mißlang.

Die freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Radio, Fernsehen und Kunst wurden streng zensiert. Die DDR war eine lupenreine Diktatur, selbst wenn es einige Freiräume und Bürgerrechtler gab, man westliche Sender hören und sehen konnte und im Rahmen der Kir- chen so manches laut gesagt wurde.

Aber schon die Reisefreiheit war beschnitten, die allgegenwärtige MfS bespitzelte alle und jeden. Es gab rund 90.000 offizielle und etwa 100.000 inoffizielle Mitarbeiter der Stasi – eine unerhörte Menge für ein Land mit rund 16 Millionen Einwohnern. Jeder ... (84.) Bürger war ein Spitzel!

Opposition wurde grundsätzlich im Keim erstickt, Mord, Einschüchterung und Erpressung

waren an der Tagesordnung. Es handelte sich um einen Unrechtsstaat, kontrolliert von der Sowjetunion, die mehr als 300.000 Soldaten in der DDR abgestellt hatte, vom KGB ganz zu schweigen. Die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) hielt alles fest im Griff. Erst Walter Ulbricht, dann Erich Honecker (ab 1976) leiteten diese Diktatur im Auftrage der Sowjets.

Viele Bürger flohen, selbst die "Mauer" half nicht viel, der "antifaschistische Schutzwall", wie er offiziell genannt wurde. Das Recht wurde regelmäßig gebeugt. Menschen überall überwacht und Andersdenkende unterdrückt.

Die Hypothek wog schwer: Bis zum Jahre 1945 wurden die Menschen in der DDR mit dem Nationalsozialismus traktiert, danach versuchte man, ihnen den Marxismus-Kommunismus einzuhämmern. ...<<

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe

unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 26 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x009/79) = SBZ von A bis Z, Seite 79.

x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten.</u> Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2.</u> 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x148	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II.</u> Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten.</u> Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4.</u> Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.

x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe).</u> Braunschweig 1975.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): <u>Geschichte für Morgen.</u> 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): <u>Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10.</u> 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x313	Fabian, Frank: <u>Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands.</u> Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x315	Scheuch, Manfred: <u>Historischer Atlas Deutschland.</u> Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.

Internet

x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.